

Beteiligungsbericht 2010



Vogelsbergkreis

IMPRESSUM

Herausgeber:	Kreisausschuss des Vogelsbergkreises Goldhelg 20 36341 Lauterbach Telefon 06641 / 977-0
Ansprechpartner:	Landrat Rudolf Marx
Redaktion:	Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb (Amt für Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht, Wirtschaftsförderung und Naturschutz)
Druck:	Vogelsbergkreis
Stand:	31. Dezember 2009

Vorwort



Der Vogelsbergkreis hat zu Beginn des Jahres 2007 den ersten Beteiligungsbericht nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2005 erstellt. Entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage legen wir mit dem fünften Beteiligungsbericht gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Beteiligungen zum Stichtag 31.12.2009 ab.

Der Bericht geht dabei wiederum deutlich über den gesetzlich vorgegebenen Umfang hinaus. Es sind alle Beteiligungen aufgenommen und abgebildet worden.

Der politische Steuerungsanspruch gründet letztlich auf umfassenden und zeitnahen Informationsfluss. Es war unser Ziel, mit der Vorlage des fünften Beteiligungsberichtes, die Jahreskennzahlen unserer Beteiligungen zum 31.12.2009 noch im Jahr 2010 im Bericht abzubilden und den Kreisgremien vorzulegen.

Leider lagen bis zum 31.12.2010 die doppelischen Abschlüsse des Wasserverbandes Schwalm, Wasserverbandes Nidda und des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis nicht vor. (Um die Vorlage des Beteiligungsberichtes nicht weiter zu verzögern, sind teilweise die Zahlen aus dem Beteiligungsbericht 2009 noch einmal aufgeführt.)

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht großes Interesse findet und als Informationsgrundlage in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.

Der Beteiligungsbericht 2010 wird den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) auf CD-Rom zur Verfügung gestellt. Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter www.vogelsbergkreis.de → Themen → Beteiligungsbericht.

Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen stehen in der Kreisverwaltung Herr Dr. Köhler-Hälbig, Tel.: 06641/977-271 oder Frau Greb, Tel.: 06641/977-270 zur Verfügung. Bei Frau Greb sind ggf. gewünschte Druckversionen abholbar.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'R. Marx'.

(R. Marx)
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Marx

Seite

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)	1
1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung	1
1.2 Beteiligungsbegriff	4
1.3 Rechts- und Organisationsformen	5
1.4 Beteiligungscontrolling	7
1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung	8

Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises	10
---	----

Verkehr und Versorgung

➤ Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	13
➤ Wasserverband Nidda	35
➤ Wasserverband Schwalm	40
➤ Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (plus Beteiligungen)	46
➤ Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	60

Entsorgung

➤ Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	70
---	----

Soziale Angelegenheiten und Gesundheit

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 74
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 82

Freizeit, Sport, Erholung, Natur

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 97

Kultur, Bildung, Ausbildung

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 106

Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH 111
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 120
- Sparkasse Oberhessen 129

Sonstige Beteiligungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden 147**Urheberrechte**

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) ¹Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

²Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2) ¹Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

²Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) ¹Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) ¹Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten.
- ²Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist.
- ³Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) ¹Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. ²Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
 2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und

3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

³Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) ¹Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

²Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) ¹Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

²Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) ¹Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

²Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 - 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der Gemeindevertretung/ des Kreistages und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

1.2 Beteiligungsbegriff

Der rechtliche Beteiligungsbegriff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet.

Eine Beschränkung des Beteiligungsbegriffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbegriff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen, die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis

beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben,

basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

1.3 **Rechts- und Organisationsformen**

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt. Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in

Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben dient. Er ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheit in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, bei denen nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazu gehören.

Genossenschaft:

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe Genossen im Insolvenzfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Charakteristisch für die Genossenschaft ist, dass sie keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck verfolgt, sondern den sonstigen Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder unmittelbar fördern will.

Eingetragener Verein (e.V.):

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

1.4 Beteiligungscontrolling

Vor allem ausgelöst durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand war die allgemeine Diskussion über mehr als ein Jahrzehnt auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben fokussiert. Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung war ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen zu verzeichnen, um öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen. Darüber hinaus gab und gibt es eine lang anhaltende Diskussion, welche Aufgaben „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Bereichen sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte. Spätestens mit den weltwirtschaftlichen finanziellen Verwerfungen der letzten Jahre ist eine Zurückbesinnung bei den Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge feststellbar, die Rückführung z.B. von Wasser, Energie in den kommunalen öffentlichen Sektor ist z.T. im vollen Gang. Ob dies nur kurzfristig als Auswirkung der Finanzkrisen oder langfristiger Trend ist, bleibt abzuwarten.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngeren Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Mit der Vorlage des Beteiligungsberichtes 2008 als Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzung am 12.12.2008 hat der Kreistag gleichzeitig diese Prüfung vorgenommen.

Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling geschaffen.

Das Beteiligungscontrolling besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Beteiligungscontrolling).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind im Amt für CFWN (Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht, Wirtschaftsförderung und Naturschutz) konzentriert.

1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände, Gesellschaften, etc., an denen der Vogelsbergkreis Beteiligungen hat, erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

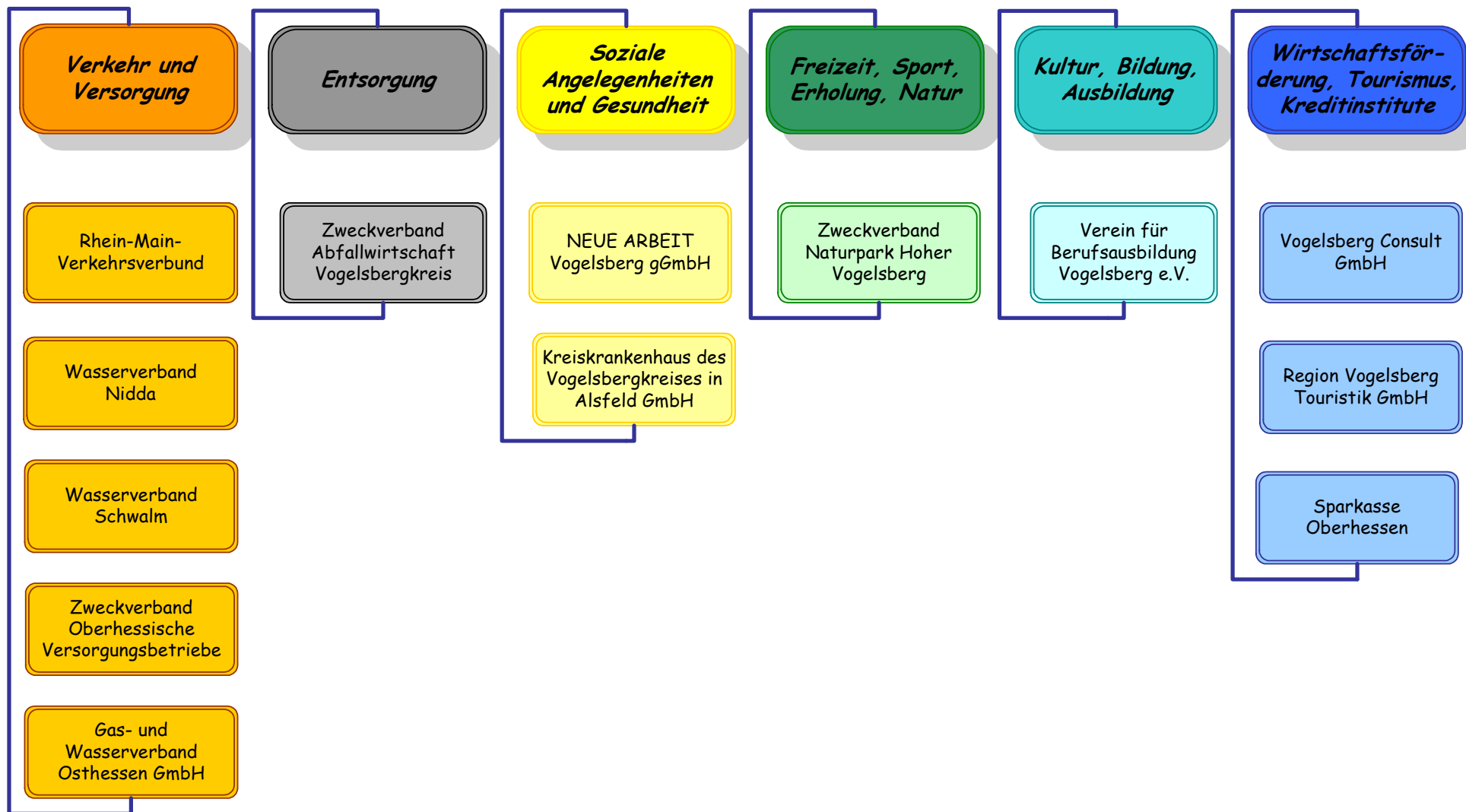
Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch

sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Beteiligungen des Vogelsbergkreises



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 / 294-0 06192 / 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Klaus Peter	Güttler
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 / 83 7100 06031 / 83-7104	wv-nidda@wetteraukreis.de	Herr	Stefan	Schulz
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 / 775-205 05681 / 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 / 82-0 06031 / 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr	Rainer	Schwarz
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 / 299-0 0661 / 299-119	post@gwv-fulda.de www.gwv-osthessen.de	Herr	Dr. Peter	Szepanek
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 / 9671-0 06641 / 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 / 9641-0 06631 / 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-vb.de	Herr	Christoph	Geist
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 / 98-0 06631 / 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Henner	Häfner

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	An-rede	Vorname	Nachname
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Karl-Weber-Str. 2	63679 Schotten	06044 / 2631 06044 / 987465	naturparkvogelsberg@t-online.de www.natpa.de	Herr	Rudolf	Frischmuth
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 / 977-331 06641 / 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Erich	Bloch
Vogelsberg Consult GmbH	Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 / 9616-0 06631 / 96 16-16	info@vogelsberg-consult.de www.vogelsberg-consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 / 964848 06044 / 964849	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 / 86-0 06031 / 86-128	info@sparkasse-oberhessen.de www.sparkasse-oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus

Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900

E-Mail: rmv@rmv.de

Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1994

Anteile in %: 3,7 %

§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:

öffentlicher Personennahverkehr

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende	Klaus Peter Schellhaas
André Kawai - stellv. Vorsitzender	Bernd Woide
Steffen Saebisch	Siegfried Fricke
Thomas Schöfer	Enno Siehr
Dieter Wenzel	Ulrich Krebs
Birgit Simon	Wolfgang Schuster
Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	Manfred Michel
Michael Korwisi	Berthold R. Gall
Gerhard Möller	Dr. Karsten McGovern
Thomas Rausch	Dietrich Kübler
Axel Weiss-Thiel	Peter Walter
Egon Vaupel	Burkhard Albers
Silke Klinger	Rudolf Marx
Wolfram Dette	Joachim Arnold

Beirat:

Dr. Thomas Kortenhaus	Reinhard Bayer
Wolfgang Holzhausen	Michael Takatsch
Dr. Klaus Vornhusen	Norbert Schüren
Ernst Kleinwächter	Werner Siebert
Veit Salzmann	Klaus Gürsch
Steffen Würzbach	Karlheinz Betz
Bernd Oleynik	Reinhold Bickelhaupt
Dr. Frank Wendzinski	Matthias Altenhein
Dr. Christoph Gelking	Doris Weiland
Dr. Georg Friedrich	Michael Holla
Brigitte Holdinghausen	Armin Klein
Rita Krüsemann	Christian Sommer
Wilfried Staub	Arne Behrends
Peter Bickel	Dieter Mohn
Karl-Heinz Holub	Dirk Plate
Doris Weiland	Volker Rahm
Hans-Jörg von Berlepsch	Ralf Scholz
Gunther Rebahl	Heinz-Konrad Debus
Volker Lampmann	Peter Krämer
Astrid Tschann	Jürgen Hoffmann
Stefan Burghardt	Eckhard Bernstorff
Horst Freund	Gerd Mehler - Vorsitz
Norbert Witzel	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Geschäftsführung:

Professor Knut Ringat (Sprecher der Geschäftsführung)
Dipl. Ing. Volker Sparmann (bis 31.08.2009)
Klaus-Peter Güttler (ab 01.09.2009)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	30.06.1994
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	04.07.1991, geändert am 30.06.1994
<i>Handelsregister:</i>	Frankfurt, HRB 34128
<i>Stammkapital:</i>	690.244,04 €
<i>Beteiligungen:</i>	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft GmbH (rms) 100 % Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, 100 % Zentrum f. integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV), 32,52 % VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln, 11,11 % Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrs- unternehmen (beka) mbH, Köln, 0,65 % RTW Planungsgesellschaft mbH, 33,33 %

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt- Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Stammeinlagen:

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2009 €	2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. EDV-Software	1.348.961,00	1.760.320,00
2. Geleistete Anzahlungen	3.457.625,00	355.650,00
	4.806.586,00	2.115.970,00
II. Sachanlagen		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	610.843,00	496.333,00
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	820.013,58	725.568,31
2. Beteiligungen	115.000,00	37.500,00
	935.013,58	763.068,31
Summe Anlagevermögen	6.352.442,58	3.375.371,31
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	179.117,32	14.991,63
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	103.299,01	0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	17.827.315,28	17.308.342,53
	18.109.731,61	17.323.334,16
II. Sonstige Wertpapiere	708.643,50	704.056,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	332.367,29	758.767,00
Summe Umlaufvermögen	19.150.742,40	18.786.157,16
C. Rechnungsabgrenzungsposten	558.129,22	492.828,74
Summe Aktiva	26.061.314,20	22.654.357,21

PASSIVA

	2009 €	2008 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04
II. Andere Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80
Summe Eigenkapital	2.171.629,84	2.171.629,84
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	6.352.442,58	3.375.371,31
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	4.672.677,00	4.445.021,00
2. Sonstige Rückstellungen	5.343.617,92	5.262.449,96
Summe Rückstellungen	10.016.294,92	9.707.470,96
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.897.103,70	2.805.760,13
2. Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	3.399.553,50	3.848.876,31
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	598.898,24	326.119,85
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.710,00	49.147,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	546.672,98	327.984,37
Summe Verbindlichkeiten	7.452.938,42	7.357.887,66
E. Rechnungsabgrenzungsposten	68.008,44	41.997,44
Summe Passiva	26.061.314,20	22.654.357,21

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.535.075,72	2.404.115,68
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	<u>27.013.283,86</u>	<u>25.062.899,20</u>
3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	29.548.359,58	27.467.014,88
4. Erträge aus Projektzuwendungen	8.931.452,71	4.255.523,34
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.134.817,47	1.488.211,38
6. Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-4.222.794,70	-1.451.208,60
7. Materialaufwand Aufwendungen für projektbezogene Leistungen	-19.858.982,65	-18.024.264,29
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-7.881.284,03	-7.407.487,67
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung	-2.021.035,78	-2.563.105,57
	<u>-9.902.319,81</u>	<u>-9.970.593,24</u>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.245.722,43	-1.194.394,20
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.245.723,43	1.194.394,20
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.694.020,52	-4.496.514,63
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	158.599,00	141.667,90
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	426.305,32	752.869,25
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-845,60	0,00
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-63.335,95	-160.139,99
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-454.905,04</u>	<u>0,00</u>
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.330,81	2.566,00
18. Sonstige Steuern	<u>-2.330,81</u>	<u>-2.566,00</u>
19. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: (Jahresdurchschnitt)	<u>2009</u> 137	<u>2008</u> 132
---	--------------------	--------------------

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 0,00 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

1. Geschäftstätigkeit

Die Geschäftstätigkeit findet als Basis ihren Ursprung im Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der primären Aufgaben zur Organisation und gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des ÖPNV im Verbundgebiet. Weitere Aufgaben und Kompetenzen sind im hessischen ÖPNV-Gesetz geregelt.

Die öffentlichen Verkehrsangebote können nachhaltig verbessert werden, wenn zum Ausgangspunkt der Entwicklung von Strategien an die Stelle des technischen Ansatzes einer Erhöhung und Verbesserung der Kapazitäten der Verkehrsinfrastruktur und der Fahrzeuge eine Sichtweise zum Ausgangspunkt wird, die die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Fokus hat.

Dieser in den letzten Jahren immer stärker herausgearbeitete Ansatz wird der Weiterentwicklung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes zu Grunde gelegt. Der RMV soll sich so weiter als Mobilitätsverbund entwickeln.

Abgeleitet ergeben sich folgende grundlegenden Unternehmensziele für die RMV GmbH: Die Fahrgäste und potentiellen Kunden stehen im Mittelpunkt. Ihre Mobilität soll organisiert werden.

Die Zusammenarbeit der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger im Verbund mit einer starken Unterstützung des Landes soll weiter gestärkt werden, um den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge nachhaltig erfüllen zu können.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll seine Kernkompetenzen stärken.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll das Dach sein, zu dem alle Akteure in der Region positiv stehen. Die RMV GmbH ist einer der Akteure.

Als Mobilitätsdienstleister der Zukunft ist es wichtig, die Mobilität in der Region Rhein-Main für den Kunden zu erhöhen und damit an den ÖPNV zu binden. Am Ausbau von weiteren Mobilitätszentralen wird weiter gearbeitet. Der RMV beteiligt sich u.a. mit anderen Partnern an der hessischen Mobilitätsoffensive für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ trägt langfristig zu mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen. Im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung stehen weitere alternative Mobilitätsdienste im Fokus. Ein weiterer Schwerpunkt der Aufgaben ist der bargeldlose Zahlungsverkehr. Ein deutschlandweites eTicket wird mit anderen Verbünden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden. Dies steht im Kontext zur RBL-Entwicklung mit dem Fokus auf Kundeninformation und Steuerung der Verkehre.

Im Geschäftsjahr wurden im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr sowie im Buspersonennahverkehr vorgenommen. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens wurde zur Sicherstellung der Qualitätsstandards ein Qualitätsmanagement notwendig.

Eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Aufgaben des RMV vom Aufgabenträgerverbund zum Mobilitätsverbund ist die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der RMV GmbH. Neben einer noch stärker auf die grundlegenden Unternehmensziele ausgerichteten Organisationsstruktur sind eine klare Zuständigkeitsverteilung bei gleichzeitiger Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit und eine Förderung leistungsfähiger und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die herausragenden Organisationsziele.

Die nunmehr im Fokus stehende Neuorganisation stellt die zweite Stufe dar, die zur Mitte des Jahres 2009 in einem wesentlichen Schritt realisiert und ab 01.01.2012 mit einem ergänzenden Schritt abgerundet werden soll.

Zeitlich neben der zweiten Stufe steht die Stufe 3, die die RMV GmbH mit ihren Tochtergesellschaften im Fokus hat. Darüber hinaus werden durch die Aufgabenträger weitere Anforderungen und Aufgaben an den RMV gestellt. Diese müssen im finanziellen Rahmen bewältigt werden, wobei durch die steigenden Kosten die Einsparpotentiale ausgeschöpft sind.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Für die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen rücken neue Aufgaben in den Focus. Der Rückgang der finanziellen Förderung im ÖPNV, der demographische Wandel sowie die Entwicklung neuer Technologien erfordern entsprechendes Handeln. Für die rms GmbH entstehen vor diesem Hintergrund neue Chancen am Mobilitätsmarkt, die durch gezielte Neuausrichtung im Geschäftsjahr neue Aufträge akquirieren.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.521 auf TEUR 5.252 gestiegen. Der Umsatz mit Dritten konnte gegenüber 2008 weiter gesteigert werden.

Gleichbleibend ist es von Bedeutung, dass die rms GmbH Dienstleistungen der RMV GmbH übernimmt, die zum einen das Kerngeschäft betreffen und zum anderen sensibel sind, dass eine Vergabe an Dritte nicht erfolgen sollte. Die Tätigkeiten betreffen nicht nur den RMV, sondern sie dienen ebenso den LNO wie z. Bsp. Hotline, zentrales Beschwerdemanagement. Zur Stärkung des Eigenkapitals der rms hat die RMV GmbH die für das Geschäftsjahr 2008 vereinnahmte Gewinnabführung in Höhe von TEUR 94 als Einlage an die rms zurückgeführt.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 159 (i. Vj. TEUR 142) aus.

Mit den neuen Themenfeldern wie Datenmanagement, Informations- und Vertriebssysteme ist die rms GmbH im Markt sehr gut positioniert. Als einen weiteren wichtigen Kunden konnte der VBB in diesem Themenbereich akquiriert werden. Ziel ist es auch künftig in diesen Marktsegmenten weitere Drittkunden zu gewinnen.

Die Vergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer wurde im Jahr 2009 vor allem bedingt durch die Vergaben im Zusammenhang mit den Projekten zur Einführung des elektronischen Tickets in Rhein-Main deutlich gesteigert und lag mit TEUR 1.439 in einer anderen Größenordnung als das Vorjahresvolumen von TEUR 652,9.

Die Zahlungsfähigkeit der rms GmbH war im Geschäftsjahr durchgängig gewährleistet.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2009 lag wiederum im Bereich des Vertrags- und Qualitätsmanagements in Bezug auf Odenwald- sowie der Taunusbahn. Weiterhin in der Instandhaltungsoptimierung und Kontrolle der Abarbeitung von aufgetretenen Fahrzeugmängeln.

Weitere wesentliche Tätigkeiten lagen in der Baubegleitung und Werksabnahme der drei ITINO-Fahrzeuge für die Odenwaldbahn sowie des zusätzlichen Fahrzeuges zur Anbindung Pfungstadt an die Stadt Darmstadt. Eine endgültige Abnahme stand auf Grund der fehlenden Zulassung des Eisenbahnbundesamtes noch aus. Zwischenzeitlich jedoch liegt die endgültige Abnahme vor.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden in Form der Fahrzeugbereitstellungsentgelte Umsatzerlöse in Höhe von T€ 5.957 (Odenwaldbahn T€ 4.262 und Taunusbahn T€ 1.695) erzielt.

Die im Geschäftsjahr gesunkenen Zinsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr (um T€ 127) sowie die zurückgegangenen Zinserträge auf T€ 60 (i.Vj. T€ 147) und das außerordentliche Ergebnis (aus Pönalen T€ 166) führt zu einem negativen Ergebnis in Höhe von T€ 63 (i.Vj. negatives Ergebnis T€ 160).

Der Verlust des Geschäftsjahres 2009 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen.

Für das Geschäftsjahr 2010 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

In den Bereichen Straßen-, Flughafen-, und Bahnverkehr sowie im ÖPNV bietet die Gesellschaft Beratungsleistungen in planerischer und konzeptioneller Art an. Weiterhin werden Leistungen im Verkehrs-, Projekt- und Qualitätsmanagement erbracht.

Im Geschäftsjahr konnten weitere Akquisitionen erreicht werden und somit konnte ein ausreichendes Auftragsvolumen sicher gestellt werden.

Die zum Stichtag in Arbeit befindlichen größeren Projekte sind „Monitoring Baustellenlogistik Frankfurt Flughafen, RMV Vertrieb SPNV IV, Schülerverkehr Allgäu Phase-II, Verkehrsuntersuchung Eschborn und Schwalbach sowie viele weitere kleinere Projekte.

Die Betriebsaufwendungen konnten zum Vorjahr durch Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen um TEUR 64 auf TEUR 1.165 (i.Vj. TEUR 1.229) verringert werden.

In einigen Monaten musste die Kreditlinie in Anspruch genommen werden, daher sind die Zinsaufwendungen leicht gestiegen.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 5 (i.Vj. in Höhe von TEUR 17) ab.

Die Liquidität ist angesichts des geringen Eigenkapitals stringent weiter zu verfolgen.

2.4 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Seit 2004 war die RMV GmbH als Kommanditist mit TEUR 23 an der VDV KG beteiligt. Im Geschäftsjahr wurde der Kapitalanteil auf TEUR 100 erhöht. Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Im Geschäftsjahr wurden aus dem Rahmenvertrag von den Verkehrsunternehmen/ Verkehrsverbünden ca. eine Millionen Chipkarten auf Basis der VDV-Kernapplikation abgerufen. Dies beweist die weitere Einführung des eTicket-Systems, was zu einer Änderung der Aufgabenbereiche der KA-KG führt. Es wird in zunehmendem Maße zur Einführung von den Systemen nach Dienstleistungen, Berater- u. Unterstützungsleistungen nachgefragt. In der verkehrspolitischen Rede auf der VDV-Jahrestagung erklärte Herr Wolfgang Tiefensee, dass dem öffentlichen Nahverkehr eine wichtige Rolle zukommt, um im Hinblick auf die Zukunft die Städte und Regionen für den Verkehr fit zu machen. Mit dem Masterplan Personenverkehr wird der nächste Schritt angegangen.

Für das kommende Geschäftsjahr wird in folgenden Bereichen die aktuelle Herausforderung liegen u.a.:

- Konsequentes Einhalten des Standards
- Strategie zu technologischen Neuentwicklungen
- Tarife, Finanzierung und Kommunikation

Der Umsatz für 2009 beträgt TEUR 1.249 und ist somit deutlich höher als geplant. Die Bilanzsumme erhöhte sich im Geschäftsjahr von TEUR 2.286 auf TEUR 2.540.

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH ist an der beka mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 2.500 € Gesellschafter. Das Interesse der RMV GmbH, als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbänden in der beka.

Die beka mbH versteht sich als Dienstleister im Rahmen des Ein- und Verkauf zum Bau, der Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlicher Wirtschaftsgüter. Sie ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, Verlag und Kooperationen tätig, wobei die primäre Hauptumsatzleistung im Handel zu finden ist. Der Umsatz betrug hier TEUR 7.679 (i. Vj. TEUR 9.581). Der Gesamtumsatzerlös betrug im Geschäftsjahr TEUR 11.830 (i. Vj. TEUR 13.877). Das entspricht einem rückläufigen Gesamtumsatz um 15 %.

Die beka schließt im Geschäftsjahr 2009 mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 33 (i. Vj. TEUR 64) ab. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss (TEUR 33) zu einem Teil in Höhe von TEUR 23 an die Gesellschafter auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von TEUR 10 in die Gewinnrücklage einzustellen. Gemäß Gesellschaftsvertrag nimmt die RMV GmbH ab 2007 an der Ergebnisverwendung teil.

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH)

Die Gesellschaft zur Planung der Regionaltangente West (RTW) wurde zum 27. November 2008 gegründet. Die RMV GmbH hat einen Anteil in Höhe von € 10.000 (33,33 %) erworben.

Die primären Aufgaben der Gesellschaft liegen in der Vorbereitung, Ausschreibung sowie Steuerung von Planungsleistungen, Koordinierung von Prozessen für die beteiligten Aufgabenträger. Die weiteren Aufgaben bestehen in der Erarbeitung von Grundlagen zur Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger. Die Gesellschaft schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Eine direkte Vergleichbarkeit zum Geschäftsjahr 2008 ist nur bedingt möglich, da die eigentlichen Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft erst im Geschäftsjahr 2009 aufgenommen wurden.

3. Geschäftsentwicklung 2009

Mit dem Abschluss des Geschäftsjahres 2009 endet die Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2005 bis 2009. Mit dem Land Hessen konnte in Anlehnung an die Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 geschlossen werden.

Mit einem weiteren Zuschuss zum Projekt Elektronisches Ticketing (eTicketing) Elektronisches Fahrgeldmanagement (eFm) konnte ein weiterer großer Schritt zur verbundweiten Einführung des (eTicketing) geschaffen werden. Die Grundlage zum vHGS, als maßgeblicher Baustein, konnte in diesem Jahr vorbereitet werden.

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2009 lagen zum einen in den originären Aufgaben des RMV wie

- Einsatz und Betrieb neuer Technologien zum Nutzen des Kunden
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2009/2010
- Kundeninformation und Verkaufsförderung
- Qualitätserfassung u. -bewertung im SPNV + BPNV
- Informationstechnologie zur Erstellung u. Entwicklung des Tarifs
- Einnahmensicherung
- Mobilitätsgarantie

und zum anderen im strategischen Bereich wie

- Weiterentwicklung des Mobilitätsverbundes und Masterplan Mobilität
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Vergabe von SPNV- und RBNV-Verkehrsdienstleistungen im Wettbewerb
- Elektronischer Vertrieb
- Entwicklung neuer Geschäftsfelder

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2009

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zu 2008 auf TEUR 39.618 gestiegen (i.Vj. TEUR 33.946). Zum Vorjahr lag der Anstieg bei TEUR 5.672. Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um TEUR 960 auf TEUR 30.195 (i. Vj. TEUR 29.235). Die Betriebserträge sind um TEUR 4.712 auf TEUR 9.423 (i. Vj. TEUR 4.711) gestiegen.

Der Anstieg des Betriebsertrages ist primär auf die zusätzlichen Landesmittel zum EFM-Projekt zurückzuführen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen haben im Vergleich zum Vorjahr unwesentlich verändert. Das negative Ergebnis der fahma, TEUR 63 (i. Vj. 160) reduzierte sich zum Vorjahr nochmal um rd. TEUR 100. Der Verlust des Geschäftsjahres 2009 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen. Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung mit TEUR 27.013 (i.Vj. TEUR 25.063) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit TEUR 2.535 (i.Vj. TEUR 2.404) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 3.407 auf TEUR 26.061.

Durch verstärkte Nettoinvestitionen ist das Anlagenvermögen sowie der korrespondierende Passivsonderposten gegenüber dem Vorjahr um 2.977 T€ gestiegen.

Der Anstieg ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindlicher Software primär für das Projekt eTicketing um TEUR 2.691 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Aufgrund der Gewinnrückführung der rms sind die Anteile an verbundenen Unternehmen weiter gegenüber dem Vorjahr um 94 T€ auf 820 T€ gestiegen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 519 erhöht, da überschüssige Liquidität aus dem Regiebereich an den TH-Bereich transferiert wurde. Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr sichtbar verändert. Das Anlagevermögen beträgt 24,4 % (i. Vj. 14,9 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 75,6 % (i. Vj. 85,1 %) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderung liegt in den geleisteten Anzahlungen bei den immateriellen Vermögensgegenständen. Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 426 auf TEUR 332 weiter vermindert. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen als Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2009 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 9 Zugänge und 5 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zum Teil für die befristeten Projekte und wieder neu zu besetzenden Stellen. Im Geschäftsjahr konnten wieder 2 weitere Auszubildende eingestellt werden. Somit sind 6 Auszubildende in der Ausbildung.

5. Ausblick

5.1 ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I S. 50) ab. Es trat mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft und ist noch bis zum 31. Dezember 2009 befristet.

Zudem trat am 03.12.2009 die neue Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23. Oktober 2007 in Kraft, die zum einen die bisher gültige Verordnung (EWG) 1191/69 ablöst und zum anderen mehr oder weniger weitreichende Folgen für den gesamten ÖPNV und den bisherigen nationalen Rechtsrahmen haben dürfte. Nachdem der zweijährige Übergangszeitraum zwischen Verabschiedung der neuen Verordnung und deren In-Kraft-Treten nicht zu einer entsprechend qualifizierten Novellierung des Bundesrechts geführt hat, trifft seit 3. Dezember 2009 die unmittelbar geltende EG-Verordnung auf einen nicht darauf abgestimmten nationalen Rechtsrahmen.

Vor diesem Hintergrund wurde das hessische ÖPNVG mit einer kleinen Novelle bis zum 31. Dezember 2011 verlängert. Mit Blick auf die EU-Verordnung wurden außerdem zwei wichtige Punkte geregelt.

- Zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind die Aufgabenenträgerorganisationen. Damit wird sichergestellt, dass Verbünde und LNO

weiterhin als Besteller zur Gewährung von Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen befugt sind.

- Von der 2006 zugunsten landesgesetzlicher Regelungen eingeführten Öffnungsklausel im PBefG/AEG bzgl. der Gewährung von Ausgleichsleistungen für die Beförderungen von Auszubildenden wurde in der Weise Gebrauch gemacht, dass die Finanzmittel über die Verbünde den Aufgabenträgerorganisationen zugewiesen werden und Verkehrsunternehmen keinen eigenen gesetzlichen Anspruch mehr haben.

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 und ab 2010

Die Umsetzung des ÖPNV-G durch den RMV erfolgt nach Vorgaben des Landes auf Grundlage der am 20. Dezember 2004 unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2005 bis 2009. Um das Finanzmanagement sowohl des Landes als auch der Verbünde zu vereinfachen, wird vom Land insbesondere der Weg der einheitlichen Mittelzuweisung mit der Finanzierungsvereinbarung unterstützt. Die Zuwendungen des Landes müssen weiterhin in Übereinstimmung mit der sonst gängigen Zuwendungspraxis stehen. Die bereits in den Jahren 2000 bis 2004 praktizierte, einheitliche pauschale Mittelzuweisung hat sich als eine Finanzierungsform in der Praxis bewährt. Auf diesen positiven Erfahrungen aufbauend wurde daher mit der Vereinbarung für 2005 bis 2009 die Finanzierungsvereinbarung vom 19. April 2000 zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen bzw. im Gebiet des RMV, in der bestehenden Qualität und Quantität im Sinne der Erfahrungen geeignet modifiziert.

Die Finanzierungsinstrumente des Verbundes haben sich in ihrer bisherigen Zielsetzung grundsätzlich bewährt. Aus diesem Grund bilden diese weiterhin die Grundlage der Finanzierungsvereinbarung, aber der Verbundgesellschaft werden darüber hinaus weitere Handlungsspielräume im Rahmen der Pauschalierung eröffnet.

Für die Jahre 2008 und 2009 wurde zwischen der RMV GmbH und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung in der Finanzierungsvereinbarung eine Plafondierung auf Basis der Werte von 2007 vereinbart.

Im Jahr 2006 hat der Gesetzgeber auf Initiative des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HHBeglG 2006) die Regionalisierungsmittel erheblich gekürzt. Die Kürzungen betragen für das Jahr 2007 7,7% und ab dem Jahre 2008 9,5%. Basis ist hierbei der jährlich mit 1,5% dynamisierte Betrag nach dem Regionalisierungsgesetz in der Fassung von Art. 25 Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29.12.2003 gültig ab 01.01.2004. Trotz eines Kompromisses in Folge der Verhandlungen von Bundesrat und Bundesregierung (vgl. Drucksache 16/6310), der eine teilweise Kompensation ab 2008 beinhaltet, beträgt die Reduzierung der Regionalisierungsmittel allein in den Jahren 2006 bis 2010 rund 2,8 Mrd. Euro bundesweit. Für den RMV bedeutet dies ab 2007 eine Mittelreduzierung von bis zu 33,4 Mio. Euro jährlich.

Diese Mittelkürzungen wurden im Rahmen von Nachträgen im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung abgemildert.

Übergeordneter Grundsatz des RMV bei der Kompensation dieses Kürzungsanteils ist das solidarische Umgehen mit den notwendigen Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass es keine Streckenstilllegungen gegeben hat und jeder Aufgabenträger im Verbundgebiet einen Teil der Last tragen muss. Dieser Ansatz berücksichtigt auch das Gefälle zwischen Ballungsraum und Region. Der RMV selbst hat mit 50 % die Hauptlast getragen. Dies

bedeutete im Einzelnen, dass Maßnahmen ergriffen wurden, die die fehlenden Mittel u.a. aus einer außerordentlichen Tarifierhöhung, Leistungskürzung bei der Regionalbahn sowie aus Reduzierung der Regiekosten kompensieren.

Neben dem Erhalt der Funktionsfähigkeit des Verbundes als oberstes Ziel des RMV sind auch die Risiken der kommunalen Aufgabenträger durch die sich ergebenden regionalen Umlagen für den Schienenpersonennahverkehr und den Regionalbus zu reduzieren.

Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind, birgt dies erhebliche Risiken für die regionalen Umlagen. Der RMV hat mit dem Land Verhandlungen über eine Übergangshilfe geführt. Bereits für das Jahr 2008 hat das Land eine Übergangshilfe in Höhe von 7,5 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Für 2009 hat das Land in einem weiteren Schritt eine Übergangshilfe in Höhe von 12,5 Mio. € vertraglich zu gesichert.

Die derzeitige Finanzierungsvereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in der bestehenden Qualität und Quantität haben das Land und der RMV eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 ff im Dezember 2009 geschlossen. Hierbei liegt der Fokus auf der Mittelsicherung zur Fortführung derzeit bestehender vertraglicher Verpflichtungen sowie in der längerfristigen Planungssicherung der im Betrachtungszeitraum vorgesehenen Maßnahmen. Ziel der Verhandlungen war es u.a., die Umlagen für den Regionalverkehr auf einem Niveau sicherzustellen, das im Schienenverkehr zu keinen Belastungen führt und sich im Busverkehr an der Umlage 2006 orientiert. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung des lokalen Verkehrs, Fortführung der Zielwertvereinbarung und die Definition von Schwerpunktprojekten.

Zusammenfassend sind die Eckpunkte dieser Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010-2014 wie folgt zu beschreiben:

1. Bestandsfinanzierung
2. Finanzierung bereits beschlossener Vorhaben (zwingend notwendig)
3. Umsetzung der Koalitionsvereinbarung
4. Fortführung der Zielwertvereinbarung
5. Schwerpunktprojekte

5.3 EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

5.3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr nach wie vor in der wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31. Dezember 2009 konnten nunmehr insgesamt 13 Teilnetze (TN) mit ca. 13,655 Millionen Zugkilometer im SPNV nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht einem Anteil von ca. 36,1 % der gesamten Fahrleistungen, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Altunternehmen.

Vergabeverfahren Teilnetz 11/17.2 Mittelhessen

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) und die Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) haben als zuständige Vergabestellen die Verkehrsdienstleistungen der RMV-Stadtexpress-Linien 30/40 (Frankfurt/Main Hbf. - Gießen - Treysa beziehungsweise Dillenburg) und der RMV-Regionalbahn-Linie 33 (Hanau - Friedberg - Gießen) mit jährlich insgesamt ca. 3,1 Millionen Zkm ausgeschrieben. Dabei werden Fahrleistungen von ca. 3,0 Millionen Zkm, das sind ca. 98 %, im Verkehrsraum des RMV erbracht. Das Betriebsprogramm der Stadtexpresslinien 30/40 sieht ab Gießen Bhf. ein Flügelkonzept von/nach Treysa bzw. Dillenburg vor. In der Ausschreibung des Teilnetzes „Mittelhessen“ wurden die Fahrleistungen des Teilnetzes „Wetterau Nord-Süd“ integriert. Das Vergabeverfahren wurde am 13. August 2008 europaweit veröffentlicht. Die Verkehrsdienstleistungen wurden mit Zuschlagsschreiben vom 26. Mai 2009 an die DB Regio Hessen GmbH, eine hundertprozentige Tochter der DB Regio AG, als dem wirtschaftlichsten Anbieter vergeben. Betriebsstart ist am 11. Dezember 2011 zum Fahrplanwechsel 2012. Die Vertragslaufzeit beträgt 12 Jahre und endet am 09. Dezember 2023 zum Fahrplanwechsel 2024.

Vergabeverfahren Teilnetz 18.1/18.2 Lahntal/Vogelsberg-Rhön

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) hat als zuständige Vergabestelle die Verkehrsdienstleistungen der RMV-Regionalbahn-Linie 25 (Limburg (Lahn) - Gießen), RMV-Regionalbahn-Linie 35 (Gießen - Fulda) und RMV-Regionalbahn-Linie 52 (Fulda - Gersfeld), mit jährlichen Fahrleistungen von insgesamt ca. 2,4 Millionen Zkm im Verkehrsraum des RMV ausgeschrieben. Das Vergabeverfahren wurde am 23. Juni 2009 europaweit veröffentlicht. Die Verkehrsdienstleistungen wurden mit Zuschlagsschreiben vom 30. November 2009 an die Hessische Landesbahn GmbH als dem wirtschaftlichsten Anbieter vergeben. Betriebsstart ist der 11. Dezember 2011 zum Fahrplanwechsel 2012. Die Vertragslaufzeit beträgt 12 Jahre und endet am 09. Dezember 2023 zum Fahrplanwechsel 2024.

Ausschreibungsgewinner SPNV

Die DB Regio AG hat einschließlich verbundener Unternehmen insgesamt einen Anteil von ca. 40,8 %, die Hessische Landesbahn ebenfalls einschließlich verbundener Unternehmen ca. 35,3 % und die VIAS ca. 23,9 % der ausgeschrieben Fahrleistungen für sich entscheiden können.

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich im Berichtsjahr am Ende der Übergangsphase. Bis zum Fahrplanwechsel 2010 am 12. Dezember 2009 wurden alle Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Zum Stand 31. Dezember 2009 wurden insgesamt 46 regionale bzw. regional/lokal gemischte Linienbündel mit ca. 31,3 Mio. Nutzwagenkilometer (Nwkm) im Wettbewerb vergeben (siehe Ziffer 2.2.5 - ohne Folgeausschreibungen). Weitere 21 regionale Linienbündel beziehungsweise Teile daraus mit ca. 5,2 Mio. Nwkm wurden in lokale Verantwortung übertragen und im Wettbewerb vergeben. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 13 regionale bzw. regional/lokal gemischte Linienbündel mit ca. 5,4 Mio. Nwkm vergeben.

Die bisherigen Altbetreiber im Regionalbusverkehr, die Verkehrsgesellschaft mbH Untermain, die Regionalverkehr Kurhessen GmbH, die Omnibusverkehr Rhein-Nahe (gemeinsam ca. 95 %), die Nassauische Verkehrsgesellschaft mbH (ca. 0,3 %) sowie die Hessische Landesbahn (ca. 4,5 %), die gemeinsam ursprünglich 100 % Marktanteil im Regionalverkehr besaßen, konnten nach Abschluss der Übergangsphase einen Anteil von ca. 22 % (Regionalverkehr Kurhessen GmbH und Omnibusverkehr Rhein-Nahe GmbH) bzw. 5 % (Hessische Landesbahn GmbH) der ausgeschriebenen Verkehrsdienstleistungen für sich gewinnen. Insgesamt konnten konzerngebundene Verkehrsunternehmen 75 %, private und privat/kommunale Bietergemeinschaften 23 % sowie kommunale Verkehrsunternehmen 2 % der ausgeschriebenen Verkehrsdienstleistungen für sich entscheiden.

Ausblick:

5.4 Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan der RMV GmbH für das Jahr 2010 hat folgende wesentlichen Eckdaten:

Erfolgsplan

	2010 TEUR (Plan)	2009 TEUR (Plan)	Veränderung %
Regiekosten	12.479	11.397	+ 9,49
Strategische Projekte	2.615	2.530	+ 3,36
Operative Projekte	9.690	7.670	+ 26,34
C/D/E-Projekte *	-	-	-
Aufwand	24.784	21.597	+ 14,76
Umlage	2.796	2.824	- 0,99
Landeszuwendungen	21.988	18.773	+ 17,13
Ertrag	24.784	21.597	+ 14,76

Finanzplan

	2010 TEUR (Plan)	2009 TEUR (Plan)	Veränderung %
Investitionen	1.930	1.640	+ 17,68
Ausgaben	1.930	1.640	+ 17,68
Umlage	218	213	+ 2,35
Landeszuwendungen	1.712	1.427	+ 19,97
Einnahmen	1.930	1.640	+ 17,68

* Werden außerhalb des Wirtschaftsplanes des RMV finanziert.

Im Geschäftsjahr 2010 steigen die Bruttoansätze des Erfolgsplanes um TEUR 3.187 (+ 14,76 %) gegenüber dem Vorjahr. Der erhöhte Bruttoansatz der strategischen Projekte führt dazu, dass zwischenzeitlich strategische Projekte in das operative Geschäft übergeleitet sind. Ein Rückgang der Umlage resultiert aus den rückläufigen Einwohnerzahlen im Verbundgebiet.

Die seit 2008 vorgenommene Splittung des Budgets in Netto und Brutto gibt den tatsächlichen Verbrauch der Mittel wieder.

Es wird von einem Budgetansatz ausgegangen, der sich - gemessen an den Aufgaben - als ausreichend darstellt.

Der Wirtschaftsplan 2010 schließt systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

6. C4-09 Nachweis zur Verwendung der Landesmittel

6.1 Zielgerichtete und schrittweise Einführung von EFM

Die Einführung des EFM im RMV folgt einem schrittweisen Vorgehen. Die Schritte bauen funktional aufeinander auf, wodurch die zukunftsgerichtete Verwendbarkeit einzelner Komponenten sichergestellt wird.

Der 1. Realisierungsschritt, den der RMV-Aufsichtsrat im November 2005 beschlossen hat, beinhaltet den Aufbau der RMV-weiten Vertriebsplattform ab 2010. Diese Plattform schafft die kommunikationstechnischen Voraussetzungen für den Vertrieb von elektronischen Fahrtberechtigungen und allen damit verbundenen Funktionen und Prozessen. Diese Funktionen und Prozesse werden verbundweit über ein verbundweites mandantenfähiges Hintergrundsystem (vHGS) in Form von Diensten (IT-Services) zur Verfügung gestellt. Sämtliche Funktionen dieses 1. Realisierungsschrittes sind essenziell für ein EFM-System, ganz gleich, ob elektronische Fahrtberechtigungen (eTickets) auf ein Nutzermedium geschrieben werden (wie in der VDV-Stufe 2) oder Nutzungsdaten gesammelt und nachträglich bepreist werden (wie in der VDV-Stufe 3). Die Weiterentwicklung hin zur VDV-Stufe 3 erfolgt auf Basis der dann vorhandenen Grundlagen.

Für den Vertrieb von elektronischen Fahrtberechtigungen lokal vor Ort ist die kommunikationstechnische Anbindung aller Vertriebspartner an das vHGS die Voraussetzung. Durch die Mandantenfähigkeit des vHGS wird gewährleistet, dass jeder Vertriebspartner nur den Zugriff bzw. die Sicht auf die ihm zugeordneten Kunden hat und diese selbst zeitnah abrechnet. Die Zuordnung von Kundeneinnahmen, die zentral über die internetbasierten Vertriebskanäle generiert werden, muss geregelt werden.

Ferner ist die flächendeckende Verfügbarkeit von Kontrollgeräten - sei es mobil oder stationär in Fahrzeugen (je nach Kontrollkonzept) - die Voraussetzung dafür, dass verbundweite EFM-Lösungen realisiert werden können, ganz gleich welche VDV-Stufe realisiert wird.

Im 1. Realisierungsschritt werden zunächst Jahreskarten auf Chipkarten ausgegeben, die dann verbundweit - gegen eine Sperrliste - kontrolliert werden können. Monats- und Wochenkarten sollen binnen eines Jahres folgen. Weitere Zeitkarten (CleverCard/MobiTick und JobTickets sowie Semestertickets) sollen im Rahmen von lokalen Piloten umgesetzt werden, mit deren Umsetzung frühestmöglich begonnen wird.

Zu den anzuschaffenden Infrastrukturen gehören insbesondere die OnBoard-Kontrollgeräte sowie die mobilen Kontrollgeräte und das vHGS. Die Erstellung des vHGS und dessen zunächst dreijähriger Betrieb im Rahmen einer Erprobungs- und Bewährungsphase wurden 2009 europaweit ausgeschrieben. Die in den letzten Jahren im RMV realisierten Komponenten des internetbasierten Vertriebs sollen in das EFM-System integriert werden. Hierzu gehört vor allem die gemeinsame Personalisierung der RMV-Online-Dienste:

- RMV.de,
- RMV-HandyTicket,
- RMV-TicketShop,
- RMV-ErlebnisCard,
- und die Nutzerdatenverwaltung,

sowie die Weiterentwicklung der genannten Online-Dienste, die Verwaltung und Nutzung von Zahldaten sowie die Umsetzung der Geschäftsprozesse des RMV im Rahmen des Online-TicketShops (Abrechnung, Sperrlisten, Mahnwesen, Inkasso).

Über die Anbindung und Nutzung der bestehenden internetbasierten Vertriebswege an das vHGS soll für den Kunden die Umstellung auf eTicket erleichtert werden. Bestehende Jahresabonnements sollen sukzessive von der Papierfahrkarte auf die Chipkarte umgestellt werden, ohne dass der Kunde weitere Schritte initiieren muss.

Für diesen 1. Realisierungsschritt wurden alle notwendigen Anforderungsspezifikationen für Systemkomponenten (vHGS, Verkaufs- und Kontrollinfrastruktur, Chipkarten) beschrieben. Ferner erfolgte die Bestellung von Chipkarten (über die VDV-KA GmbH & Co. KG) für alle RMV-Zeitkarten für die ersten 5 Betriebsjahre. Weiterhin wurden für die Kommunikation des 1. Realisierungsschrittes Konzepte entwickelt. Nach diesen Konzepten wird derzeit noch ausschließlich in Richtung interner Kommunikation (Politik, AR, ATO, Verkehrsunternehmen etc.) gearbeitet.

Der 2. Realisierungsschritt stellt die Einführung der Automatisierten Fahrpreisbildung (VDV-Stufe 3) dar. Diesen Realisierungsschritt gilt es in den nächsten 2 Jahren weiter zu konkretisieren und zu planen. Eine erste Pilotphase hierzu ist ab 2013 geplant. Ab 2015 soll die Automatisierte Fahrpreisbildung dann in den Regelbetrieb übergehen. Voraussetzung hierfür sind u.a. die Ergebnisse der Projekte INNOS und INKA-BIBO.

Zur Einführungsstrategie des EFM im RMV bedient sich der RMV fachlicher Unterstützung durch externe Berater.

Verwendete Mittel in 2009 für die Einführung von EFM

vHGS	3.000.000,00 €
Kontrollinfrastruktur	661.400,90 €
Chipkarten	3.210,00 €
Kommunikation	35.510,00 €
externe Berater	765.585,50 €
	4.465.706,40 €

6.2 Projekt INNOS-HGS

Das Projekt INNOS-HGS ist ein Gemeinschaftsprojekt des RMV mit dem VBB und dem VVO. Mit seiner Hilfe sollen die Grundlagen für ein „Innovatives Interoperables EFM-Hintergrundsystem“ geschaffen werden. Als Standardisierungsprojekt innerhalb der Förderinitiative ((eTicket-Deutschland soll es noch bestehende Spezifikationslücken innerhalb des KA-Standards schließen. Geplanter Projektabschluss ist März 2011.

INNOS-HGS setzt unmittelbar auf den Standard der VDV-Kernapplikation auf und realisiert daraus alle Funktionen, Prozesse und Anwendungen für die logischen Rollen und Anwendungsfälle der VDV-KA, die für die praktische Umsetzung einschließlich aller Schnittstellen zu externen Systemen notwendig sind. INNOS entscheidet über Grundlagen für Interoperabilität, d.h. Abstimmung zwischen den Räumen mit EFM. Die Kernfragen werden auf Basis einer Ist-Analyse sowohl auf Seiten der Verkehrsverbünde als auch der Industrie thematisiert. Das logische Rollenmodell der KA nimmt dabei eine zentrale Position ein. Soweit erforderlich, wird der KA-Standard entsprechend ergänzt bzw. untersetzt. Ein weiteres Ziel des Vorhabens ist es, die erforderlichen Integrationstechnologien für Services und Prozesse zu erarbeiten und Rahmenlastenhefte aufzubauen, die als Grundlage für die weitere Standardisierung sowie für Ausschreibungen in den Verkehrsverbünden für die Entwicklung und Einführung entsprechender Systeme dienen sollen. Im ersten Schritt soll die Anwendbarkeit der entwickelten Konzepte und Technologien anhand von Technologieprototypen und Demonstratoren nachgewiesen werden.

Auf Seiten des RMV sind die Auftragnehmer:

- Siemens AG, Siemens IT Solutions and Services (SIS) und
- Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) eingebunden.

Die SIS ist im Projekt für die Systemarchitektur zuständig. Sie konzipiert, koordiniert und kontrolliert alle laufenden Arbeiten bezüglich der Erreichung der technischen Zielstellungen des Projektes.

Die rms ist für das Fachkonzept, insbesondere die Modellierung und Dokumentation der Geschäftsprozesse einschließlich der notwendigen Ausnahmebehandlungen, zuständig.

Der RMV selbst ist in diversen Arbeitspaketen sowohl zum Fachkonzept, als auch zum DV-Konzept als Bearbeiter und/oder Reviewer beteiligt. Er übernimmt außerdem administrative Aufgaben.

Verwendete Landesmittel in 2009 für das Projekt INNOS HGS:

Personal RMV	146.469,38 €
Reisen RMV	3.029,19 €
INNOS-Leistungen SIS:	194.396,93 €
INNOS-Leistungen rms:	330.951,49 €
Administrative Unterstützungsleistungen rms:	15.000,00 €
	689.846,99 €

Da das Forschungsprojekt INNOS HGS wesentliche Grundlagen für das geplante interoperable deutschlandweite elektronische Fahrgeldmanagement auf Basis der VDV-Kernapplikation liefert, hat sich der BMVBS im Rahmen der Förderinitiative ((e)Ticket-Deutschland für das Jahr 2009 mit insgesamt 335.905,76 € an den Kosten des RMV beteiligt.

6.3 Mobiles Portal und HandyTicket

Der Rhein-Main Verkehrsverbund versteht sich als wichtiger Innovations- und Technologieträger in der Region FrankfurtRhein-Main.

Um RMV-Kunden auch mittels digital verfügbaren Medien anzusprechen und jeweils relevante und ortsbezogene Inhalte auch über mobile Geräte bereitzustellen, entwickelt der RMV das Mobile Portal auf der Grundlage des Mobilien Internet als Pendant zum stationären Web.

Mobile Endgeräte mit einem Mobile Internetzugang werden in naher Zukunft das stationäre Internet überholen. Dabei ist es wichtig, die spezifischen Gegebenheiten des Mobilien Gerätes sowie der jeweiligen Situation vor Ort zu berücksichtigen.

Die Projekte „Mobiles Portal von rmv.de“, „ConTag-Infrastruktur“ und „RMV-HandyTicket KA-OTA/LuKa“ des RMV greifen diese soziologischen und technologische Gegebenheiten und Veränderungen auf und setzen diese unter der Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten um und verbessern so nachhaltig und messbar das Angebot des öffentlichen Personennahverkehr in der Region Rhein-Main.

Ziel dabei ist es, Kunden schnell, intuitiv, relevante und ortsbezogene Informationen unterwegs und angepasst auf das jeweilige mobile Endgeräte zur Verfügung zu stellen.

Unter anderem werden Anwendungen entwickelt, die mit Hilfe von Zugangspunkten (wie NFC-Tags, QR-Codes, Georeferenzierung und weiteren) den Abruf von relevanten RMV-originären Produkten (Fahrplan, Tarifauskunft, Störungsmeldungen), darüberhinausgehenden weiteren Informationen, als auch das Buchen und Bezahlen von Tickets mit mobilen Endgeräten ermöglichen.

Durch die Nutzung des Mobiltelefons zur Informationsgewinnung aus dem Internet ergeben sich für den RMV neue Möglichkeiten der schnellen und direkten Kundeninformation. Weiter erfolgen die direkte Verknüpfung der Dienste des parallel laufenden Relaunch von rmv.de und deren sinnvolle automatische Überführung auf die Mobilien Geräte.

Durch die kontextbezogene Bereitstellung von Diensten und Services, als auch die Einbeziehung von Drittdiensten (zum Beispiel der Stadt Frankfurt) können dem Kunden auf Knopfdruck sofort und schnell verfügbar, wichtige, für seine Reisekette relevanten Informationen und Angebote, geliefert werden.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auch in der Integration von Diensten im Bereich Freizeit und Tourismus.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Weiterentwicklung des RMV-HandyTickets vor dem Hintergrund der bevorstehenden Einführung des Electronic Ticketing auf Basis der VDV-Kernapplikation.

Hier werden bestehende Standards der VDV-Kernapplikation um die für die Nutzung von NFC-Handys notwendigen Komponenten erweitert.

Darüber hinaus wird die Verknüpfung der NFC-basierten HandyTicketing-Systeme des RMV (RMV HandyTicket für NFC-Handys) und der DB AG (Touch & Travel) im Rahmen eines Masterplans vorbereitet und umgesetzt.

Somit werden die Voraussetzungen geschaffen, um eine deutschlandweit interoperable HandyTicket-Lösung anzubieten.

Im Projekt RMV-HandyTicket KA-OTA/LuKA wird die sichere Ablage höherwertiger Tickets in mobilen Endgeräten umgesetzt. Dabei testet der RMV ein Handyticket, welches den Vorgaben der VDV-Kernapplikation entspricht. Bestandteil dieses Projekts ist die Over-the-air (OTA)-Initialisierung und Personalisierung des Sicheren Elements (SE) in NFC Handys. Dadurch wird neben der KA-konformen Speicherung der Tickets auch eine Elektronische Kontrolle der Fahrkarten ermöglicht.

Ziel dabei ist es, die Grundlagen für die Überführung des RMV-HandyTickets KA in den Regelbetrieb zu schaffen. Dabei soll zukünftig das gesamte Fahrkartensortiment des RMV über das Mobiltelefon angeboten und nach den Standards der VDV-Kernapplikation gespeichert und auf elektronischem Wege kontrolliert werden. Das Projekt ordnet sich dabei unmittelbar in die RMV-Strategie zur Entwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements ein.

Neben der Umsetzung des RMV-HandyTicket KA sowie der Begleitung des Elektronischen Fahrgeldmanagement aus Sicht von mobilen Geräten soll ein Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung der Funktionalitäten des HandyTickets liegen. Hier sollen insbesondere wichtige auf dem Markt verfügbare mobile Endgeräte (z.B. Iphone, Blackberry, Android) verfügbar gemacht werden.

Hier kommt ein permanenter Betrieb des RMV-HandyTickets zum Tragen als auch das Sicherstellen des kompletten Hintergrundsystems mit den verschiedenen Komponenten des Elektronischen HandyTicketing.

Dazu wurde in 2009 aufgrund einer Betriebseinstellung der Firma Gemapps/T-Systems das Komplettsystem für die Auslieferung der Mobilen Online-Tickets (mats-System) übernommen und auf den RMV übertragen.

Verwendete Mittel in 2009 für Mobiles Portal und HandyTicket

Entwicklung und Weiterentwicklung Mobiles Portal	72.862,49 €
NFC Technologie sowie ConTag Infrastruktur	20.421,66 €
Entwicklung HandyTicketKA sowie OTA/LuKA	78.585,25 €
Übernahme mats-System	100.000,00 €
RMV HandyTicket /Ticket Shop	241.471,01 €
	513.340,41 €

Zusätzlich wurden für das Projekt Drittmittel in Höhe von € 170.052,52 € im Rahmen der INTERREG IV B BAPTS sowie Bundesmittel über das Forschungsprojekt LuKA verwendet.

6.4 Zusammenfassung

Für die Einführung von EFM und ein entsprechendes VHGS wurden neben Landesmitteln auch weitere Zuwendungen aus den Forschungsprojekten INNOS, HGS, BAPTS und LuKa verwendet. Die Landesmittel von 5 Mio. € konnten nicht vollständig für die Entwicklung eingesetzt werden, da 263 T€ als Umsatzsteuer abgeführt werden mussten.

Insgesamt stellt sich die Kosten - Mittel-Situation wie folgt dar:

Kosten Einführung EFM	4.465.706,40 €
Kosten INNOS	689.846,99 €
Kosten Mobiles Portal und Handy-Ticket:	513.340,41 €
Kosten Gesamt:	5.668.893,80 €
Umsatzsteuer:	236.063,03 €
Verausgabte Mittel gesamt:	5.904.956,83 €
Mittel des Landes Hessen:	- 5.000.000,00 €
Mittel INNOS	- 335.905,76 €
Mittel BAPTS / LuKa	- 170.052,52 €
Mittel Gesamt:	- 5.505.958,28 €
Von RMV übernommene Kosten im Rahmen des Wirtschaftsplanes:	398.998,55 €

7. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.

Tel.: 06031 / 83-7100 - Fax: 06031 / 83-7104

E-Mail: wv-nidda@wetteraukreis.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Ausbau und Unterhaltung der **Nidda** vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster), Lich (OT Ober-Bessingen), jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Oswin Veith - Vorsitzender (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Siegfried Fricke - stellv. Vors. (Andrea Kaup)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Erhard Landmann (Helmut Krailing)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Roland Schulz (Adolf Koch)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Armin Häuser (Michael Merle)	Lucia Puttrich (Reimund Becker)	S. Schaab-Madeisky (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)	

Verbandsversammlung:

Heinz Becker (Christel Gontrum)	Manfred Schütz (Karl Heinrich Schmidt)	Michael Hahn (Dieter Eisenberg)
Hans-Helmut Günther (Kurt Stiehler)	Hans-Peter Lang (Klaus-Werner Deis)	Ottmar Herche (Rosel Schleicher)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Heinz Günter Lampert (Reiner Kulb)	Katharina Jung (Bernhard Widmuck)
Dr. Ulrich Heidemann (Roland Kammerer)	Dr. Gerd Rippen (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Jürgen Patscha (Rainer Wengorsch)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Michael Reinemer (Günther Block)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Walter Pöllmann (Hans Gotthard Lorch)	Joachim Haas (Barbara Steffani-Velden)

Geschäftsführer: Stefan Gottbehüt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 24.05.1961
Verbandssatzung : 29.11.1999
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
Vogelsbergkreis	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Feststellung des Rechnungsergebnisses gemäß § 40 Absatz 3 GemHVO
 Ergebnis der Haushaltsrechnung 2008

Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben	Differenz
	€	€	€
Verwaltungshaushalt			
AO-Soll lfd. Jahr	1.547.317,06	1.532.019,36	15.297,70
neue Haushaltsreste	0,00	15.297,70	-15.297,70
Abgang Kassenreste	0,00	0,00	0,00
Abgang Haushaltsreste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	1.547.317,06	1.547.317,06	0,00
Vermögenshaushalt			
AO-Soll lfd. Jahr	2.357.929,35	1.976.446,46	381.482,89
neue Haushaltsreste	2.304.220,87	2.650.938,27	-346.717,40
Abgang Kassenreste	0,00	0,00	0,00
Abgang Haushaltsreste	269.741,89	234.976,40	34.765,49
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	4.392.408,33	4.392.408,33	0,00
RE Gesamthaushalt	5.939.725,39	5.939.725,39	0,00

Die Gegenprobe zur Ermittlung des Rechnungsergebnisses 2008 aus der Kassenrechnung ergibt folgende Bild:

Bezeichnung	Verwaltungs- haushalt	Vermögenshaus- halt	Gesamthaushalt
	€	€	€
IST - Einnahmen	1.532.178,11	2.518.937,32	4.051.115,43
IST - Ausgaben	1.524.679,82	1.946.757,35	3.471.437,17
IST - Bestand	7.498,29	572.179,97	579.678,26
plus Haushaltseinnahmereste	0,00	2.670.577,87	2.670.577,87
plus Kasseneinnahmereste	16.770,48	166.794,32	183.564,80
minus Haushaltsausgabereste	15.297,70	2.974.696,90	2.989.994,60
minus Kassenausgabereste	8.971,07	434.855,26	443.826,33
Ausgleich	0,00	0,00	0,00

Gegenüberstellung Haushalt 2008 und Rechnungsergebnis 2008

Bezeichnung	HH-Ansatz	RE	Veränderung	
	€	€	€	%
Verwaltungshaushalt - Einnahmen	1.409.651,00	1.547.317,06	137.666,06	9,77%
Verwaltungshaushalt - Ausgaben	1.409.651,00	1.547.317,06	137.666,06	9,77%
Verwaltungshaushalt - Ausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00
Vermögenshaushalt - Einnahmen	4.767.919,00	4.392.408,33	-375.510,67	-7,88%
Vermögenshaushalt - Ausgaben	4.767.919,00	4.392.408,33	-375.510,67	-7,88%
Vermögenshaushalt - Ausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamthaushalt - Einnahmen	6.177.570,00	5.939.725,39	-237.844,61	-3,85%
Gesamthaushalt - Ausgaben	6.177.570,00	5.939.725,39	-237.844,61	-3,85%
Gesamthaushalt - Ausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00

<i>Schulden</i>	<u>2008 / €</u>	<u>2007 / €</u>
Schuldenstand zum 31.12.	3.194.282,40	1.740.523,06
<i>Rücklagebestände</i>		
Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	705.033,34	439.658,75

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 9

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe hauswirtschaftliche Eckdaten
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	ausgeglichener Haushalt
<i>Kreditaufnahmen:</i>	1.500.000,00
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den :</i>	keine
<i>Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)

Tel.: 05681 / 775-206 - Fax: 05681 / 775-207

E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de

Internet: www.wasserverband-schwalm.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelberg und Antrifftalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km².

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

Anteil: 2,1735 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

- Winfried Becker - Vorsitzender
 Günter Jung - stellv. Vorsitzender
 Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind
 entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

- | | |
|------------------------------------|-------------------------------------|
| Winfried Becker - Vorsitzender | Klemens Olbrich - Stellvertreter |
| Günter Jung - stellv. Vorsitzender | Rudolf Marx - Stellvertreter |
| Johannes Averdung - Mitglied | Michael Köhler - Stellvertreter |
| Ralf Becker - Mitglied | Günter Schlemmer - Stellvertreter |
| Erich Diehl - Mitglied | Volker Steinmetz - Stellvertreter |
| Bernd Heßler - Mitglied | Kai Knöpper - Stellvertreter |
| Wilhelm Kröll - Mitglied | Jürgen Kaufmann - Stellvertreter |
| Heinrich Vesper - Mitglied | |

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1962
Verbandssatzung: 15.03.1996, zuletzt geändert 28.02.2007

Mitglieder und Anteile:

Kreis/Stadt/Gemeinde	%	Kreis/Stadt/Gemeinde	%
Gemeinde Antrifttal	1,8269	Stadt Borken (Hessen)	10,5837
Gemeinde Bad Zwesten	5,4525	Stadt Felsberg	2,7681
Gemeinde Jesberg	2,0473	Stadt Homberg (Efze)	6,2751
Gemeinde Knüllwald	2,3562	Stadt Kirtorf	0,6892
Gemeinde Neuental	6,6240	Stadt Neukirchen	3,0962
Gemeinde Schrecksbach	3,8096	Stadt Schwalmstadt	14,5832
Gemeinde Wabern	8,8910	Stadt Schwarzenborn	0,5211
Gemeinde Willingshausen	5,8728	Schwalm-Eder-Kreis	13,7268
Stadt Alsfeld	8,9728	Vogelsbergkreis	2,1735

<i>Beiträge</i>	<u>2007 / €</u>	<u>2006 / €</u>
der Landkreise von insgesamt	88.530,00	85.950,00
der Verbandsgemeinden von insgesamt	450.000,00	450.000,00

<i>Schulden</i>		
Schuldenstand zum 31.12.	204.542,73	274.550,30

<i>Rücklagebestände</i>		
Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	1.030.637,93	1.053.172,90

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Haushaltsgesamtbeträge:

	Verwaltungshaushalt 2007 / €	Vermögenshaushalt 2007 / €	Verwaltungshaushalt 2006 / €	Vermögenshaushalt 2006 / €
Einnahmen	669.350,00	330.370,00	694.150,00	295.000,00
Ausgaben	669.350,00	330.370,00	694.150,00	295.000,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00

Ist-Abschluss nach dem Hauptbuch

Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	mehr €	weniger €
Verwaltungshaushalt	705.769,12	703.544,29	2.224,83	0,00
Vermögenshaushalt	315.963,10	138.691,31	177.271,79	0,00
Verwahrgelder	22.534,97	22.534,97	0,00	0,00
Vorschüsse	1.584,45	1.584,45	0,00	0,00
Insgesamt	1.045.851,64	866.355,02	179.496,62	0,00

Soll-Abschluss nach den Sachbüchern

	2007 / €	2006 / €
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	706.219,83	797.544,41
+ Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	315.963,10	352.086,60
Summe Soll-Einnahmen	1.022.182,93	1.149.631,01
+ <u>neue Haushaltseinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
./. <u>Abgang alter Haushalts-/Kasseneinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	1.022.182,93	1.149.631,01
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	706.219,83	797.544,41
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	315.963,10	387.706,56
Summe Soll-Ausgaben	1.022.182,93	1.185.250,97
+ <u>neue Haushaltsausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
./. <u>Abgang alter Haushalts-/Kassenausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	35.619,96
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	1.022.182,93	1.149.631,01
Bereinigte Soll-Einnahmen ./. bereinigte Soll-Ausgaben		
Ausgleich	0,00	0,00

Haushaltsüberschreitungen

Die Summe der genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen betrug

	2007 / €	2006 / €
im Verwaltungshaushalt	5.482,03	2,04
im Vermögenshaushalt	7.407,57	9.844,75
insgesamt	12.889,60	9.846,79

Einzelaufstellung

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz €	AO-Soll €	Überschreitung €
Deckungsring GD 002	Personalausgaben	268.760,00	274.242,03	5.482,03
01.915100.86000	Zuführung zum Vermögenshaushalt	159.490,00	269.068,13	109.578,13
02.910001.91000	Zuführung an allgemeine Rücklage	0,00	177.271,79	177.271,79
02.912001.97700	Tilgung von Krediten	17.200,00	24.607,57	7.407,57
Zwischensumme:		445.450,00	745.189,52	299.739,52
abzüglich:	Mehrzuführung an den Vermögenshaushalt, da diese keine Haushaltsüberschreitung im Sinne des § 100 HGO darstellt			109.578,13
abzüglich:	Zuführungen an die allgemeine Rücklage und Sonderrücklage, diese keine Haushaltsüberschreitungen im Sinne des § 100 HGO darstellen			177.271,79
mithin verbleiben Haushaltsüberschreitungen in Höhe von				12.889,60

Kassenreste

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 wurden im **Verwaltungshaushalt**

Kasseneinnahmereste in Höhe von 450,71 € und
Kassenausgabereste in Höhe von 2.675,64 € gebildet.

Die Reste-Listen wurden - nach Haushaltsstellen gegliedert - erstellt und mit der Jahresrechnung zur Prüfung vorgelegt.

Die Kassenreste wurden richtig in die „Doppik“ 2008 vorgetragen (manuell)

Bei den im **Vermögenshaushalt** gebildeten Kassenausgaberesten in Höhe von 177.271,79 € handelt es sich um die Zuführung zur Allgemeinen Rücklage.

Diese Summe wurde am 07.04.2008 der Allgemeinen Rücklage zugeführt (Umbuchung/ Transitbuchung zwischen Bankknoten).

Haushaltsreste

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 wurden keine Haushaltsreste gebildet.

Schulden

	2007 / €	2006 / €
Zu Beginn des Haushaltsjahres bestanden gemäß Kontoauszügen an Schulden	274.550,30	296.295,05
+ aufgenommene Kredite im Haushaltsjahr	0,00	0,00
./. geleistete Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	24.607,57	21.744,75
./. geleistete Sonder-Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	45.400,00	0,00
Verbleibt ein Schuldenbestand am Ende des Haushaltsjahres in Höhe von	204.542,73	274.550,30

Rücklagebestände

Bezeichnung	Stand 31.12.2006 €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12.2007 €
Allgemeine Rücklage	1.030.637,93	0,00	0,00	1.030.637,93
Termingeldkonto				
Rücklage Einstauschäden	22.534,97	0,00	22.534,97	0,00
Termingeldkonto				
Insgesamt	1.053.172,90	0,00	22.534,97	1.030.637,93

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Kreditaufnahmen:

Die Aufnahme von Krediten war in der Haushaltssatzung nicht vorgesehen. Der Höchstbetrag von 100.000,00 € der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung wurde ebenso nicht in Anspruch genommen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306
E-Mail: info@zov.de
Internet: www.zov.de



Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchs- wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

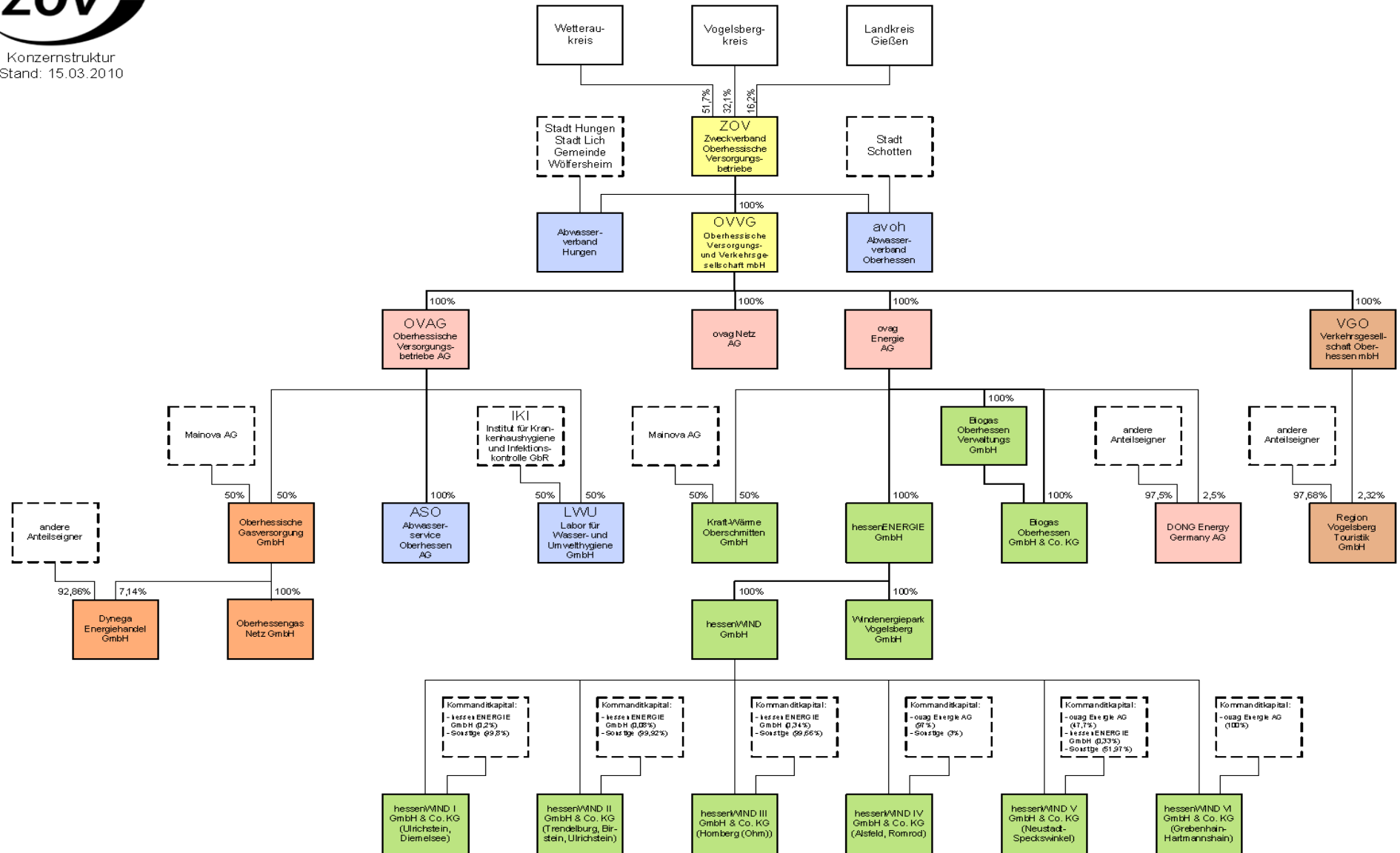
Ver- und Entsorgung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

<i>Beteiligung seit:</i>	1972
<i>Anteile in %:</i>	32,1 %
<i>§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:</i>	Ver- und Entsorgung



Konzernstruktur
Stand: 15.03.2010



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, ein öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

Landkreis Gießen



Vogelsbergkreis



Wetteraukreis



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	100,0 %	44 Stimmen

Verbandsvorstand:

Silvia Lübbers

Oswin Veith

Siegfried Fricke

Rudolf Marx – stellv. Verbandsvors.

(bis 22.03.2009 Verbandsvorsitzender)

Prof. Dr. M. Göltenboth

Hans-Jürgen Herbst

Wolfgang Schleiter

Diethardt Stamm

Bernfried Wieland

Karl-Heinz Schneider – Verbandsvors.

(bis 22.03.2009 stellv. Verbandsvorsitzender)

Joachim Arnold

Ekkehard Kehm

Für die Sitzungsgelder wurden

für den Verdienstausschuss

und für Fahrtkostenerstattung

aufgewendet

25.519,19 €

465,00 €

5.603,17 €

Verbandsversammlung:

Dr. Christiane Schmahl	Kurt Wiegel	Guido Rahn
Siegbert Damaschke	Manfred Dickert	Karl-Peter Schäfer
Heinz Schäfer	Friedel Kopp - stellvertre-	Almut Wilser
	tender Vorsitzender	
Claus Spandau	Sven Bastian	Klaus Fischer
Andreas Lewandowski	Manfred Görig	Wolfgang Patzak
Hans-Eberhard Hoffmann	Elisabeth Hillebrand	Günter Bögelein
Hans-Jürgen Becker	Margret Jöckel	Rudolf Eimer
Manfred Weber	Rudolf Marek - stellver-	Eleonore Dietz
	tretender Vorsitzender	
Dr. Udo Ornik	Matthias Weitzel	Hubert Ellerhusen
Johannes Averdung	Rainer Michel	Lisa Gnadl
Dr. Hans Heuser - stell-	Rosa Maria Bey -	Kristina Paulenz
vertretender Vorsitzender	Vorsitzende	
Ulrich Künz	Erhard Buß	Dr. Wiltrud Risch-Laasch
Edgar Merle	Konrad Dörner	Gerhard Weber
Michael Refflinghaus	Jutta Heck	Georg Wegner
Hans-Jürgen Schäfer	Walter Pöhlmann	

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden gezahlt	76.082,92 €
für Verdienstausfallentschädigungen sind entstanden	2.580,00 €
Fahrtkostenerstattungen wurden insgesamt geleistet in Höhe von	36.755,97 €
Den Fraktionen im ZOV wurden insgesamt Haushaltsmittel gewährt von	4.500,00 €

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Karl-Peter Schäfer - Vorsitzender	Johannes Averdung - Vorsitzender	Gerhard Weber - Vorsitzender
Kristina Paulenz - stellvertret. Vorsitzende	Rudolf Marek - stellvertret. Vorsitzender	Gerhard Weber - stellvertret. Vorsitzender
Hans-Jürgen Becker	Sven Bastian	Erhard Buß
Manfred Dickert	Günter Bögelein	Eleonore Dietz
Konrad Dörner	Manfred Dickert	Rudolf Eimer
Friedel Kopp	Rainer Michel	Elisabeth Hillebrand
Dr. Udo Ornik	Walter Pöhlmann	Margret Jöckel
Wiltrud Risch-Laasch	Guido Rahn	Dr. Christiane Schmahl
Hans Jürgen Schäfer	Heinz Schäfer	Claus Spandau
Heinz Schäfer	Manfred Weber	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Georg Wegner	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt
Rolf Gnadt, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer des ZOV üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband
Gründungsdatum: 1972
Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 15.12.2006)
Stammkapital: 133.911.686,55 €
Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft
mbH (OVVG) 100 %

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2009 €	2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	685.575,00	722.013,00
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	33.101.647,00	31.842.537,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.276,00	28.592,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	181.459,68	1.896.417,19
	33.307.382,68	33.767.546,19
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	133.418.531,87	133.418.531,87
	167.411.489,55	167.908.091,06
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.178.963,93	508.460,83
2. Forderungen geg. verb. Unternehmen	0,00	624,44
3. Forderungen geg. Verbandsmitglieder	851.815,34	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	511.047,54	17.177,66
	2.541.826,81	526.262,93
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	606.313,38	295.564,34
	3.148.140,19	821.827,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21.347,67	22.431,53
	170.580.977,41	168.752.349,86

PASSIVA

	2009 €	2008 €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	133.911.686,55	133.911.686,55
II. Zweckgebundene Rücklagen	1.781.691,92	1.770.602,21
III. Bilanzverlust(-)-gewinn		
Gewinnvortrag aus Vorjahr	2.407.171,41	1.834.848,86
Verwendung für Einstellung in zweckgebundene Rücklagen	-11.089,71	-504.554,66
Vorabausschüttung	-2.977.986,16	-5.135.447,06
Jahresfehlbetrag(-)-überschuss	-1.199.787,46	6.212.324,27
	-1.781.691,92	2.407.171,41
	133.911.686,55	138.089.460,17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	6.265.865,00	5.730.054,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse	4.820.795,00	4.905.965,00
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	36.364,02	27.232,16
2. Sonstige Rückstellungen	2.408.093,83	50.194,15
	2.444.457,85	77.426,31
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.067.733,89	5.273.347,65
2. Erhaltene Anzahlungen	8.530,78	16.411,24
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	129.905,75	547.012,20
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	438.837,91	124.739,21
5. Sonstige Verbindlichkeiten	13.414.340,18	13.987.934,08
	23.059.348,51	19.949.444,38
F. Rechnungsabgrenzungsposten	78.824,50	0,00
	170.580.977,41	168.752.349,86

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	15.507.790,07	4.741.587,79
2. Sonstige betriebliche Erträge	338.243,17	395.911,20
	15.846.033,24	5.137.498,99
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	70.251,75	72.630,24
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.770.802,32	2.740.794,08
	16.841.054,07	2.813.424,32
4. Personalaufwand:		
a) Entgelte	245.234,73	256.224,94
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	71.960,62	63.614,66
	317.195,35	319.839,60
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	912.632,43	888.900,85
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	500.310,91	378.115,95
	-2.725.159,52	737.218,27
7. Erträge aus Beteiligungen	2.303.089,99	6.330.958,76
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	216.349,02	54.061,56
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	993.839,95	911.885,32
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.199.560,46	6.210.353,27
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-2.274,00
12. Sonstige Steuern	227,00	303,00
13. Jahresfehlbetrag(-)-überschuss	-1.199.787,46	6.212.324,27
14. Ergebnis-Vortrag aus dem Vorjahr	2.407.171,41	1.834.848,86
15. Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen	164.401,14	0,00
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklagen	-175.490,85	-504.554,66
17. Vorabausschüttung	-2.977.986,16	-5.135.447,06
18. Bilanzverlust(-)-gewinn	-1.781.691,92	2.407.171,41

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (durchschnittlich)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresverlust 1.199.787,46 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Ausschüttung an die Verbandsmitglieder 2.977.986,16 € VBK = 610.882,26 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Ver- und Entsorgung

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach ersten Berechnungen ist für das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2009 im Vergleich zum Vorjahr real ein Rückgang um 5,0 Prozent zu verzeichnen. Damit erlebte Deutschland 2009 die stärkste wirtschaftliche Rezession der Nachkriegszeit.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2009 von 40,2 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 37.000 Personen oder 0,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Damit wurde trotz Wirtschaftskrise der im Jahr 2008 erreichte höchste Beschäftigungsstand seit der deutschen Vereinigung annähernd gehalten. Allerdings ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in nahezu allen Wirtschaftsbereichen zurück; gesamtwirtschaftlich sank das Arbeitsvolumen um 2,9 Prozent.

Insbesondere brach die reale Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) stark ein (- 16,9 Prozent), aber auch der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr war relativ stark betroffen (- 5,1 Prozent). Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Einbruch der Auslandsnachfrage dominierend (Exporte real - 14,7 Prozent), so dass vom Außenhandel deutlich negative Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgingen. Auch die Bruttoinvestitionen wurden zurückgefahren (- 12,5 Prozent). Die einzigen positiven Impulse kamen 2009 von den Konsumausgaben; die privaten Konsumausgaben stiegen 2009 preisbereinigt um 0,4 Prozent, die staatlichen sogar um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die konjunkturelle Situation in den Landkreisen (Vogelsbergkreis, Wetteraukreis und Landkreis Gießen) hat sich laut der IHK Konjunkturumfrage vom Herbst 2009 leicht gebessert. Dies wird insbesondere im Vergleich mit den Ergebnissen der Frühjahrsumfrage 2009 klar. Nach der rasanten Talfahrt in den beiden vergangenen Umfragen hat sich der Absturz nicht weiter fortgesetzt. Bei der Einschätzung der aktuellen Lage ist derzeit nur jedes fünfte Unternehmen zufrieden. Vor einem Jahr war noch jedes dritte Unternehmen zufrieden.

Unternehmensentwicklung

Nachfolgend ist die Entwicklung der Sparten im ZOV kurz dargestellt:

Verwaltung:

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane sowie die allgemeine Verwaltung. Bestimmende Größe für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2009 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) von rund 2,3 Mio. €.

Verkehr:

Der Bereich Verkehr führt die ihm durch die neue EU-Verordnung 1370/07 und das novellierte Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. ZOV-Verkehr ist demnach zuständige Behörde für die Begründung von gemeinwirtschaftlichen Pflichten für den lokalen Linienverkehr im Verbandsgebiet sowie die Gewährung von ausschließlichen Rechten und/ oder finanziellen Ausgleichsleistungen für die Erfüllung dieser Pflichten. In 2009 hat der ZOV als Aufgabenträger keine gemeinwirtschaftliche Ausschreibungen für auslaufende Konzessionen vorgenommen, da entweder seitens der VGO oder anderer Verkehrsunternehmen die Liniengenehmigungen auf eigenwirtschaftlicher Basis direkt beantragt wurden. Bezüglich der Nicht-VGO-Verkehre sind weitere Regietätigkeiten an den ZOV-Verkehr als Aufgabenträgerorganisation zurückgefallen.

Das konzerneigene Dienstleistungsunternehmen VGO wurde bis Ende 2018 mit der Durchführung und Finanzierung des lokalen Busverkehrs im Verbandsgebiet betraut.

Frischwasser und Abwasser

Gemeinde Hirzenhain:

Seit dem 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Die Abwassergebühr beträgt seit dem 1. Januar 2010 6,00 € je cbm Frischwasserverbrauch, die Frischwassergebühr 2,40 € je cbm. Die in der Folge der Baumaßnahmen gestiegenen Abschreibungen und Darlehenszinsen sowie Aufwendungen zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen, insbesondere aus der Eigenkontrollverordnung (EKVO), für TV-Befahrungen und die Instandsetzung der dabei festgestellten Schäden waren ursächlich für die Anpassung der Gebühren. Für das Jahr 2010 ist im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Straßensanierung in der Ortsdurchfahrt in Glashütten die Sanierung der Wasserleitung und des Kanals geplant.

Stadt Nidda:

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda nach langen Verhandlungen im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Die Benutzungsgebühren für den Bereich Abwasserbeseitigung Nidda beträgt unverändert 4,20 € pro cbm Frischwasserverbrauch. In 2009 lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf der Sanierung der Kanäle im Schlangenweg in Nidda sowie in der Göbelstraße in Eichelsdorf. Im Jahr 2010 sind in Nidda im Wesentlichen die Sanierung des Kanals in der Ortsdurchfahrt von Ulfa sowie die Fortsetzung der Arbeiten am Regenüberlaufbecken und Kanal in Unter-Schmitten geplant.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Das Jahresergebnis des ZOV wird wesentlich durch das Ergebnis der Sparte ZOV-Verkehr sowie die Ausschüttung der OVVG geprägt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. € auf 170,6 Mio. €. Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen verminderte sich von 33,8 Mio. € um 0,5 Mio. € auf 33,3 Mio. €. Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf den im Anhang enthaltenen Anlagenspiegel. Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft ausschließlich die Beteiligung an der OVVG und beträgt unverändert 133,4 Mio. €. Der Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mio. € auf 2,5 Mio. €. Der Bestand an flüssigen Mitteln ist im Vergleich zum Vorjahr von 296 T€ auf 606 T€ angestiegen. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten verringerte sich um 1 T€ auf 21 T€.

Das Eigenkapital des ZOV verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.178 T€ auf 133.912 T€. Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 11.087 T€. Der Zuführung von 749 T€ stand eine zeitanteilige Auflösung von 299 T€ in 2009 gegenüber. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK Sanierungsgeld. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen betreffend erbrachte Verkehrsleistungen (2.345 T€) und Fremdleistungen EKVO (33 T€) sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (17 T€). Detaillierte Ausführungen zur Ent-

wicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen sind aus dem Anhang ersichtlich. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 3.794 T€ auf 9.068 T€ erhöht. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich um 417 T€ auf 130 T€. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (13.069 T€). Für diese Darlehen wurde die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart.

Zusammenfassende Darstellung		2009	2008
Bilanzsumme	Mio. €	170,58	168,75
Anlagevermögen	Mio. €	167,41	167,91
Umlaufvermögen	Mio. €	3,17	0,82
Eigenkapital	Mio. €	133,31	138,09
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	79,99	82,24
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	78,50	81,83

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Ver- und Entsorgungsgebiet der Gemeinde Hirzenhain sowie im Entsorgungsgebiet der Stadt Nidda ist innerhalb der Parameter wie Witterung und Veränderung der Einwohnerzahlen anzusiedeln.

Umsatzerlöse	2009		2008
	Menge cbm	Erlöse €	Erlöse €
ZOV-Verkehr		10.832.956	0
Wasserversorgung Hirzenhain	116.529	275.507	266.658
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	114.411	767.325	681.720
Abwasserbeseitigung Nidda	750.093	3.632.002	3.793.210
Summe		15.507.790	4.741.588

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen.

Im Materialaufwand von 16,8 Mio. € sind neben den Aufwendungen für die vom ZOV bestellten Verkehrsleistungen (13,9 Mio. €) die Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie die Umlagen an die Abwasserverbände erfasst.

Der Personalaufwand umfasst die Aufwendungen für die Mitarbeiter der Sparten ZOV-Verkehr, allgemeine Verwaltung sowie Wasser/ Abwasser und betrug im Berichtsjahr 317 T€. Detaillierte Ausführungen zum Personalaufwand ergeben sich aus dem Anhang.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Verkehrssparte und betragen 913 T€. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 500 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen.

Die Erträge aus Beteiligungen betreffen die Ausschüttung der OVVG in Höhe von 2.303 T€.

Der ausgewiesene Verlust soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die zweckgebundenen Rücklagen erhöhten sich im Saldo der Zuführungen und Entnahmen um 11 T€.

	2009	2008
Beitrag der Sparten zum Gesamtergebnis	T€	T€
Allgemeine Verwaltung	-134,4	-117,1
Vermögensverwaltung	+2.507,7	+6.336,8
Verkehr	-3.408,7	-344,5
Trinkwasserversorgung	+14,7	-66,2
Abwasserentsorgung	-179,1	+403,3
Jahresverlust (-) /-gewinn ZOV	-1.199,8	+6.212,3

	2009	2008
Zusammenfassende Darstellung	T€	T€
Umsatzerlöse	15.507,8	4.741,6
Betriebsergebnis inklusive sonstiger Steuern	-2.725,4	736,9
Finanzergebnis	1.525,6	5.473,1
davon Beteiligungserträge 2.303 T€ (Vorjahr 6.331 T€)		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	2,3
Jahresverlust (-) /-gewinn ZOV	-1.199,8	6.212,3

Personal

Am 31. Dezember 2009 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/ Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt betrug der Personalaufwand 317 T€.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Solche Vorgänge haben sich nicht ereignet.

Ausblick:

Risikobericht

Der ZOV - in seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven und dem sich ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt - ist in das Risikomanagementsystem des OVVG-Konzerns integriert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden zudem durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems

und entsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind dennoch derzeit nicht erkennbar.

Im Bereich Verkehr können für die Wahrnehmung neu hinzugekommener Aufgaben und Zuständigkeiten künftig die dafür erforderlichen Personal- und Sachaufwendungen steigen.

Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höhere Gewalt wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

In seinen Geschäftsfeldern ist der ZOV speziellen Risiken und Chancen ausgesetzt: Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung.

Nach den beiden erfolgreich verlaufenen Projekten Hirzenhain und Nidda in den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nun die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen.

Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für Kommunen sicher sehr interessant.

Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen wird hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue Geschäftsfelder gesehen.

Im ÖPNV-Markt ist weiterhin mit Unsicherheiten zu rechnen, was die Entwicklung der Kosten- und Einnahmen- bzw. Zuwendungsseite betrifft. Bei der Entwicklung von Leistungsangeboten wird auf eine wirtschaftliche Verkehrsgestaltung geachtet.

Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung zu zwei Linienbündeln im Kreis Gießen ist seitens der Genehmigungsbehörde mit einem neuen Genehmigungsverfahren trotz bestehender Verkehrsverträge mit Laufzeit bis Ende 2013 zu rechnen.

Rechtlich von Bedeutung war das Inkrafttreten der EU-Verordnung 1370/07 und des novellierten ÖPNV-Gesetzes am 3. Dezember 2009. Die auf nationaler Ebene ausstehende Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes führt zu rechtlichen Unsicherheiten. Daher konnten die notwendigen Anpassungen an die neuen steuer-, beihilfe- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen nur zum Teil bzw. vorläufig vorgenommen werden. Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) führt im Jahr 2010 zum dritten Mal eine Verbundweite Fahrgast- bzw. Verkehrserhebung durch. Diese Erhebung dient auch der

Weiterentwicklung und Aktualisierung der Einnahmeaufteilung im RMV. Die letzte Erhebung im Jahr 2004 hat gezeigt, dass es hier zu erheblichen Veränderungen in der Einnahmezuscheidung zwischen den lokalen Nachverkehrsorganisationen kommen kann. Mit ersten Ergebnissen aus der Erhebung ist erst Ende 2010 zu rechnen. Zur Anwendung kommen diese Erkenntnisse mit dem Abrechnungsjahr 2011.

Ausblick:

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der EKVO werden in Absprache mit den Partnerkommunen Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht.

Im Jahr 2010 wird der Schwerpunkt der Arbeiten in den Bereichen Wasser und Abwasser in der Sanierung der Leitungen in den Ortsdurchfahrten in Glashütten (Gemeinde Hirzenhain) und Ulfa (Stadt Nidda) jeweils in Abstimmung mit den zuständigen Straßenverkehrsverwaltungen liegen.

In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden auch in den Folgejahren entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Seit 2009 sind erstmalig alle Linienbündel im lokalen Busverkehr mittels Ausschreibungen neu vergeben bzw. an eigenwirtschaftlich tätige Verkehrsunternehmen neu konzessioniert worden. Für den Abschluss von Kooperationsverträgen mit den eigenwirtschaftlich tätigen privaten Verkehrsunternehmen werden Verhandlungen geführt.

Die nächste Ausschreibungsrunde beginnt planmäßig zum Betriebsstart in 2013, d.h. mit ersten Vorarbeiten hierfür wird bereits im laufenden Jahr begonnen.

Im Wirtschaftsplan 2010 des ZOV sind über alle Sparten Investitionen von insgesamt 3,2 Mio. € veranschlagt. Es werden für 2010 und darüber hinaus stabile Ergebnisse erwartet.

Angesichts der in der Vergangenheit geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH

Rangstr. 10, 36043 Fulda
Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119
E-Mail: post@gwv-fulda.de
Internet: www.gwv-osthessen.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Abnehmer im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises, des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich betreffen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,20 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. Wolfgang Dippel - Vorsitzender
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender
Günter Frenz
Reiner Görg

Rudolf Marx
Dipl.-Kfm. Ralf Stefan Stöppler
Bernd Woide

Geschäftsführung: Dr. Peter Szepanek

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	18.01.1967
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	10.11.1996, letzte Änderung 19.06.2000
<i>Handelsregister:</i>	Fulda, HRB 84
<i>Stammkapital:</i>	7.420.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	Überlandwerk Fulda AG
Vogelsbergkreis	Landkreis Fulda
Stadt Alsfeld	Stadtwerke Lauterbach GmbH
Stadt Schlüchtern	Gemeinde Neuhaus
Stadt Steinau an der Straße	Gemeinde Großlütten
Mainz-Kinzig-Kreis	Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Eichenzell	

Stammeinlagen:

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhaus	127.900,00	1,72
Stadt Steinau	104.200,00	1,41
Gemeinde Großlütten	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2009 €	2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	298.280,00	328.937,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	285.847,00	332.824,00
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	1.677.927,00	1.530.628,00
3. Verteilungsanlagen	20.053.569,00	20.562.608,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.136,00	40.946,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15.794,00	95.996,00
	22.073.273,00	22.563.002,00
Summe Anlagevermögen	22.371.553,00	22.891.939,00
<u>B. Umlaufvermögen</u>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.169.882,18	9.675.756,70
2. Forderungen gegen Gesellschafter	46.416,18	207.475,04
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.100.466,99	1.381.789,51
	8.316.765,35	11.265.021,25
II. Guthaben bei Kreditinstituten	51.766,94	54.914,26
Summe Umlaufvermögen	8.368.532,29	11.319.935,51
<u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u>	5.088,33	4.233,25
	30.745.173,62	34.216.107,76

PASSIVA

	2009 €	2008 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	7.420.000,00	7.420.000,00
II. Kapitalrücklage	2.347.906,68	2.347.906,68
III. Gewinnrücklagen	2.542.000,00	2.542.000,00
IV. Bilanzgewinn	1.416.735,59	1.454.730,96
Summe Eigenkapital	13.726.642,27	13.764.637,64
<u>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</u>	6.016.249,00	6.384.682,00
<u>C. Rückstellungen</u>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	96.476,00	95.627,00
2. Steuerrückstellungen	68.712,00	4.580,33
3. Sonstige Rückstellungen	2.368.120,00	982.906,00
Summe Rückstellungen	2.533.308,00	1.083.113,33
<u>D. Verbindlichkeiten</u>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.823.528,00	2.882.352,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	436.928,51	538.956,26
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.059.845,30	7.463.082,53
4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.138.315,54	2.096.847,00
Summe Verbindlichkeiten	8.458.617,35	12.981.237,79
E. Rechnungsabgrenzungsposten	10.357,00	2.437,00
	30.745.173,62	34.216.107,76

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	39.027.953,37	45.256.117,45
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.027.347,05	1.006.946,57
Gesamtleistung	40.055.300,42	46.263.064,02
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.614.381,56	37.117.537,93
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.886.670,98	2.185.681,04
Summe Materialaufwand	31.501.052,54	39.303.218,97
Rohergebnis	8.554.247,88	6.959.845,05
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	0,00	0,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.687,94	7.283,25
Summe Personalaufwand	12.687,94	7.283,25
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.478.809,00	2.562.518,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.118.475,77	1.597.784,01
Betriebsergebnis	1.944.275,17	1.597.784,01
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.731,32	25.268,06
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	232.592,11	190.953,19
Finanzergebnis	-225.860,79	-165.685,13
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.718.414,38	1.432.098,88
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	556.335,89	410.527,81
11. Sonstige Steuern	73,86	57,44
12. Jahresüberschuss	1.162.004,63	1.021.513,63
13. Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage	0,00	3.436,00
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	254.730,96	436.653,33
15. Bilanzgewinn	1.416.735,59	1.454.730,96

Ausgewählte Kennzahlen

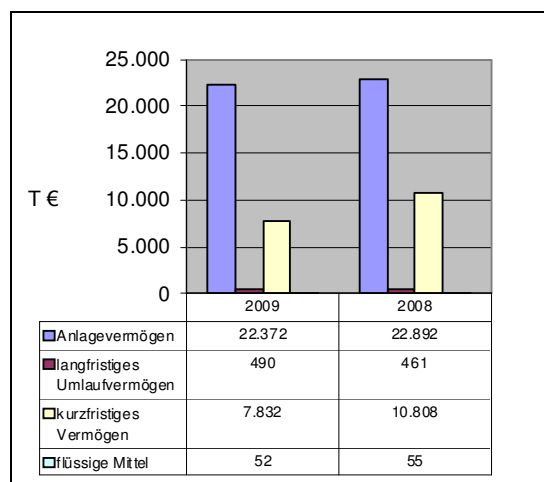
Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

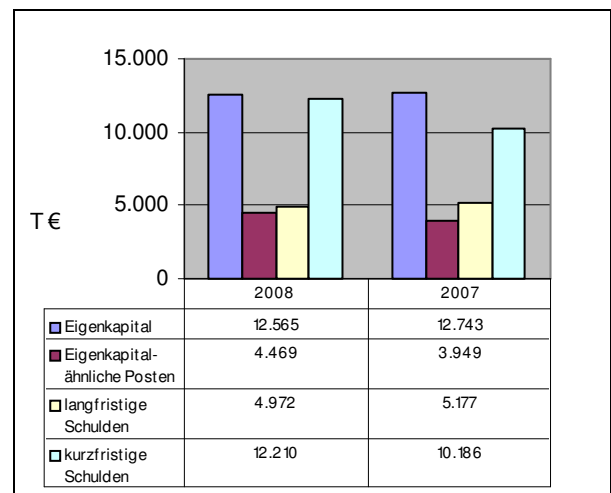
Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

Vermögensstruktur



Kapitalstruktur



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

1.200.000,00 €

Dividende

Anteil VBK 6,2 %

74.450,13 €

abzgl. Steuern =

62.668,40 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

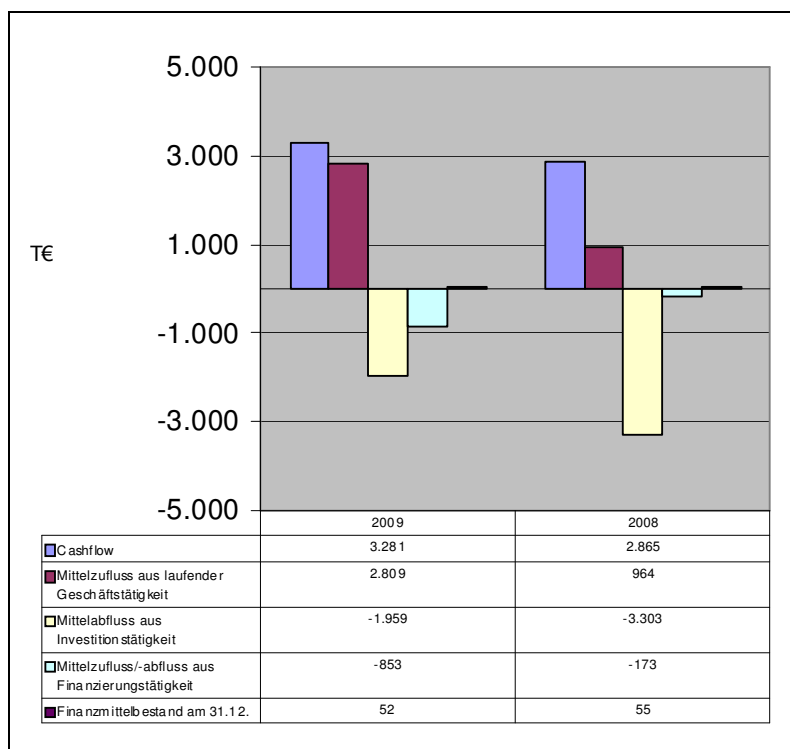
Stammeinlage 6,2 % = 460.350 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

Finanzlage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Geschäftsjahr 2009 war trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein erfolgreiches Jahr. Nach den Rückgängen der vergangenen Jahre hat das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit 1,7 Mio. € wieder ein gutes Niveau erreicht. Regulatorische Kosten sowie erforderliche Wertberichtigungen konnten unter anderem durch witterungsbedingte Ertragssteigerungen, erhaltene nachträgliche Gutschriften betreffend Vorjahr und geringere Abschreibungen ausgeglichen werden. Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 2,4 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €).

Gasversorgung

Unser Gashandel erzielte einen Gasabsatz von 866,9 Mio. kWh (-18,4 %). Die Mengenentwicklung war in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich. Aufgrund der kühleren Witterung - insbesondere in den ersten drei Monaten des Jahres - stieg der Absatz an Tarifkunden aufgrund des höheren Heizbedarfs um 1,7 %. Bei den Großkunden waren im

Wesentlichen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise deutliche Absatzrückgänge (-24,4 %) zu verzeichnen. Der Betriebsverbrauch, der überwiegend die innerbetrieblichen Lieferungen an die Wärme- und Contractingsparte enthält, erzielte einen Zuwachs von 13,4 %.

Die Absatzentwicklung an unseren öffentlichen Erdgastankstellen Alsfeld und Lauterbach ist weiterhin sehr positiv. Insgesamt wurden an den Tankstellen 4,6 Mio. kWh verkauft, das sind 15,2 % mehr als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft sind mengenbedingt um 15,4 % auf 42,1 Mio. € gesunken. Obwohl die Verkaufspreise in allen Kundenbereichen unter das Vorjahresniveau gesunken sind, ergeben sich durch unterschiedliche Mengenentwicklungen auf Geschäftsjahresbasis noch leicht gestiegene Durchschnittserlöse. Nach dem extremen Ölpreisanstieg und dem Platzen der „Ölpreisblase“ Ende 2008 sanken zeitverzögert auch die Gasbezugskosten.

Als einer der ersten Gasversorger der Bundesrepublik gaben wir die sich abzeichnende Entwicklung schon zum 1. März 2009 mit dem bisher größten Preissprung in der Geschichte des Unternehmens an die Tarifkunden weiter, der Preis reduzierte sich um 1,75 Cent/kWh. Eine weitere Tarifpreissenkung in Höhe von 0,2 Cent/kWh erfolgte zum 1. November 2009 und damit rechtzeitig zum Beginn der Heizperiode. Die Tarifpreise bewegen sich derzeit wieder auf einem niedrigen Niveau, wie zuletzt im ersten Halbjahr 2006. Bei den Großkunden erfolgten die Preisanpassungen vertragsgemäß, in der Regel quartalsweise.

Die Akquisition von neuen Gaskunden wurde neben der energiepolitisch gewollten Forcierung von Erneuerbaren Energieträgern sowie der weiterhin verhaltenen Tätigkeit im Wohnungsbausektor, auch durch die Wirtschaftskrise erschwert. Trotzdem konnten wiederum Zuwächse erzielt werden, die unter den gegebenen Bedingungen zufriedenstellend sind.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb hat sich deutlich belebt. Der Anteil der Kunden, die im GWV-Netz durch fremde Händler beliefert wurden, lag Ende 2009 bei 2,3 % (Vorjahr 1,1 %).

Wasserversorgung

Seit 1. Januar 2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Für die Gemeinde Poppenhausen (Wasserkuppe) erfolgt die Betriebsführung der Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung seit 1. April 2008. Neben dem Betriebsführungsentgelt wurden für projektbezogene Leistungen Nebengeschäftserlöse erzielt. Diese stiegen aufgrund des höheren Auftragsvolumens um 44,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Wärmeversorgung und Contracting

Durch die erfolgreiche Akquisition neuer Kunden sowie witterungsbedingt stieg der Wärmeabsatz auf 4.983 MWh_{therm.} (+22,0 %). Damit konnte trotz rückläufiger Verkaufspreise ein Umsatzanstieg auf 0,6 Mio. € (+15,9 %) erzielt werden. Beim Stromab-

satz ergab sich durch kundenseitig bedingte geringere Nutzungszeiten ein Rückgang von 11,0 %, die Stromerlöse sanken um 12,5 %.

Für die Stromerzeugung setzen wir ein BHKW sowie eine Mikrogasturbine ein. Die Mikrogasturbine ist Teil der Energieversorgung in einem Keltereibetrieb. Es handelt sich hierbei um ein Pilotprojekt, das seit Herbst 2004 im Rahmen eines Demonstrationsvorhabens des hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung durchgeführt wird.

Investitionen

Das Investitionsvolumen sank von 3,3 Mio. € auf 2,0 Mio. €. Ursache hierfür sind unter anderem ein geringerer Bedarf an Ersatzinvestitionen sowie die durch die Netzregulierung erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beim Ausbau der Versorgungsnetze. Im

Einzelnen investierten wir: 1,2 Mio. € für den Ausbau des Gasverteilungsnetzes, 0,5 Mio. € für neue Gashausesanschlüsse inklusive Zähler und Regler sowie 0,3 Mio. € für neue Contractinganlagen.

Die Investitionen konnten vollständig aus Abschreibungen (Vorjahr 77,6 %) finanziert werden.

Vermögens-, Kapital- und Finanzlage

Durch die geringere Investitionstätigkeit reduzierte sich das Anlagevermögen leicht, infolge des ebenfalls gesunkenen Gesamtvermögens stieg jedoch der Anteil des Anlagevermögens auf 72,8 % (Vorjahr 66,9 %). Das Anlagevermögen ist zu 98,0 % (Vorjahr 96,1 %) mit langfristigem Kapital gedeckt. Der Rückgang des kurzfristigen Vermögens von 31,6 % auf 25,5 % ergibt sich im Wesentlichen aus den preisbedingt gesunkenen Forderungen für Gaslieferungen.

Die Eigenkapitalquote liegt - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten - bei 54,4 % (Vorjahr 49,8 %). Der Cashflow verbesserte sich von 2,9 Mio. € auf 3,3 Mio. €. Unser Finanzmittelbestand am Jahresende umfasste wie im Vorjahr 0,1 Mio. €.

Risikofrüherkennung

Das bestehende Risikomanagementsystem wurde auch in 2009 systematisch weitergeführt und das Risikohandbuch aktualisiert. Dazu wurden die bestehenden Risiken überprüft und neue Risiken identifiziert, insbesondere wurden die Auswirkungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie durch sich ändernde Preis- und Beschaffungsstrukturen beachtet. Die in der RiskMap dokumentierten Ergebnisse der Risikobewertung ergeben keine bestandsgefährdenden Risiken.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung.

Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Betriebs gemäß DVGW-Arbeitsblatt G1000 (Gas) und W1000 (Wasser). Das DVGW-Zertifikat zum „geprüften

Sicherheitsmanagement (TSM)" wurde uns bereits 2002 erteilt und im Rahmen einer Wiederholungsprüfung in 2007 erneut bestätigt. Die im Vorjahr eingeführte mobile Datentechnik und GPS-Ortung in unseren Einsatzfahrzeugen zur Verbesserung unserer Leistungsfähigkeit bei Störfällen hat sich im Berichtsjahr bewährt.

Ausblick, Chancen und Risiken:

Beim Gasabsatz erzielten wir bis Ende Februar 2010 einen Anstieg von 5,2 %. Dabei betrug der Mehrabsatz im Bereich der Tarifkunden witterungsbedingt 1,7 %. Im Großkundenbereich ist die Absatzentwicklung stark differierend. Während ein Teil der Kunden aufgrund der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich weniger Gas bezieht, erholen sich andere Großkunden bereits von der Krise. Insgesamt ist derzeit ein Absatzplus von 6,9 % zu verzeichnen. Damit liegt der Absatz an Großkunden aber noch deutlich unter dem vergleichbaren Lieferniveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir erwarten auf Planbasis unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Temperaturverlaufs für das Geschäftsjahr 2010 insgesamt einen Absatzrückgang von 3,0 %.

Unsere Gaseinkaufspreise basieren im Wesentlichen noch auf langfristigen Verträgen, die an die Entwicklung des Heizölpreises gebunden sind und diesem zeitverzögert folgen. Daneben wird die kurzfristige Beschaffung über die meist nicht an den Ölpreis gebundenen Handelsmärkte auch für uns zunehmend an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus nimmt die Vertragsvielfalt bei der Gasbeschaffung für Großkunden ständig zu. Um mit den neuen Preis- und Beschaffungsstrukturen erfolgreich agieren zu können, haben wir bereits damit begonnen, ein Portfolio-/Risikomanagement zu implementieren. Ziel unserer Bemühungen im laufenden Geschäftsjahr ist es, die sich infolge der Ölpreisbindung abzeichnenden Preissteigerungen im Tarifkundenbereich möglichst zu vermeiden. Die Weitergabe von Preisänderungen an unsere Großkunden erfolgt vereinbarungsgemäß – in der Regel quartalsweise.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb wird auch in 2010 weiter zunehmen. Mit gutem Service, konsequenter Kundenorientierung und Beratungsleistungen zum effizienten Energieeinsatz positionieren wir uns gegenüber den Wettbewerbern. Um den Gasabsatz steigern zu können, werden wir unser Versorgungsnetz noch ausbauen und neue Kunden akquirieren. Im Rahmen unserer Verdichtungsaktion bieten wir weiterhin unter dem Motto „Umsteigen lohnt sich“ das Förderprogramm „Erdgas-Brennwertheizung und Solar“ an. Zusätzlich haben wir für den Neubaubereich ein Förderprogramm aufgelegt. Die Beratung von Gewerbekunden über den ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie von Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge setzen wir fort. Darüber hinaus bieten sich neue Chancen zur Erschließung von weiteren Absatzpotenzialen im Haushaltsbereich durch die vor der Markteinführung stehenden Strom erzeugenden Heizungen (Micro-BHKWs). Wir unterstützen die Markteinführung mit Pilotanlagen, die wir in Kooperation mit dem örtlichen Fachhandwerk im Markt platzieren wollen.

Im Bereich des Gasnetzes werden von uns die Chancen und Risiken der Anreizregulierung weiterhin analysiert und die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet.

Außerdem liegt in 2010 der Focus auf dem Neuabschluss von Konzessionsverträgen mit fünf Kommunen, deren Verträge Ende 2011 auslaufen. Wir haben die Gespräche mit den betroffenen Kommunen überwiegend schon im Jahr 2009 aufgenommen. Insgesamt halten wir die erkennbaren mittelfristigen Risiken für unseren wirtschaftlichen Erfolg im Netzbereich für beherrschbar.

Der Wärmeabsatz liegt derzeit aufgrund neuer Kunden sowie witterungsbedingt 18,8 % über Vorjahr. Für das Geschäftsjahr planen wir einen Anstieg von über 10 %.

Die Aktivitäten im Contractingbereich werden fortgesetzt. Neben „relaxWärme“, dem „Rund-um-sorglos-Paket“ für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden, werden Kunden individuelle Energielösungen bei Industrie, Gewerbe und Kommunen angeboten.

Vor dem Hintergrund der umwelt- und energiepolitischen Anforderungen haben wir die Chancen und Risiken eines Biogasprojektes mit der Erzeugung von Biogas auf Basis von biogenen Reststoffen, der Aufbereitung auf Erdgasqualität und der Einspeisung in das Erdgasnetz geprüft. Aufgrund der zufriedenstellenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der zukünftigen strategischen Bedeutung des Geschäftsfeldes wurde Ende 2009 die Projektrealisierung über die Biothan GmbH beschlossen. Wir sind gemeinsam mit der Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH mit jeweils 50 % an der Biothan GmbH beteiligt.

Für Investitionen ist ein Gesamtbudget von 5,1 Mio. € vorgesehen. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus dem Biogasprojekt, hierfür sind neben der Finanzbeteiligung von 2,0 Mio. € noch 0,6 Mio. € für die Verlegung der Anschlussleitung und für den Bau der Station zum Einspeisen des Biogases in das Versorgungsnetz erforderlich. Der Planansatz für die sonstigen Investitionen im Gasbereich bewegt sich im Rahmen des Vorjahres, für Contractinganlagen wurde das Budget angehoben.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise erfordern im laufenden Geschäftsjahr weiterhin besondere Aufmerksamkeit in unserer Unternehmenssteuerung. Mit der Erwartung einer leichten Konjunkturerholung gehen wir zuversichtlich in das Jahr 2010 und rechnen mit einem zufriedenstellenden Unternehmensergebnis.

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Eselswörth 23, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) § 4 Absatz 3 bis 5.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung: Johannes Averdung - Vorsitzender

Vorstand: Friedel Kopp - Verbandsvorsteher

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Mitglieder: Vogelsbergkreis und alle 19 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Körperschaft des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.08.1987
<i>Satzung:</i>	13.03.1987, zuletzt geändert am 16.02.2009
<i>Handelsregister:</i>	kein Eintrag
<i>Stammkapital:</i>	kein Stammkapital
<i>Beteiligungen:</i>	Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH AbfallEntsorgungsGesellschaft Vogelsbergkreis mbH - AEGV

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	31.12.2008 €	01.01.2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	6.314,85	0,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	2.313.075,61	2.570.546,10
2. Technische Anlagen und Maschinen	10.000,30	14.554,57
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.116,68	7.941,14
	2.329.192,59	2.593.041,81
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
2. Ausleihungen an verbund. Unternehmen	661.531,38	661.531,38
3. Beteiligungen	47.601,27	47.601,27
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	258.775,04	388.162,60
	992.907,69	1.122.295,25
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	435.929,55	150.296,05
2. Forderungen gegen verb. Unternehmen	0,00	17.048,48
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	116.479,57	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	204.725,94	988.668,35
	757.135,06	1.156.012,88
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.042.969,02	4.599.016,84
	9.128.519,21	9.470.366,78

PASSIVA

	31.12.2008 €	01.01.2008 €
A. Eigenkapital		
I. Rücklage	1.372.525,79	1.372.525,79
II. Gewinn/Verlust	-573.959,56	0,00
	798.566,23	1.372.525,79
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	431.810,00	436.955,00
2. Sonstige Rückstellungen	7.554.300,00	6.895.850,00
	7.986.110,00	7.332.805,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	281.089,25	403.506,57
2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	360.163,50
3. Sonstige Verbindlichkeiten	62.753,73	1.365,92
	343.842,98	765.035,99
	9.128.519,21	9.470.366,78

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €
1. Umsatzerlöse	9.567.629,83
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.792,83
	9.573.422,66
3. Materialaufwand:	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.003.368,86
	570.053,80
4. Rohergebnis	
5. Personalaufwand:	
a) Löhne und Gehälter	649.773,35
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	169.695,45
	819.468,80
6. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	264.820,74
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	304.310,68
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	244.823,28
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	177,15
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-573.900,29
11. Sonstige Steuern	59,27
12. Jahresgewinn/-verlust	-573.959,56

NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld

Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41

E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de

Internet: www.neue-arbeit-vb.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Betriebsgrundlage ist die Teilnahme an öffentlich geförderten Maßnahmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender

Otto Bäuscher - Geschäftsführer

Inge Herchenröder - Architektin

Magdalena Pitzer - Kreisbeigeordneter

Dr. Manfred Vogel

Geschäftsführung: Pfarrer Christoph Geist

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 26.01.1999

Gesellschaftsvertrag: 26.01.1999

Handelsregister: Gießen, HRB 5161

Stammkapital: 127.822,97 €

Beteiligungen: Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld - 100 %

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2009 €	2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	2.474,55	863,57
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	883.658,14	899.824,14
2. Technische Anlagen	24.238,00	27.828,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	133.686,29	111.371,43
	1.041.582,43	1.039.023,57
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
	1.094.056,98	1.089.887,14
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	150.039,57	148.796,36
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.711,08	332.711,08
3. Forderungen geg. verbund. Unternehmen	103.356,54	36.270,58
4. Sonstige Vermögensgegenstände	16.391,65	23.641,53
	602.498,84	541.419,55
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	402.255,77	425.899,91
		967.319,46
C. Rechnungsabgrenzungsposten	259,10	140,84
	2.099.070,69	2.057.347,44

PASSIVA

	2009 €	2008 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87	148.247,87
III. Verlustvortrag	83.386,76	129.051,31
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	44.830,38	45.664,55
	237.514,46	192.684,08
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens	463.850,63	478.157,07
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	297.500,22	291.432,32
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	934.335,52	1.022.990,33
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.959,22	24.086,31
3. Sonstige Verbindlichkeiten	157.910,64	47.997,33
	1.100.205,38	1.095.073,97
	2.099.070,69	2.057.347,44

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	779.275,36	692.449,70
2. Betriebskostenzuschüsse	2.043.964,21	1.727.528,76
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	14.306,44	14.550,44
4. Sonstige betriebliche Erträge	92.190,77	355.551,29
	2.929.736,78	2.790.080,19
5. Materialaufwand: Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	376.672,36	312.597,89
	2.553.064,42	2.477.482,30
6. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter	1.618.048,37	1.244.192,82
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	399.025,56	316.489,53
	2.017.073,93	1.560.682,35
7. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	63.388,96	55.396,45
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	420.542,35	808.020,10
	2.501.005,24	2.424.098,90
Zwischenergebnis	52.059,18	53.383,40
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.529,71	3.994,29
10. Erträge aus Investitionszuschüssen	0,00	157.620,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.575,39	7.756,85
12. Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten	0,00	157.620,00
	-4.045,68	-3.762,56
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	48.013,50	49.620,84
14. Sonstige Steuern	3.183,12	3.956,29
15. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	44.830,38	45.664,55

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 92 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 44.830,38 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

Auszug aus dem Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung

Auch im Geschäftsjahr 2009 konnte wieder ein positives Betriebsergebnis erreicht werden. Neben dem engagierten Einsatz des Personals bewährte sich darin auch weiter die gute zielorientierte Kooperation mit der kommunalen Vermittlungsagentur des Vogelsbergkreises.

Das im Vorjahr erfolgreich durchgeführte Sofortprogramm der Werkakademie wurde auch in 2009 mit gutem Erfolg weitergeführt und kann auch in 2010 fortgesetzt werden. Die NEUE ARBEIT erhielt den Zuschlag in der Ausschreibung auch für das Jahr 2010. Das Landesprogramm „Passgenau in Arbeit“, das im Jahr 2009 einer sonst unberücksichtigten Zielgruppe mit gutem Erfolg Integrationsmöglichkeiten bot, wird leider vom Vogelsbergkreis zur Zeit nicht in Anspruch genommen, so dass hier eine Fortführung vorerst nicht möglich ist.

Mit dem Einstieg in das Programm Xenos (Integration und Vielfalt) ab Mai 2009 konnte ein wichtiger Aspekt der pädagogischen Arbeit systematisch und mit eigener personeller Ausstattung als Querschnittsaufgabe verstärkt in Angriff genommen werden.

Zum Ende des Jahres 2009 gelang auch der Einstieg in das Programm „Gute Arbeit für Alleinerziehende“. Dadurch kann die Arbeit für diese besonders benachteiligte Zielgruppe ausgeweitet werden. Mit der an die Tagespflegequalifizierung angeschlossenen kleinen

Tagespflegeeinrichtung im Betrieb der NEUEN ARBEIT ist dafür schon ein wichtiges Infrastrukturelement vorhanden.

Auch das Ausbildungsangebot konnte mit dem Einstieg in das Programm „Betriebliche Ausbildung für Alleinerziehende“ für diese Zielgruppe ausgeweitet werden. Mit dem Beginn im Programm „Ausbildung in der Migration“ gelang ein weiteres spezielles Angebot für eine andere besonders benachteiligte Zielgruppe.

Dadurch und Dank dem vom Diakonischen Werk in Hessen und Nassau aufgelegten Programm „Ausbildung 20+“ konnte die Zahl der Ausbildungsplätze um 9 auf 45 aufgestockt werden. Drei Auszubildende schlossen im Geschäftsjahr erfolgreich ihre Ausbildung ab und konnten in Arbeit vermittelt werden. Leider brachen im Geschäftsjahr vier Teilnehmer aus unterschiedlichen Ausbildungsjahren die Ausbildung ohne Anschlussperspektive ab. Eine Teilnehmerin musste die Ausbildung wegen Krankheit beenden.

Im Geschäftsjahr betreute die NEUE ARBEIT insgesamt 420 TeilnehmerInnen (ohne die 113 TeilnehmerInnen des Programms Sofortangebot in der Werkakademie für Unter-25-jährige, die auch in den folgenden Zahlen nicht berücksichtigt sind). Inklusive aller, auch der Abbrüche in der Einstiegsphase (94 TeilnehmerInnen) beendeten im Berichtszeitraum 258 TeilnehmerInnen die zugewiesenen Maßnahmen (27 davon als REHA- oder Krankheitsfälle). 37 konnten in Arbeit vermittelt werden, 7 mündeten in Ausbildung (intern oder extern) und 12 in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach §16e SGBII bei der NEUE ARBEIT Vogelsberg ein.

Aus dem Sofortprogramm wurden 11 TeilnehmerInnen in Arbeit vermittelt, 10 gingen in Ausbildung, 4 in Weiterbildung und 33 in weiter führende Maßnahmen bei der NEUEN ARBEIT. 12 waren Reha- oder Krankheitsfälle. 32 Personen wurden an die Kommunale Vermittlungsagentur zurück verwiesen.

An der von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zur späteren Nutzung als weitere Betriebsstätte durch die NEUE ARBEIT erworbenen „Sondermannhalle“ konnten erste Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Der Ausbau des Dachgeschosses im Kantinegebäude der Betriebsstätte in der Altenburger Straße brachte spürbare Entlastung bei den Engpässen angesichts des gestiegenen Raumbedarfs.

Zur flexibleren und ökonomischeren Nutzung der Arbeitszeit kann das Stammpersonal unterschiedliche Modelle von variablen Arbeitszeiten und auch Teilzeitarbeit nutzen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine Veränderungen der Rechtsform, der Gesellschaftsstruktur und auch keine anderen unternehmensrelevanten Änderungen vorgenommen.

Die jährliche Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erbrachte keine Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2009 bestätigt. Nach erfolgreicher Implementierung eines Qualitätsmanagement-Systems im Gesamtbetrieb und der Zertifizierung durch den TÜV nach DIN EN ISO 9001 - 2000 im Jahre 2006, konnte auch in 2009 die Zertifizierung, jetzt nach DIN EN ISO 9001 - 2008 erneut erreicht werden.

2. Darstellung der Lage

Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT war im Geschäftsjahr auf Grund planvoller und ausgewogener Liquiditätsüberwachung jederzeit gegeben. Auch Dispositionskredite mussten nicht Anspruch genommen werden.

Im Jahr 2010 läuft die erste Phase des SGB II aus, außerdem muss bis Ende des Jahres nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine verfassungsmäßige Neuregelung der Trägerschaft für die Grundsicherung gefunden werden und in Kraft getreten sein.

Für die NEUE ARBEIT laufen am 30.06.2010 die Verträge über Eingliederungsleistungen nach dem SGB II mit der kommunalen Vermittlungsagentur des Vogelsbergkreises aus. Es ist zwar damit zu rechnen, dass auch in der Neuregelung eine rein kommunale Trägerschaft in den sogenannten Optionskommunen weiter möglich sein wird und dass der Vogelsbergkreis eine solche Optionskommune bleiben kann. Die genauen Rahmenbedingungen sind aber noch nicht klar. Klar ist allerdings, dass es in Zukunft keine relativ umfassenden Rahmenvereinbarungen mehr über Eingliederungsmaßnahmen zwischen der kommunalen Vermittlungsagentur und der NEUEN ARBEIT geben wird. Damit wird die Planungssicherheit noch weiter reduziert.

Es wird darauf ankommen, so flexibel wie möglich die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten der NEUEN ARBEIT durch eine Art „Puzzle“ aus verschiedenen Einzelmaßnahmen sicher zu stellen, bzw. die notwendigen Kapazitäten jeweils nur für die Dauer der Maßnahme flexibel vorzuhalten. Das wird mit festangestelltem Stammpersonal nur begrenzt möglich sein.

Ausblick:

3. Hinweise auf künftige Entwicklungen

Viel wird davon abhängen, ob es auch unter diesen veränderten Bedingungen der kommunalen Vermittlungsagentur und der NEUEN ARBEIT gemeinsam gelingen wird, Menschen nicht nur in jeweils isolierten, für sich ablaufenden Einzelmaßnahmen über eine kurze Zeitdistanz zu fördern. Notwendigkeit wird es bleiben, ganz besonders für die benachteiligten Jugendlichen miteinander abgestimmte und aufeinander aufbauende Maßnahmen in Form von Förderketten bereit zu halten, um sonst zu erwartende starke Rückschläge nach Auslaufen einer Maßnahme ohne Anschlussperspektive zu vermeiden.

Angesichts der schon in den vielen bisherigen Veränderungen des SGB II zum Ausdruck gekommenen Tendenz zur Zentralisierung und Reglementierung ist auch für die Zukunft eher damit zu rechnen, dass den regionalen Gegebenheiten angepasste und damit auch regionalspezifische Problemlösungen weiter eingeschränkt werden. Hier ist auf die schon im Lagebericht 2008 erwähnten besonderen Risiken für kleinere regionale Träger wie die NEUE ARBEIT hinzuweisen.

Ein nicht zu unterschätzendes Risiko liegt auch in den falsch verstandenen Sparbemühungen aus der Politik, die nicht nach den Bedarfen und Notwendigkeiten von Integrationsmaßnahmen fragen. Auch die wie in keinem anderen verbleibbaren Gesetzeswerk bereits in den ersten fünf Jahren erfolgte Flut von Revisionen und Veränderungen im SGBII macht für eine stabile Zukunft wenig Hoffnung.

Zukunftssichernde Faktoren bilden die schon in der Vergangenheit immer wieder bewiesenen hohen Leistungen an Kreativität und Innovationspotential verbunden mit den hohen Kompetenzen der NEUEN ARBEIT zur Förderung benachteiligter Menschen und im überdurchschnittlichen Engagement des Stammpersonals des Betriebes.

Nur im Verbund mit den politischen und wirtschaftlich Verantwortlichen der Region kann es gelingen, unter Bündelung der Kräfte gemeinsam weiter erfolgreich für gesellschaftliche und berufliche Integration benachteiligter Menschen und damit für die Entwicklung der Region zu wirken. Nur als eine solche gewissermaßen regional eigene Ressource im Verbund mit anderen Kräften und Stärken der Region kann die NEUE ARBEIT auch in Zukunft ihre Aufgabe weiter wahrnehmen und weiter entwickeln.

Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld

Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118

E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhausträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Gesundheitswesen

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender
stellv. Vorsitzender
Mitglieder des Kreistages

Landrat Rudolf Marx
Dr. Arno Wettlaufer
Friedel Kopp
Jürgen Ackermann
Ingeborg Beckmann-Launer
Dr. Bernd Stumpf

Sachkundige Personen

Christian Kujawa
Matthias Gorsler
Herbert Diestelmann (bis 12.03.2009)
Ernst Heidelberg (ab 12.03.2009)

Mitglieder des Betriebsrates

Monika Raab (bis 03.11.2009)
Karin Heipel (ab 04.11.2009)
Horst Wlodarczyk-Götz

Geschäftsführung: Henner Häfner, Dipl. Krankenhaus-Betriebswirt (DKI)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 16.08.1999

Gesellschaftsvertrag: 16.08.1999, geänderte Fassung vom 17.01.2001

Handelsregister: Gießen, HRB 5326

Stammkapital: 6.000.000 €

Beteiligungen:

1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH
(KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 €
2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH
(AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €

Gesellschafter: Vogelsbergkreis

Bilanz des Unternehmens (Konzern)

AKTIVA		2009	2008	PASSIVA		2009	2008
		€	€			€	€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immat. Vermögensgegenstände				1. Gezeichnetes Kapital		6.000.000,00	6.000.000,00
Software		115.647,00	188.351,00	2. Gewinnrücklagen/Andere Gew.Rückl.		4.381.424,54	4.381.424,54
II. Sachanlagen				3. Gewinnvortrag		122.292,49	118.511,71
1. Grundstücke und Bauten einschließlich		21.296.460,88	21.226.604,88	4. Konzernergebnis		-899.198,64	3.780,78
Bauten auf fremden Grundstücken				5. Ausgleichsposten für Anteile		55.190,27	50.255,99
2. Technische Anlagen		354.720,00	92.315,00				
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung		2.862.430,24	2.742.482,00				
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen		350.372,73	874.116,64				
im Bau							
		24.863.983,85	24.935.518,52				
III. Finanzanlagen				B. Sonderposten für Investitions-		15.278.730,70	15.816.624,80
1. Beteiligungen		5.500,00	5.500,00	zuschüsse zum Anlagevermögen			
		5.500,00	5.500,00				
B. Umlaufvermögen				C. Rückstellungen			
I. Vorräte				1. Rückstellungen für Pensionen und		538.553,47	508.721,85
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		197.005,45	207.073,63	ähnliche Verpflichtungen			
2. Unfertige Leistungen		388.854,63	343.429,12	2. Steuerrückstellungen		26.038,03	8.330,00
3. Geleistete Anzahlungen		155.809,04	155.809,04	3. Sonstige Rückstellungen		1.082.388,39	1.265.202,96
		741.669,12	706.311,79			1.646.979,89	1.782.254,81
II. Forderungen und sonstige				D. Verbindlichkeiten			
Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten gegenüber		1.942.787,95	0,00
1. Forderungen aus Lieferungen und		3.774.715,43	3.287.892,44	Kreditinstituten			
Leistungen				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen		1.215.345,05	627.890,91
2. Forderungen nach dem Krankenhaus-		0,00	46.000,00	und Leistungen			
finanzierungsrecht				3. Verbindlichkeiten gegenüber		46.597,77	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände		683.441,23	454.009,76	Gesellschaftern			
		4.458.156,66	3.787.902,20	4. Verbindlichkeiten nach dem Kranken-		308.635,51	1.446.663,52
				hausfinanzierungsrecht			
III. Kassenbestand, Guthaben bei		674.705,54	1.192.097,63	5. Sonstige Verbindlichkeiten		758.459,66	583.453,57
Kreditinstituten						4.271.825,94	2.658.008,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.703,02	3.339,49	E. Rechnungsabgrenzungsposten		6.120,00	8.160,00
		30.863.365,19	30.819.020,63			30.863.365,19	30.819.020,63

Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern)

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	24.645.631,90	24.793.792,92
2. Verminderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	45.425,51	-31.421,60
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.944.104,91	2.148.815,12
	27.635.162,32	26.911.186,44
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.445.666,51	4.501.646,35
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.009.999,41	679.938,97
	5.455.665,92	5.181.585,32
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	14.993.469,15	14.405.992,68
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.872.966,78	3.705.825,29
	18.866.435,93	18.111.817,97
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.809.655,01	1.674.250,91
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.336.273,38	1.984.012,07
	4.145.928,39	3.658.262,98
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.104,37	67.014,71
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10.525,46	691,17
	3.578,91	66.323,54
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-829.289,01	25.843,71
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	41.999,39	9.780,55
12. Sonstige Steuern	22.975,96	4.360,60
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-894.264,36	11.702,56
14. Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	4.934,28	7.921,78
15. Konzernergebnis	-899.198,64	3.780,78

Ausgewählte Kennzahlen

<i>Anzahl der Mitarbeiter:</i>	KKH GmbH	424,78 (Jahresdurchschnitt)
	KAD GmbH	85,50 (Jahresdurchschnitt)
	AMANDUS GmbH	98,70 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht Stammeinlage 6.000.000 €
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 894.264,36
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	*) Bürgschaft
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

*) Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 11.09.2006:
Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises
in Alsfeld GmbH für einen Kontokorrektkredit bis zu einer Höhe von 2.500.000,00 €
(Schuldenurkunde vom 13.01.2007)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gesundheitsversorgung der Region

Auszug aus dem Lagebericht

1. Vorbemerkungen

1.1 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die Erstellung des vorliegenden Lageberichtes des Kreiskrankenhauses Alsfeld sind § 289 Abs. 1 HGB und § 315 HGB. Ferner liegt dem Bericht die am 01. Januar 1987 in Kraft getretene Krankenhausbuchführungsverordnung in der Fassung vom 13. Juli 2003 (BGBl I. S. 1430/1461) zugrunde. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Eigengesellschaft des Landkreises (§ 52 HKO, § 122 HGO). Die kommunalrechtlichen Organisationspflichten und Regelungen zur Wirtschaftsführung wurden erfüllt.

Vom Wahlrecht der Zusammenfassung von Lagebericht und Konzernlagebericht gem. § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB machen wir Gebrauch.

Der Lagebericht hat nach der Gesetzesvorgabe, soweit erforderlich, den Jahresabschluss weiter zu erläutern, um einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Adressaten sicherzustellen. Darüber hinaus werden im Lagebericht die Gesamtverhältnisse, die Marktstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie deren Chancen und Risiken dargestellt.

Gemäß § 316 Abs. 1 und 2 HGB unterliegen der (Konzern-) Jahresabschluss und der (Konzern-) Lagebericht der Gesellschaft der Prüfung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat mit der Durchführung dieser Prüfung die Beratungs- und Prüfgesellschaft BPG mbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, beauftragt.

1.2 Konzernstruktur

Die "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld" zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus mit 188 Betten ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil.

Die Gesellschaft verfügt über zwei „Töchter“, nämlich die im Dezember 2000 gegründete „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD-GmbH)“ sowie die Ende 2001 errichtete „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“. Letztere befindet sich im Alleinbesitz der Muttergesellschaft, während diese im Falle der KAD seit Mitte des Jahres 2007 über einen Gesellschaftsanteil von 51% verfügt; die restlichen Anteile (49%) liegen bei der Fa. Gies Dienstleistungen GmbH.

1.3 Allgemeine Situation

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Ungeachtet dessen stellt sich das Kreiskrankenhaus den Herausforderungen der Zeit.

So wird z. B. der Grundsatz „ambulant vor stationär“ in Alsfeld konsequent umgesetzt. Die Zahl der ambulant durchgeführten Eingriffe erreicht mittlerweile mehr als ein Drittel der operativen Leistungen. Daneben hat das Krankenhaus sein Spektrum in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Die eingegliederte Sozialstation, Pflegeüberleitung und Sozialdienst, Kurzzeitpflege, ambulante Physiotherapie, Zusammenarbeit mit einer Dialyseeinrichtung, Gründung von Tochtergesellschaften, Kooperationen mit Fachärzten u. v. m. haben das Krankenhaus über seinen ursprünglichen Aufgabenbereich hinaus - für die stationäre Behandlung Kranker zu sorgen - in der Region als anerkannten Gesundheitsdienstleister positioniert.

Seit 2005 gilt ein landesweiter Basisfallwert als Richtgröße für die individuellen Budgets der Kliniken. Ursprünglich sollte diese Funktion als „Richtgröße“ bis zum Jahr 2009 aufgehoben werden und dann ein vorgegebener Landesfallwert für alle Kliniken gelten; allerdings wurde die alte Regelung in 2009 noch einmal fortgesetzt und der einheitliche Landesfallwert erst ab 2010 eingeführt.

2. Geschäftsverlauf / Geschäftliche Entwicklung

2.1 Medizinische Struktur

Die Klinik verfügt über die Hauptabteilungen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ einschließlich „Geriatric“ und „Anästhesie“. Als Belegabteilungen werden die Disziplinen „Frauenheilkunde und Geburten“ sowie „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“ vorgehalten. Die „Intensivmedizin“ wird fachübergreifend geführt.

Die Chirurgie wird im Rahmen eines kollegialen Systems von zwei Leitenden Abteilungsärzten geführt, die für die Disziplinen „Unfall- und Wiederherstellungschirurgie“ einerseits und „Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie“ andererseits verantwortlich sind. Seit 01.09.2009 wurde die Unfall- und Wiederherstellungschirurgie um die Sektion „Wirbelsäulenchirurgie“ erweitert.

In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Orthopädie, Innere Medizin, Palliativmedizin, Proktologie, Geriatric, Lungen- und Bronchialkrankheiten (Pneumologie), Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie.

Die Zusammenarbeit oder Kooperation mit niedergelassenen Ärzten wurde erfolgreich fortgesetzt. Im Untergeschoss der Krankenpflegeschule sind drei Arztpraxen untergebracht. Es handelt sich um eine internistische Ärztin mit hämatologisch / onkologischer Schwerpunktbildung (hervorgegangen aus einer in 2005 vom Krankenhaus übernommen internistischen Praxis) und um einen Urologen, der sich in Alsfeld niedergelassen hat und im Krankenhaus urologische ambulante Operationen durchführt. Im Spätsommer kam eine frauenärztliche Praxis hinzu, die von zwei Frauenärzten und einer Frauenärztin gemeinsam betrieben wird.

2.2 Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 7.469 (Vorjahr 7.636) Patienten stationär aufgenommen. Etwa 93% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 80,43% (Vorjahr 82,60%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 7,39 Tage (Vorjahr: 7,43 Tage).

Das Geschäftsjahr 2009 gestaltete sich außerordentlich schwierig und kann - gemessen an der vorangegangenen Zeit - als „Ausnahmejahr“ im negativen Sinne gekennzeichnet werden. Ursächlich hierfür war hauptsächlich ein Chefarztwechsel, der sowohl rückläufige Fallzahlen als auch ein Absinken des Fallschweregrades bedeutete. Nicht zu unterschätzen und auch als große Belastung für die Klinik einzustufen waren die Diskussionen um eine mögliche gesellschaftsrechtliche Verflechtung des Kreiskrankenhauses mit dem Klinikum in Bad Hersfeld. Der durch beide Ereignisse hervorgerufene Vertrauensverlust konnte erst im letzten Quartal 2009 wieder in eine positive Richtung gewendet werden, so dass das Jahresergebnis insgesamt „besser“ ausfiel als im Spätsommer noch zu befürchten war.

Ausschlaggebend für diese Trendwende war die erfolgreiche Wiederbesetzung der vakanten Chefarztposition. Außerdem gelang es, zwei Orthopäden an die Klinik zu holen, die mit der Wirbelsäulenchirurgie ein weiteres Leistungsspektrum aufbauen wollen.

2.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2009 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von € 1.647.472,94 vorgenommen. Dabei entfielen jeweils gerundet € 600.000 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs, € 660.000 auf „im Bau befindliche Anlagen“, € 185.000 auf Technische Anlagen und weitere € 84.000 auf die Brandschutzmaßnahme für die Nachfolgeförderung des Bauabschnittes I. Im EDV-Bereich wurden Investitionen in Höhe von rund € 36.000 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 1.672. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 723 zugeflossen. In der Amandus GmbH wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt. In der KAD GmbH wurden T€ 18 für die Erweiterung des Parkplatzes investiert.

2.4 Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), Einzelförderung (Brandschutz) und durch Eigenmittel.

2.5 Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 81% (Vorjahr 82%). Für den Konzern beträgt die Quote 81 % (Vorjahr: 82%). Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2009 mit einem Wert von T€ 21.180 (Vorjahr T€ 21.096) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist angemessen und beläuft sich zum 31.12.2009 auf 9,56 Mio. € (Vorjahr: 10,46 Mio. €) = 31% (Vorjahr: 34%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 9,66 Mio. € (Vorjahr: 10,55 Mio. €) = 31% (Vorjahr: 34%).

Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen zuzüglich Mindestbestand an Vorräten und Leitungsforderungen) ist in vollem Umfang durch Eigenmittel unter Hinzuziehung des Sonderpostens nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz finanziert. Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum gegeben.

2.6 Ertragslage

Für das abgelaufene Geschäftsjahr sanken im Vergleich mit dem Jahresabschluss 2008 die Leistungserlöse um T€ 71 (= 0,23%). Weiterhin stiegen die Sonstigen Erlöse um T€ 795 (= 37,01%). Gleichzeitig stiegen die Personalaufwendungen um T€ 755 (= 4,17%). Im Materialbereich und bei den bezogenen Leistungen stiegen die Aufwendungen um T€ 274 (= 5,29%). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um T€ 352 (= 17,76%), insgesamt führte dies mit einer Ergebnisverschlechterung um rd. T€ 906 zu einem Verlust von T€ 894.

2.7 Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 15.001 (Vorjahr: T€ 14.500), was weitgehend auf die gewollten personellen Umschichtungen im Zusammenhang mit den Tochtergesellschaften zurückzuführen ist. Der dort gestiegene Personalaufwand erscheint im Krankenhaus als „bezogene Leistung“ und taucht bei den Sachkosten des Krankenhauses auf.

Im Betriebsteil Sozialstation bewegte sich der Aufwand für das Personal in Höhe von T€ 903 (Vorjahr: T€ 815).

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 18.866 (Vorjahr T€ 18.112) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 425 (Vorjahr: 433), in der KAD 86 (Vorjahr: 80) und bei AMANDUS 99 (Vorjahr: 95) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 610 (Vorjahr: 608) Arbeitsplätze bietet.

Dem Kreiskrankenhaus ist eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen angeschlossen. Schulträger ist der Vogelsbergkreis; Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2009 wurden für Lauterbach 29 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 29 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 58 Ausbildungsplätze besetzt waren. Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

2.8 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH)“ arbeitet erfolgreich. Nachdem Mitte des Jahres 2007 die Fa. Gies Dienstleistungen GmbH mit 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt wurde, hält die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH mit 51 Prozent die Mehrheitsbeteiligung. Durch den Mitgesellschafter ist die Entwicklung der KAD noch stärker am Marktgeschehen ausgerichtet und konnte weitere Rationalisierungsreserven erschließen. Die KAD erbringt für das Krankenhaus Dienstleistungen in den Bereichen Verwaltung, Medizincontrolling, Reinigung, Verpflegung, sonstige hauswirtschaftliche Dienste, Pforte, Empfang, Ärztlicher Schreibdienst, Haustechnik sowie EDV. Sukzessive werden weitere Dienstarten, die nicht unmittelbar der ärztlichen, pflegerischen oder sonstigen medizinischen Versorgung zuzurechnen sind, der KAD überstellt.

Die in diesen Dienstarten vor Gründung der KAD Beschäftigten bleiben reguläres Personal des Kreiskrankenhauses und werden der Tochtergesellschaft beigestellt. Neueinstellungen erfolgen künftig grundsätzlich in der KAD. Die Entlohnung des dortigen Personals findet nach privatwirtschaftlichen Tarifstrukturen statt.

Bei sparsamer und kostenbewusster Wirtschaftsführung konnte im Geschäftsjahr 2009 ein Jahresüberschuss in Höhe von € 10.069,96 erzielt werden.

2.9 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde eine weitere nach wie vor 100 %ige Tochtergesellschaft, die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ errichtet. AMANDUS bot zunächst ambulante Pflegeleistungen an. Aufgrund der wenigen Betreuungsfälle und des schwierigen Marktumfeldes wurde 2003 beschlossen, AMANDUS aus diesem Bereich herauszunehmen und der Gesellschaft eine neue Aufgabe zu übertragen. Der ambulante Dienst wurde im Frühjahr 2004 eingestellt und dafür ab Mai 2004 die Trägerschaft einer Kurzzeitpflegeeinrichtung mit zwanzig Betten in den Räumen des Krankenhauses übernommen. AMANDUS hat sich damit vollständig aus der ambulanten Pflege zurück gezogen.

Die Kurzzeitpflegestation ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und diese ohne größeren Suchaufwand in eine geeignete Pflegeeinrichtung

(Kurzzeitpflege) zu überführen. Aus Patienten des Krankenhauses werden so Bewohner in der Kurzzeitpflege.

Um dieses Angebot weiter abzurunden und zusätzliche Erlöse zu erzielen wurde zum 01.12.2008 ein Versorgungsvertrag mit den Kostenträgern über drei integrierte Tagespflegeplätze abgeschlossen. Grundlage für diesen Entschluss bildete das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom 01.07.2008. Für die Inanspruchnahme von Tagespflege steht für jeden Pflegebedürftigen ein zusätzlicher Betrag über die Pflegeversicherung zu Verfügung. Die Tagespflege bildet somit das zweite Standbein der Solitäreinrichtung „Kurzzeitpflege“.

Auch der Aufgabenbereich „Personalgestaltung“ fügt sich sehr positiv in die Konzernstruktur ein. Damit nimmt AMANDUS eine wichtige Querschnittsaufgabe im Konzern wahr. Vertragliche Beziehungen zwischen der Mutter- und der Tochtergesellschaft regeln den Leistungsaustausch.

Das Geschäftsergebnis schließt mit einem Verlust in Höhe von € 9.943,00 ab (Vorjahr: Verlust von € 4.895,95). Ausschlaggebend für diesen Verlust sind zum größten Teil Steuernachzahlungen in Höhe von € 6.521,15 aus der Steueraußenprüfung für die Jahre 2005-2007.

2.10 Strategische und Bauliche Zielplanung

Den Auftrag, eine strategische und bauliche Zielplanung zu erarbeiten, erledigte das Kreiskrankenhaus im Wesentlichen bereits in den Vorjahren. Im Berichtsjahr erfolgte eine gründliche Überarbeitung, da die den baulichen Investitionen zugrundeliegenden Flächenberechnungen gegenüber dem Ministerium zu begründen und die Notwendigkeit der Maßnahmen nachzuweisen waren. Im Gespräch ist ein Gesamtvolumen in der Größenordnung von knapp 30 Mio. €, das im Laufe des Jahres 2010 in Form eines Antrags dem Land vorgelegt wird.

2.11 Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr negativ und zwar mit rund T€ 874 im Teilbereich Krankenhaus und mit ca. T€ 20 im Teilbereich Sozialstation. Die wesentlichen Gründe und Ursachen wurden bereits genannt.

Belastet wurde das Ergebnis auch durch die nur hälftig und daher völlig unzureichende Refinanzierung der Tarifentwicklung. Trotzdem dürfen die Klinikbeschäftigten von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung nicht abgekoppelt werden, und man kann ihnen für ihre Berufseinstellung nicht genügend danken. Es ist in diesem Zusammenhang aber dringend an die politisch Verantwortlichen zu appellieren, den Kliniken endlich den nötigen finanziellen Ausgleich z. B. für solche Tarifsteigerungen zu gewähren bzw. die Krankenhausbudgets nicht länger an die so genannte Grundlohnsummenentwicklung zu binden. Breiten Raum nahm im Geschäftsjahr die Diskussion um eine mögliche gesellschaftsrechtliche Verflechtung zwischen dem Kreiskrankenhaus und dem Klinikum Bad Hersfeld ein. Wie oben beschrieben, rät der Unterzeichner seit Jahren dazu, größere und damit wirtschaftlichere Klinikeinheiten zu schaffen. Ein solcher Verbund stärkt den Klinikstandort Alsfeld und erhöht die Versorgungsqualität in der Region. Der Zusammenschluss zweier Krankenhäuser auf unterschiedlichen Versorgungsstufen bietet hierfür besonders gute Voraussetzungen. Das Kreiskrankenhaus Alsfeld wird seinen Versorgungsauftrag in vollem

Umfänge weiter erfüllen, während bei Krankheiten, die nach Art und Schwere eine Behandlung auf höherer Versorgungsstufe nötig machen, das Partnerkrankenhaus in Bad Hersfeld aufgesucht werden kann. Ggf. erfolgt von dort eine zeitige Verlegung oder Rückverlegung nach Alsfeld. Darüber hinaus können in Alsfeld zusätzliche ambulante Angebote oder auch stationäre Konsiliarleistungen durch Abteilungen des Klinikums Bad Hersfeld geschaffen werden, die seither nicht zum Leistungsspektrum von Alsfeld gehörten. Dadurch ergeben sich für die Patientinnen und Patienten aus dem Raum Alsfeld völlig neue Möglichkeiten einer wohnortnahen stationären oder ambulanten Krankenhausbehandlung.

Diese vom Aufsichtsrat mit getragene und im Kreiskrankenhaus von der gesamten Belegschaft unterstützte Konzeption wurde leider vom Gesellschafter mehrheitlich verworfen. Wie vom Unterzeichner auch mehrmals erwähnt, ist die seit langem bestehende angespannte wirtschaftliche Situation zu einem ganz erheblichen Teil der „Kleinheit“ des Krankenhauses geschuldet. Der Status eines „Notfallkrankenhauses“ bedeutet zwar in hohem Maße Bestandsschutz für die Klinik, belastet aber das wirtschaftliche Ergebnis durch die außergewöhnlich hohen Fixkosten. Zum Ende des Geschäftsjahres trat in diesem Zusammenhang ein erneutes Problem hinzu. Die Ärzte und die Ärztin (Geburtshelfer und Geburtshelferin) beklagten sich über eine annähernde Verdoppelung ihrer Haftpflichtprämien und stellten unter diesen Gegebenheiten in Aussicht, die Geburtshilfe nicht mehr leisten zu können. Erschwerend kommt hinzu, dass die Geburtenzahl im Kreiskrankenhaus konstant rückläufig und eine Kostendeckung nicht mehr gegeben ist. Dieses Thema wird weiter auf der Tagesordnung bleiben und bedarf einer Lösung, wenn die einzige geburts-hilfliche Abteilung im gesamten Vogelsbergkreis dauerhaft bestehen bleiben soll.

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet.

Eine verlässliche Vorhersage der Kosten- und Erlösentwicklung ist momentan nicht möglich. Zu groß sind die Unwägbarkeiten. Betriebsbedingte Kündigungen, auch wenn sie das letzte Mittel sind, können in einem Krankenhaus generell nicht mehr ausgeschlossen werden.

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung dauerhaft gewährleistet sein.

Die Mitgliedschaft als Gesellschafter im Klinikverbund Hessen stärkt das Kreiskrankenhaus. Aus der ehemaligen „Dienstleistungsgesellschaft der Hessischen kommunalen Krankenhäuser GmbH“, im Jahre 2004 von acht Gesellschaftern, darunter das Kreiskrankenhaus, ins Leben gerufen, ist der „Klinikverbund Hessen GmbH - Medizinische Kompetenz in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft“ geworden. Der Verbund umfasst zz. 21 öffentlich-rechtliche Gesellschafter (Krankenhausträger), beginnend bei der Größenordnung Alsfelds bis hin zum Universitätsklinikum Frankfurt am Main. Er repräsentiert annähernd 11.000 Krankenhausbetten und hat in Hessen einen Marktanteil von rund einem Drittel.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Die Gründung der beiden Tochtergesellschaften, die vorhandene Sozialstation, die Kooperation mit einer internistischen Praxis in Alsfeld und die damit verbundenen Möglichkeiten, einen Behandlungskreislauf anzubieten, haben sich bewährt und passen in die gegenwärtige Struktur unseres Gesundheitssystems.

So ist um das Krankenhaus, zu verstehen als Einrichtung zur stationären Behandlung Kranker, ein immer dichter werdender Ring komplementärer und ambulanter Gesundheitsdienstleister gewachsen. Diese Entwicklung, so sieht es jedenfalls im Augenblick aus, wird von der Politik in Zukunft noch stärker gefordert und ist im Kreiskrankenhaus vorausblickend und rechtzeitig erkannt worden.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsleitung hat organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

3.2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Akute bestandsgefährdende Risiken sind mit Sicht auf die Jahre 2009 und 2010 nicht zu erwarten; allerdings können sich die unter Ziffer. 2.11 beschriebenen Gefahrenpotentiale zu einem bedrohlichen Szenario auswachsen.

3.2.2 Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig. Auf der Kostenseite ist ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen eingetreten. Auch die kommenden Jahre werden zusätzliche Belastungen bringen, weil aufgrund steigender Nachfrage nach qualifiziertem Personal auch der „Preis“, das Lohnkostenniveau, ansteigen wird. Wenn dieser Sprengsatz nicht entschärft wird, und sei es durch mehr Geld, das in das System einfließt, laufen die Finanzen aus dem Ruder - allerdings trifft dies nicht nur das Kreiskrankenhaus in Alsfeld. Bei unzureichender Finanzierung werden die Gegenmaßnahmen sehr hart sein müssen, um eine dann mögliche bedrohliche finanzielle Schieflage abzuwenden.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht zureichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich zu Ungunsten der Klinik entwickeln.

So unterliegt z. B. der landeseinheitliche Fallwert den jährlichen Verhandlungen zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen. Auch die durchschnittliche Fallschwere, der sogenannte Casemixindex (CMI) ist von der Klinik nur bedingt beeinflussbar und unterliegt ebenfalls jährlichen Schwankungen (z.B. Änderungen im Katalog der Fallpauschalen - DRG`s).

Nicht zu unterschätzen ist die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte. Im ärztlichen Bereich wird es zunehmend schwierig, geeignetes Personal zu finden. Oberarzt- und Assistenzarztstellen bleiben immer häufiger und länger unbesetzt.

Zur Überbrückung dieser Vakanzen müssen Konsiliarärzte (Freiberufler) beschäftigt werden, deren Kosten etwa doppelt so hoch wie bei angestellten Ärztinnen und Ärzten sind. In den anderen Berufsgruppen zeichnet sich für die kommenden Jahre ein ähnliches Bild ab. Den Handlungen des Gesetzgebers fehlt es nach wie vor an Verlässlichkeit.

Zwar wurde, wie angekündigt, der Gesundheitsfonds eingeführt; sein dauerhafter Bestand ist jedoch höchst unsicher. Werden die Sozialversicherungsbeiträge und die zusätzliche steuerfinanzierte Komponente insgesamt ausreichen, um die Kosten des Gesundheitswesens zu decken, oder müssen einzelne oder viele Krankenkassen darüber hinaus zusätzliche Beiträge von ihren Versicherten fordern? Wird die Finanzierung des Gesundheitswesens grundsätzlich umgestaltet (Kopfpauschale oder Bürgerversicherung)? Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob die Anbieter (Krankenhäuser, Ärzte usw.) ausreichende Finanzierungsspielräume haben werden oder nicht.

Ungewiss ist auch, ob eine Regelung erfolgt, wonach die Krankenkassen verstärkt Einzelleistungsvergütungen mit den Krankenhäusern vertraglich vereinbaren sollen. Bis vor einigen Monaten galt dieses Vorhaben als sicher; plötzlich wurde es „auf Eis gelegt“. Als Thema bleibt es im Raum und würde, so es denn zur Verwirklichung käme, zu einem Preisverfall bei den Krankenhausleistungen führen. Die derzeit noch einigermaßen funktionierende „Mischkalkulation“ würde in Frage gestellt. Wer kommt dann für die Kosten der Notfallversorgung auf, wenn insbesondere planbare Leistungen, mit deren Erlösen Unterdeckungen bei der notfallmäßigen Behandlung ausgeglichen werden, nur noch mit Abschlägen (Rabatten) vom Krankenhaus berechnet werden können?

Unabsehbar sind die Folgen der noch nicht überwundenen bzw. neu auftretenden Wirtschafts- und Finanzkrise sowie bevorstehende Sparprogramme auf die Sozialkassen und damit auf die Finanzierung des Gesundheitswesens. Erste Stimmen werden bereits laut, die Ausgabensteigerungen bei den Krankenhäusern verhindern wollen, um die Sozialkassen zu entlasten (Deckelung?!).

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Personalkostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur an die Gegebenheiten privater, aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist nach Auffassung des Unterzeichners auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und können u. U. existenzgefährdend werden. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinik-

verbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Eine die Selbständigkeit der Klinik gefährdende Lage wird in dem Bemühen privater Krankenhausträger gesehen, ihren Einfluss durch Übernahme vermehrt auch von Akutkrankenhäusern zu stärken und als Krankenhauskette zu wachsen. Ein solcher Klinikkonzern ist in hohem Maße in der Lage, Synergien zu erzeugen und damit die fixen Kosten auf ein Minimum zu senken (zentrale Administration, einheitliche Konzernstrategie mit Schwerpunktbildungen, Haustarifverträge usw.). Damit verliert der seitherige Krankenhausträger weitestgehend seine bestimmende Rolle im übernommenen Krankenhaus.

Durch eine Zusammenarbeit bzw. Fusion benachbarter Krankenhäuser, auch über die Kreisgrenzen hinaus, könnten die beteiligten Kliniken – durchaus unter Wahrung einer gewissen Selbständigkeit – Vorteile für sich gewinnen, indem sie sinnvolle Strukturen aufbauen und damit die eingangs beschriebene nachteilige Situation verbessern. Für die Versorgung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis und darüber hinaus kann dies zusätzliche positive Effekte bringen.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass es noch schwieriger würde qualifizierte Kräfte insbesondere Ärztinnen und Ärzte für diese Kliniken zu finden.

Weitere wesentliche Risiken für die kommende Zeit können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher benannt werden. Hierzu müsste man die ganze Tragweite der Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, höhere Lebenserwartung, sich ändernde medizinische Standards, Entwicklung auf dem Personalsektor, Entscheidungen der Politik usw.) und deren Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und damit auch der Krankenhäuser übersehen können.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Das erste Quartal des neuen Geschäftsjahres ist von einer deutlichen Leistungssteigerung bei den Fallzahlen und beim Fallschweregrad geprägt.

Eine bauliche Erweiterung (Anbau) der Stationen 4 und 5 hat begonnen. Dadurch werden zusätzlich 24 Betten in modernen Zimmern entstehen, die von einer oder von zwei Personen belegt werden können. Die Attraktivität der Klinik wird dadurch steigen.

Ungeachtet dessen, befasst sich das Krankenhaus konkret mit seiner strategischen und baulichen Zielplanung, um sich in den kommenden Jahren insbesondere im baulichen Bereich weiterentwickeln zu können. In Spitzenzeiten stößt es im Augenblick an seine Kapazitätsgrenzen.

Ausblick:

5. Voraussichtliche Entwicklung

Für die nächsten zwei Jahre zeichnet sich voraussichtlich folgende Entwicklung ab: Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Gesetzgeber erneut eingreift und Fallzahlsteigerungen verhindert.

Maßgebende Kräfte in der Politik werden versuchen, die vertragliche Einzelvergütung zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern durchzusetzen, während die Krankenhausplanung der Bundesländer sich auf strukturelle Rahmendaten und die Koordinierung der Notfallversorgung beschränken wird. Es ist daher dringend nötig, dass die Krankenhäuser ihre Marktstellung durch verstärkte Zusammenarbeit und Verbundstrukturen festigen.

Der Qualitätswettbewerb der Kliniken untereinander wird zunehmen.

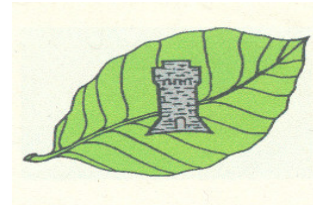
Öffentliche Sparhaushalte werden sich auf das Gesundheits- und Krankenhauswesen auswirken und den finanziellen Druck auf die Kliniken erhöhen.

Die Privatisierungswelle könnte verstärkt ins Rollen kommen; dagegen muss der Auf- und Ausbau von Klinikverbünden und Netzwerken unter den frei gemeinnützigen und öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern gesetzt werden.

Die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften weiterhin alles daran setzen, eine wohnortnahe Patientenversorgung auf gewohnt hohem Niveau aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt auch die mehr als 600 Arbeitsplätze in der Region Alsfeld dauerhaft zu sichern.

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Karl-Weber-Str. 2, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465
E-Mail: naturparkvogelsberg@t-online.de
Internet: www.naturpark-hoher-vogelsberg.de



Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen: Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Rudolf Marx - Vorsitzender

Susanne Schaab - stellv. Vorsitzender

Sieglinde Schnell

Joachim Arnold

Erwin Horst

Verbandsversammlung:

Kurt Wiegel - Vorsitzender

Claudia Blum

Angelika Hönsch

Manfred Hofmann

Peter Popplow

Wolfgang Schleiter

Hans-Ulrich Schmidt

Mario Döweling

Christa Launspach

Ingrid Albert

Edwin Gottlieb

Lisa Gnadl

Otfried Würtz

Manfred Dickert

Erwin Momberger

Stefan Betz

Klaus Hövel

Wolfgang Kasper

Thomas Repp

Erwin Roth

Bernhard Ziegler

Rudolf Schlintz

Wolfgang Gottlieb

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club

Naturschutzverbände/Nabu Kreisverband

Hessisches Forstamt Schotten

JLU, Inst. F. Tierökologie u. Allg. Zoologie

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Fachdienst f. Kreis- und Regionalentwicklung

Deutsche Vulkanologische Gesellschaft (DVG)

- Sektion Vogelsberg

Jürgen Klein

Walter Kreß

Dr. Bernd Ott

Prof. Dr. Volkmar Wolters

Uta Nebe

Dr. Johannes Fertig

Gerold Beckmann

Geschäftsführer:

Forstamtsrat Rudolf Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1957
Verbandssatzung : Neufassung 16.01.2008
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	49.168	615	475
Landkreis Gießen	11,1	12.954		60
Wetteraukreis	10,4	12.095		60
Stadt Schotten	13,3	15.548	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	5.831		60
Stadt Ulrichstein	4,4	5.127		120
Stadt Laubach	4,0	4.631		
Stadt Gedern	3,0	3.514		
Stadt Herbstein	2,1	2.442		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.357		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	745		
Stadt Nidda	0,6	662		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	497		
Gemeinde Birstein	0,9	1.093		
Gesamt	100	116.664	1.230	1.175

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
VHC	615	
Gesamt	615	

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung

	Verwaltungs- haushalt €	Vermögens- haushalt €	Gesamt- haushalt €
Einnahmen			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	264.367,03	115.000,00	376.367,03
+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Solleinnahmen	264.367,03	115.000,00	376.367,03
Ausgaben			
Sollausgaben (= Anordnungssoll)	264.367,03	115.000,00	376.367,03
+ neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Sollausgaben	264.367,03	115.000,00	376.367,03
Unterschied			
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen	0,00	0,00	0,00
./. bereinigte Solleinnahmen	0,00	0,00	0,00
Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Kassenmäßiger Abschluss zur Haushaltsrechnung

Bezeichnung	Ist- beträge €
Verwaltungs- und Vermögenshaushalt	
VWH Einnahmen	264.442,03
VWH Ausgaben	264.442,03
Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
VMH Einnahmen	115.000,00
VMH Ausgaben	115.000,00
Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
Gesamt Einnahmen	379.442,03
Gesamt Ausgaben	379.442,03
Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
VERWAHR Einnahmen	146.121,37
VERWAHR Ausgaben	120.339,16
Ist-Überschuss	25.782,21
VORSCHUSS Einnahmen	72.736,80
VORSCHUSS Ausgaben	72.736,80
Ist-Überschuss	0,00

Ermittlung des buchmäßigen Kassenbestandes

Bezeichnung	Ist-Einnahmen €	Ist-Ausgaben €	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben €
Verwaltungshaushalt	264.442,03	264.442,03	0,00
Vermögenshaushalt	115.000,00	115.000,00	0,00
Verwahrgelder	146.121,37	120.339,16	25.782,21
Vorschüsse	73.968,79	73.968,79	0,00
BUCHMÄSSIGER KASSENBESTAND	598.300,20	572.517,99	25.782,21

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1,0 Geschäftsführer (Kosten werden durch Land getragen)
 2,5 Vollzeit (1/2 Büro, 2 Arbeiter Pflegegruppe)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
*Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
 Haushaltswirtschaft*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Naturschutz- und Landschaftspflege

Wie in den zurückliegenden Jahren, wurden auch im Jahr 2009 die Mitarbeiter des Naturparks für Pflegearbeiten in den Naturschutzgebieten eingesetzt. Der Einsatz der Arbeitskräfte erfolgte durch den zuständigen Funktionsbeamten für Naturschutz, Herr Forstamtsrat Reiner Koch. Er ist neben dieser Funktion auch offizieller Vertreter des Geschäftsführers. Durch die Übernahme dieser Arbeiten ergaben sich Einnahmen für den Naturpark in Höhe von ca. 36.500,- €. Diese Einnahmen sind zusammen mit der institutionellen Landesförderung und der Verbandsumlage die wichtigsten Einnahmepositionen im Haushalt des Zweckverbandes. In Abhängigkeit von der Wettersituation bei der Pflege der Naturschutzgebiete im Sommer und Herbst kommt es alljährlich zu deutlichen Schwankungen bei der Arbeitsintensität. Daraus resultierend schwanken auch die Einnahmen. Zum Vergleich: Die Einnahmen im Jahr 2007 lagen hier bei ca. 32.000,- €.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Forstämtern

Der Naturpark - Pflgetrupp hat auch in 2009 schwerpunktmäßig an der qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Die Tendenz, wenig genutzte Anlagen abzubauen und die Qualität der verbliebenen Anlagen zu steigern wurde auch 2010 weiter verfolgt.

Der Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2009 lag beim Neubau von 4 Naturerlebnis - Pfaden im Bereich des Oberwaldes. Dieses Projekt wurde aus LEADER - Mitteln in Höhe von ca. 61.000,- € gefördert. Die beteiligten Kommunen Schotten und Grebenhain haben ebenfalls Mittel in Höhe von 30.000,- € hierfür bereitgestellt. Die zwei „Naturspurpfade“, der „Sinnespfad“ und der „Geopfad“ sind thematisch sehr unterschiedlich konzipierte Wanderpfade. Ausgangs- und Endpunkte der Pfade ist das Naturschutz - Infozentrum - Hoherodskopf (NIZ) sowie die Vogelsbergklinik Grebenhain - Hochwaldhausen. Die Pfade erweitern die Angebotspalette für die Besucher des Naturparks und binden die vorhandene Infrastruktur ideal mit ein. (Beidseitige Anbindung an das Netz des „Vogelsberger Vulkanexpress“) Die Attraktivität des Geopfades zwischen Grebenhain - Hochwaldhausen und dem Hoherodskopf wurde durch den Neubau von 2 Wetterschutzhütten zusätzlich gesteigert. Die offizielle Eröffnung dieser Pfade ist für den 01. Mai 2009 geplant. Das Gesamtangebot der Pfade und umfangreiche Informationen hierzu sind auf der neuen Internetseite www.naturerlebnis-vogelsberg.de eingestellt.

Die Pflege- und Unterhaltung der zahlreichen Wanderparkplätze waren in 2009 ebenfalls ein Arbeitsschwerpunkt der Naturparkmitarbeiter. Die Ausbesserung von Schäden sowie die Erneuerung von Absperrungen standen hier im Mittelpunkt. Der Wechsel von Holzabsperrungen zu Randbegrenzungen aus Naturstein - Findlingen verursachte zunächst einen höheren Aufwand, wird die Kosten in der Zukunft aber senken.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Qualitative Verbesserungen am Loipensystem im Bereich Oberwald
- Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein

Nur Dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die zahlreichen Hilfestellungen. Das Forstamt Schotten ist Sitz der Geschäftsstelle und der Naturparkwerkstatt. Nach der Schließung der Aus- und Fortbildungsstätte Schotten (Alte Forstschule in der Karl - Weber - Straße) ist die Geschäftsstelle des NP gemeinsam mit den Bediensteten des Forstamtes Schotten in diese Räume umgezogen.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern im Pfl egetrupp des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis sog. „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU- Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwändig.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes leistet er wichtige Hilfestellungen, darüber hinaus trug er die Hauptlast der Umstellung von der kameralen auf die doppelte Buchführung.

Neuregelungen für das Naturschutz - Informationszentrum Hoherodskopf (NIZ)

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2008 liegt die Bewirtschaftung der Mittel für den Betrieb des NIZ in den Händen der Geschäftsstelle des NP. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit.

Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden ab dem Jahr 2009 ebenfalls im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Durch die Übernahme dieser Einrichtung fließen der Zweckverbandkasse zusätzliche Fördermittel in Höhe von ca. 33.000,- € zu.

Die Attraktivität der Einrichtung wird durch häufig wechselnde Zusatzausstellungen gesteigert. Neben der Dauerausstellung zu Naturschutzthemen wird seit dem 01. Februar 2009 eine Ausstellung zum Thema „Wasser im Vogelsberg“ vom Fotoclub Lauterbach präsentiert. Der Eintritt in die Ausstellungen ist für die jährlich über 30.000 Besucher frei.

Über die aufgestellten Spendensammler wurden in 2008 ca. 3300,- € an Spenden eingenommen. Ist in der Doppik nicht aufgeführt !!!

Naturparkführer

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Für das Jahr 2009 wurden von der Naturparkbroschüre insgesamt 20.000 Stück gedruckt und weit über das Verbandsgebiet hinaus verteilt. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter zu entwickeln und bewerben diese durch attraktive Faltblätter und Broschüren.

Neuregelung für den Betrieb des Bismarckturmes

Der Bismarckturm auf dem Taufstein dient seit über 100 Jahren als touristischer Aussichtsturm und wird auf der Basis eines Vertrages zwischen dem Vogelsbergkreis, der Stadt Schotten und dem Vogelsberger Höhen Club betrieben. Die von diesen 3 Institutionen bereitgestellten Mittel wurden bisher durch den Naturpark bewirtschaftet. Ungenutzte Mittel flossen vertragsgemäß einer Rücklage zu.

Aus verwaltungstechnischen Gründen wird diese Rücklage in Höhe von ca. 19.000,- € (Stand 31.12.08) ab dem Jahr 2008 durch die Stadt Schotten verwaltet. Die praktischen Unterhaltungsarbeiten sowie die jährliche Sicherheitsüberprüfung werden weiterhin vom Naturpark übernommen.

Naturparkplanung

Der Naturpark Hoher Vogelsberg verfügt seit seiner Gründung im Jahre 1957 über kein geeignetes Planwerk im Hinblick auf seine Aufgaben und Ziele. Ein im Jahre 1959 vorgelegter „Landschaftordnungsplan“ wurde nicht beschlossen. So stützt sich die Arbeit der Geschäftsstelle seit vielen Jahren auf die wenigen in der Satzung des Naturparks genannten Ziele und Aufgaben.

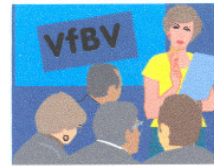
Im Jahr 2008 wurde deshalb ein „Naturparkrahmenplan“ in Auftrag gegeben. Im Teil A dieser Planung wird die aktuelle Situation des Naturparks Hoher Vogelsberg beschrieben. Der Teil B soll im Jahr 2009 realisiert werden und beinhaltet eine intensive Befragung der Verbandsmitglieder. Die Geschäftsstelle hofft auf diesem Weg die zukünftigen Arbeiten im Naturpark noch besser auf die Anforderungen der Kreise und Kommunen abstimmen zu können.

Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2009

- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf und Organisation wechselnder Ausstellungen
- Exkursionen verschiedener Gruppen
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- Umfangreiche Pressearbeit
- Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- Neue Naturparkplanung
- Geschäftsführung der Länderarbeitsgemeinschaft Hess. NP
- Teilnahme am Hessentag und anderen Messen
- Mitarbeit bei der Vortragsreihe „Schottener Forum“
- Organisation der Vermietung der Vulkan - Velos
- Planungsarbeiten für den Bau von Naturerlebnis - Pfaden
- Aufbau der neuen Internetseite www.naturerlebnis-vogelsberg.de

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von AltenpflegerInnen
- Ausbildung von AltenpflegehelferInnen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet der Ausbildung. Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis

Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg
Stadt Alsfeld

Stadt Lauterbach

Vogelsberg Consult GmbH

Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.

Vorstand:

Rudolf Marx - Vorstandsvorsitzender

Thomas Schaumberg - Beisitzer

Peter Pilger - Beisitzer

Beratend sind vertreten:

Agentur für Arbeit
Staatliches Schulamt
Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach
Arbeiterwohlfahrt
Amt für Volkshochschule

Geschäftsführung:

Hauptamt des Vogelsbergkreises

Kassenführung/Buchhaltung:

Verein für Berufsausbildung

Rechnungsprüfung:

Revisionsamt des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsdatum: 1984

Satzung: 04.07.1984

Handelsregister: Lauterbach, Nr. 278

Stammkapital: 0 €

Beteiligungen: keine

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2009 €	2008 €
Einnahmen	1.227.907,93	907.970,68
abzögl. Übertrag aus Vorjahr	530.897,20	470.491,98
= Bereinigte Einnahme (Ifd. Betrieb)	697.010,73	437.478,70
Ausgaben (Ifd. Betrieb)	642.255,53	377.073,48
Differenz	54.755,20	60.405,22
Übertrag Folgejahre	585.652,40	530.897,20

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt. Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 3 Vollzeitkräfte
 4 Teilzeitkräfte
 ca. 6 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung. Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung und Rechnungsprüfung vom Revisionsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die AltenpflegehelferInnen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von AltenpflegehelferInnen (1-jährig) und AltenpflegerInnen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 350.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2009 noch 52 Auszubildende AltenpflegerInnen und 8 Auszubildende AltenpflegehelferInnen in Ausbildung.

Inzwischen sind 4 AltenpflegerInnen und 1 AltenpflegehelferInnen aus dem Auszubildendenverhältnis ausgeschieden.

7 TeilnehmerInnen haben Ende September 2009 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet. Ebenfalls Ende September 2009 beendeten 17 AltenpflegerInnen die dreijährige Ausbildung erfolgreich. Darunter sind 2 TeilnehmerInnen, die vorher die Ausbildung zur AltenpflegehelferIn absolvierten.

Im Oktober 2009 wurde in den laufenden dreijährigen Kurs 1 AltenpflegehelferIn aufgenommen, die die Ausbildung zur AltenpflegerIn fortsetzt.

Anfang Oktober 2009 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege. 27 TeilnehmerInnen begannen die 3-jährige Ausbildung zur AltenpflegerIn und 15 TeilnehmerInnen starten die 1-jährige Ausbildung zur AltenpflegehelferIn.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

Vogelsberg Consult

Gesellschaft für Regionalentwicklung
und Wirtschaftsförderung mbH

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de
Internet: www.vogelsberg-consult.de

Vogelsberg Consult [Gesellschaft für
Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,
- die Entwicklung und den Vertrieb von Softwareprodukten

Regionaler Schwerpunkt des Unternehmens ist der Vogelsbergkreis

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 33,0 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Werner Braun - Vorsitzender
Heinz Geißel	Bernd Dickel
Michael Refflinghaus	Volker Orth
Matthias Weitzel	Günter Sedlak
Dr. Bernd Stumpf	

Beirat:

Landrat Rudolf Marx (Vors.)	J. Ackermann	Gudrun Huber
Klaus Schönfeld	Bernd Dickel	E. Fauß (stellv. Vors.)
Eva Goldbach	Peter Pilger	Hildegard Pollak
Dieter Boß	Erwin Mönning	Kurt Wiegel
Gerda Krömmelbein	Ulrich Roth	Dr. Frank Wendzinski
Margret Jöckel	Dr. Wolfgang Denkhöfer	
R.-H. Vollmöller	Eberhard Ritzel (A. Müller)	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.06.1999
Gesellschaftsvertrag: 15.06.1993, zuletzt geändert am 25.06.2007
Handelsregister: Gießen, HRB 5341
Stammkapital: 250.650 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Sparkasse Oberhessen
 Volksbank Lauterbach-Schlitz eG
 Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld
Vogelsbergkreis
 Stadt Alsfeld
 Gemeinde Feldatal
 Gemeinde Gemünden (Felda)
 Gemeinde Grebenhain
 Stadt Homberg (Ohm)
 Stadt Lauterbach
 Gemeinde Mücke
 Stadt Schlitz
 Gemeinde Schwalmtal
 Gemeinde Wartenberg

VR Bank HessenLand eG
 Volksbank Ulrichstein eG
 Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG
 Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.
 Gemeinde Antrifttal
 Gemeinde Freiensteinau
 Stadt Grebenau
 Stadt Herbstein
 Stadt Kirtorf
 Gemeinde Lautertal
 Stadt Romrod
 Stadt Schotten
 Stadt Ulrichstein

Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR Bank HessenLand eG	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank eG Ulrichstein	2.500,00	1,0
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifttal	100,00	0,0
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2009 €	2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	48.959,00	1,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	28.037,00	28.988,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.333,00	22.496,00
	47.370,00	51.485,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	184.868,56	221.517,18
2. Sonstige Vermögensgegenstände	24.593,97	30.814,36
	209.462,53	252.331,54
II. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	247.545,05	219.540,05
	457.007,58	471.871,59
	553.336,58	523.356,59

PASSIVA

	2009 €	2008 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	250.650,00	250.650,00
II. Kapitalrücklage	256.163,41	256.163,41
III. Verlustvortrag	-70.829,42	-54.526,16
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	6.414,66	-16.303,26
	442.398,65	435.983,99
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	917,79	1.353,56
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	37.297,00	20.440,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	5,10
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.807,79	31.897,99
3. Sonstige Verbindlichkeiten	47.835,35	28.733,06
	52.643,14	60.636,15
E. Rechnungsabgrenzungsposten	20.080,00	4.942,89
	553.336,58	523.356,59

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	567.099,67	504.097,34
2. Sonstige betriebliche Erträge	435,99	439,77
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 435,77 (i.V. € 435,77)		
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-132.255,70	-168.809,73
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	-449.889,90	-402.747,86
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-95.016,63	-84.038,72
- davon für Altersversorgung € 486,24 (i.V. € 486,24)		
	-544.906,53	-486.786,58
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-14.059,46	-14.290,12
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-204.729,23	-190.208,24
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.129,78	8.050,91
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-799,86	-1.296,61
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-326.085,34	348.803,26
10. Außerordentliche Erträge	332.500,00	332.500,00
11. Jahresfehlbetrag/-überschuss	6.414,66	-16.303,26

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 11,3 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

Jahresergebnis und Budget 2006:

	<u>2009 / €</u>	<u>2008 / €</u>
Budget	895.950,00	860.094,00
darin enthalten:		
- Leistungen des Vogelsbergkreises	332.500,00	332.500,00
- selbst erbrachte Leistungen	570.665,00	512.588,00

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag November 2004: jährlicher Zuschuss 332.500 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 6.414,66€

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Stammeinlage VBK 33 % = 82.700 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Geschäftsjahr 2009 – Fazit und Ausblick

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis, die vertraglich bis Ende 2011 vereinbart worden sind, bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der

entgeltfreien Grundberatung für GründerInnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), die Kofinanzierung für Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg sowie Projektentwicklungen und

-umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben. Der Vogelsberg Consult GmbH stehen allerdings im Vergleich zu den Vorjahren eine jährlich um rd. 75.000 € reduzierte Leistung des Gesellschafters Vogelsbergkreis zur Verfügung.

Die Herausforderung im Jahr 2009 bestand in der Neuausrichtung der Vogelsberg Consult GmbH im Hinblick auf Veränderungen der verschiedenen Förderprogramme des Hess.

Wirtschaftsministeriums und des Bundesbildungsministeriums. Einige in der EQUAL-Phase erfolgreichen Maßnahmenfelder wie etwa die Gründungsberatung für arbeitslose Personen wurden auch in 2009 fortgeführt und finanziert.

Beratungsangebot

Das Beratungsangebot der Vogelsberg Consult GmbH umfasst Existenzgründungsberatung und -coaching, Finanzierungs- und Fördermittelberatung, Unternehmenssicherungsberatung sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsberatung. Im Vergleich zum Vorjahr war abermals eine deutliche Zunahme bei den Existenzgründungs-, Ausbildungs- sowie Qualifizierungsberatungen zu verzeichnen.

Qualifizierungsoffensive V in der Durchführungsphase

Die Ziele der Qualifizierungsoffensive sind innovative Weiterbildung für Führungskräfte und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen zu entwickeln und durchzuführen sowie die regionale Weiterbildungsquote insgesamt zu erhöhen.

Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, der beteiligten Unternehmen und der Vogelsberg Consult GmbH.

In 2009 wurde die Qualifizierungsoffensive V (2008 - 2010) umgesetzt. Das Angebot beinhaltet Informations- und Impulsveranstaltungen sowie die Unterstützung von Netzwerken. Die Qualifizierungsoffensive V endet Mitte 2010 wird aber bis 2013 in weiteren Phasen fortgeführt werden.

Ausbildungsförderung „Dual mit System“

Das von der Vogelsberg Consult GmbH entwickelte Konzept Ausbildungsförderung in regionaler Verantwortung hat das Leitziel „Sicherung des Fachkräftenachwuchses der heimischen Wirtschaft“. Dieses Vorhaben wird im Rahmen des JOBSTARTER-Programms aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert. Es startete am 1. April 2007 und endet am 30.09.2010. Seit Beginn dieses Vorhabens ist es gelungen bei dem Zustandekommen von 124 Ausbildungsverträgen, darunter 81 zusätzlichen, mitzuwirken.

Verpackungscluster Mittelhessen

Der Vogelsbergkreis und die Region Mittelhessen verfügen über eine außergewöhnliche Konzentration von Unternehmen rund um das Thema Verpackung. Das Spektrum reicht von ganz kleinen Betrieben bis zu „Global Players“. Durch die Initiierung und den Aufbau eines Clusters in diesem für Mittelhessen wichtigen Industriezweig kann die Wertschöpfung in den zugehörigen Unternehmen erhöht werden, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und letztlich mehr Beschäftigung aufgebaut werden. Die Vogelsberg Consult GmbH hat sich mit dem Verpackungscluster am 1. Hessischen Clusterwettbewerb beteiligt und ist für ihren Beitrag vom Hessischen Wirtschaftsminister ausgezeichnet worden. Daraufhin wurde im ersten Schritt die Förderung der Initiierungsphase und in einem zweiten Schritt der Aufbau des Verpackungsclusters beantragt und im Herbst 2009 bewilligt.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins MitteHessen e. V. mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im EFRE - Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWVL angesiedelt ist sowie im ELER - Begleitausschuss des HMULV.

Im Rahmen der mittelhessischen Aktivitäten waren wir im Arbeitskreis der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen an der Vorbereitung der verschiedenen Standortmarketingmaßnahmen beteiligt, darunter die Teilnahme an der EXPO REAL in München im Oktober 2009 zum mittlerweile fünften Mal.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2009 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt Arbeitsplätze für 8 Vollzeit-, 5 Teilzeit- und 3 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 11,3 Vollzeitstellen. Drei Arbeitsverhältnisse sind befristet, angepasst an die Laufzeiten der jeweiligen Projekte.

Insgesamt hat das Team im Jahr 2009 über 100 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleich bleibend großes Engagement gewährleisteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Dienstleistungen für die heimischen Unternehmen.

Das Jahresergebnis und das Budget 2009

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal- und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen und Abschreibungen) betrug im Jahr 2009 rd. 895.950 € (Vorjahr: 860.094 €). Darin enthalten sind Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis im Jahr 2009 in Höhe von 332.500 € (Vorjahresbetrag: 332.500 €), die zur Abdeckung des negativen Betriebsergebnisses geleistet worden sind. Nahezu 570.665 € (Vorjahr: 512.588€) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2009 ist ein Gewinn von 6.414,66 € ausgewiesen.

Ausblick:

Die Auftragslage für die erste Hälfte des Jahres 2009 war aufgrund der laufenden Programme Qualifizierungsoffensive V bzw. JOBSTARTER gut. Die Bewerbung um die Verlängerung JOBSTARTER bis zum 30.09.2010 erlaubt es uns in diesem Arbeitsfeld mittelfristig zu planen. Die Umsätze liegen im erwarteten Bereich.

Umsatzerwartungen sind auch an die von uns entwickelte Software Input+ geknüpft, die in 2006 fertig gestellt wurde und in Banken zum Einsatz kommt. Bis heute wurden insgesamt neun Banken als Kunden gewonnen. Die für das Jahr 2009 erwarteten Erlöse von rd. 150.000 € wurden knapp verfehlt. Gleichbleibendes bzw. steigendes Interesse der Banken vorausgesetzt, könnte dieses Geschäftsfeld zur dritten Finanzierungssäule der Vogelsberg Consult GmbH werden.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001

Anteile in %: 23,57 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender
Wetteraukreis	Landrat Joachim Arnold - stellv. Vorsitzender
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Kreis Gießen	Landrat Willi Marx
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Freddy Kammer
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Claus Spandau
	ab 20.10.2009 Bgm. Peter Klug
IHK Gießen-Friedberg	Dr. Frank Wendzinski
HOGA Vogelsbergkreis	1. Vorsitzender Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1. Vorsitzender Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Geschäftsführer Armin Klein

Geschäftsführung: Frau Uta Nebe, Dipl.-Betriebswirtin

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001, zuletzt geändert am 19.12.2008
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	144.250 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Landkreis Gießen (ab 2009)	10.000,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmtal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00
Stadt Laubach	4.500,00

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
Gemeinde Birstein	500,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Vogelsberger VG)	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Wetterauer VG)	1.500,00
Main-Kinzig-Kreis (Übernahme von Wirtschaftsförderung und Tourismus GmbH im Main-Kinzig-Kreis)	5.000,00
Tourist Center Alsfeld GmbH	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Gemeinde Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub im Vogelsberg und Spessart e.V.	1.500,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen (ab 2008)	3.250,00
Stadt Grebenau (ab 2009)	250,00

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2009 €	2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	5,00	17,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.826,00	11.272,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.325,00	0,00
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	4.308,29	4.249,99
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.321,29	488,13
2. Sonstige Vermögensgegenstände	4.409,85	8.167,70
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	179.690,10	168.317,46
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.249,73	7.511,98
	<u>200.024,26</u>	<u>200.024,26</u>

PASSIVA

	2009 €	2008 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	144.250,00	134.000,00
II. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	37.061,57	21.012,55
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3.184,38	16.049,02
	<u>178.127,19</u>	<u>171.061,57</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00	913,40
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	27.773,45	20.966,29
D. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.236,10	0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.632,67	247,55
3. Sonstige Verbindlichkeiten	4.365,85	6.835,45
	<u>17.234,62</u>	<u>7.083,00</u>
	<u>223.135,26</u>	<u>200.024,26</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	152.499,87	114.966,85
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.325,00	0,00
3. Gesamtleistung	153.824,87	114.966,85
4. Sonstige betriebliche Erträge	266.809,61	251.001,21
5. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.184,02	6.169,76
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	96.633,15	69.326,56
	99.817,17	75.496,32
6. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	126.055,99	91.660,40
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	28.480,88	20.744,34
- davon für Altersversorgung € 1.000,00 (i.V. € 2.000,00)		
	154.536,87	112.404,74
7. Abschreibungen	3.955,42	5.744,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	168.208,30	163.881,29
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.135,17	8.025,21
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	47,15	28,07
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.795,26	16.438,85
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,88	-0,17
13. Sonstige Steuern	390,00	390,00
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3.184,38	16.049,02

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag Januar 2002:	Zuschuss 80.874,00 €
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	Stammeinlage 23,57 % = 34.000 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.
Touristische Vermarktung der Region.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH steht mit ihren Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Destinationsmanagement (Tourismusverband) und Marketingorganisation. Dies ist keine Einheit, sondern ein Gegensatz. Insofern steht das Unternehmen im Konflikt zwischen einer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung auf der einen Seite und der Förderung der Tourismusbranche auf der anderen Seite in dem Sinne, dass schwachen Marktteilnehmern eine Marketingplattform und Wahrnehmung geboten wird sowie eine Harmonisierung und Qualitätsorientierung innerhalb der Leistungsketten erreicht wird. Mit ihren Aufgaben und Zielen steht die Organisation im Spannungsfeld zwischen den kommunalpolitischen Zielen ihrer Gesellschafter, den betriebswirtschaftlichen Zielen der einzelnen touristischen Anbieter, den umweltpolitischen Zielen der Region und den persönlichen Zielen einzelner Akteure. Die tägliche Herausforderung ist, die vielen unterschiedlichen Anforderungen, die an die Organisation herangetragen werden, im Sinne einer nachhaltigen touristischen Entwicklung zu bewerten, zu kanalisieren und umzusetzen. Insofern ist ein Jahresüberschuss nicht Ziel des Unternehmens, sondern die wirtschaftliche Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, um eine möglichst hohe Wirkung, Wahrnehmung und Akzeptanz nach innen und nach außen zu erzielen. Die Region Vogelsberg Touristik GmbH ist Mitglied des Hessischen Tourismusverbandes und damit indirekt Mitglied des Deutschen

Tourismusverbandes, die ihrerseits tourismuspolitische und beratende Funktionen wahrnehmen.

In der Organisation wurden Kernkompetenz in den Aktivbereichen Wandern und Radfahren aufgebaut sowie die Bündelung der Angebote mit qualitativ hochwertigen Plattformen (Kataloge, Webseiten, Servicekärtchen) erreicht. Die Vermarktung einerseits als Aktivregion im Sinne von Naturgenuss und andererseits als Region mit vielen Ausflugs- und Erlebnisoptionen hat sich bewährt und erfährt sowohl bei den Zielgruppen im Binnenbereich (Kommunen, touristische Anbieter), als auch bei den potentiellen Zielgruppen in den Quellmärkten Akzeptanz. Dies zeigt sich darin, dass die Kommunen stärker in den regionalen Plattformen präsent sind und immer mehr auf eigene Kataloge verzichten. Der Vorteil für den Gast ist, dass er alle Optionen, die ihm die Region für seinen Aufenthalt bietet, erfassen und in seine Entscheidung einbeziehen kann. Dass dies ankommt, belegen die gestiegenen Prospektanfragen, das enorme Interesse an den Informationsständen an vielen Plätzen und damit einhergehend immer höhere Prospektauflagen und Zahl der Webbesuche.

Die Kernkompetenz der Region im Bereich Wandern und Radfahren drückt sich einerseits in den Themenbroschüren (Radmagazin, Wandern Region Vogelsberg) und Marketingaktivitäten aus und andererseits in der Bereitschaft einzelner Kommunen, für das kooperative Wandermarketing (Marketing für die Vogelsberger ExtraTouren) und Vulkanradweg-Marketing zusätzliche Mittel bereitzustellen. Die Einbindung des Vulkanradweges in das Hessische Radfernwegenetz durch die Ausweisung des BahnRadweg Hessen im Jahr 2009 bietet die Chance, neue Zielgruppen in die Region zu holen. Die Vermarktung des BahnRadweges wurde in Abstimmung mit den am Radweg beteiligten Destinationen bei der Region Vogelsberg Touristik GmbH angesiedelt. Für das Anschubmarketing konnten erfolgreich Fördermittel akquiriert werden. Antragsteller für den Förderantrag ist der Vogelsbergkreis. Das Gesamtvolumen des Förderantrages beträgt 166.900 € bei einer Förderquote von 50%.

An eine dreijährige Werbekampagne (2010 - 2012) mit einem mobilen Werbestand beteiligen sich zehn Kommunen in der Region. Hier kommt das hochwertige Werbematerial zum Einsatz. Auch dafür wurden erfolgreich Fördermittel akquiriert, die 35 Einsatztage pro Jahr (105 für die ganze Kampagne) ermöglichen. Am 12.11.2009 erhielt die Organisation einen Zuwendungsbescheid über 63.900 €.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresfehlbetrag von 3.184 € ab (Vorjahr: Überschuss von 16.049 €). Ein Jahresüberschuss ist nicht Ziel des Unternehmens, insofern war im Erfolgsplan 2009 ein Jahresfehlbetrag in der Höhe der übertragenen Gewinne aus den Geschäftsjahren bis 2007 über 21 TEUR eingeplant. Dass dieser Fehlbetrag nicht realisiert wurde, liegt einmal an höheren Einnahmen, wie auch an geringeren Ausgaben als geplant. Unter Berücksichtigung der Vorleistungen konnten als größter Posten auf der Einnahmenseite ein ca. 5000 € höherer Deckungsbeitrag für den Urlaubskatalog durch Anzeigenverkauf realisiert werden. Auch die Beiträge für das Marketing des Vulkanradweges (Partnerbetriebe, Kommunen, Anzeigen im Flyer) waren zu niedrig kalkuliert. Diese Mehreinnahmen wurden nicht ausgegeben mit der Perspektive, diese als Co-Finanzierung für ein kooperativ gefördertes Marketing für den BahnRadweg Hessen zur

Verfügung zu haben. Auf der Ausgabenseite wurden trotz der höheren Mengen bei der Warenabgabe die kalkulierten Kosten für die Warenabgabe (Porto und sonstige Versandkosten) nicht ausgeschöpft. Auch die allgemeinen Fahrzeug und Reisekosten lagen ca. 4000 € unter den geplanten Kosten. Durch den Jahresüberschuss in 2008 beläuft sich der Gewinnvortrag auflaufend bis Ende des Geschäftsjahres 2009 auf 33.877 €. Dieser Betrag ist in dem von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Erfolgsplan für das Jahr 2010 zur Deckung eines kalkulierten Fehlbetrages vorgesehen.

Die steuerpflichtigen Umsatzerlöse betrugen im Berichtsjahr 152.500 € (Vorjahr 114.967 €). Die Summe der umsatzsteuerfreien Zuschüsse der Gesellschafter betrug 259.467 € (Vorjahr 239.748 €). 38,63% (Vorjahr 32,41%) des Gesamtumsatzes von 411.967 € (Vorjahr: 354.715 €) waren damit steuerpflichtig.

Kennzahlen der Vermögenslage:

	T€ / %	Vorjahr - T€ / %
Eigenkapital	178,1	171,1
Anlagevermögen	7,8	11,3
Umlaufvermögen	215,3	188,7
Bilanzsumme	223,1	200,0
Umsatzerlöse	152,5	115,0
Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit den Kommunen	259,5	239,7
Eigenkapitalquote	79,8	86,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3,2	16,0
Finanzergebnis	3,1	8,0
Personalintensität	101,3	97,7
Abnutzungsgrad	87,8	82,3
Liquidität 1. Grades	463,5	600,1

Die „Flüssigen Mittel“ zum 31.12.2009 lagen bei 179,7 TEUR (Vorjahr 168,3 TEUR). Es bestanden am Stichtag 21,3 TEUR Forderungen. Nennenswerte Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen.

Die Liquiditätslage im Geschäftsjahr kann als gut bezeichnet werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres gab es nicht.

Ausblick:

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft.

Die Entwicklung der Gesellschaft steht vor dem Hintergrund einer generellen Bereitschaft der Gesellschafter, Mittel für ein Kompetenz und Dienstleistungszentrum zu bündeln und ein kooperatives Marketing für die Region zu finanzieren. Angesichts der schlechten Finanzlage der Kommunen und nicht genehmigter Haushalte werden von der Kommunalpolitik besondere Anstrengungen und Argumente nötig sein, um Mittel für die Förderung des

Tourismus in die kommunalen Haushalte einzustellen. Durch die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern, dem Vogelsbergkreis, dem Wetteraukreis und seit dem 1.1.2009 mit dem Kreis Gießen ist die Gesellschaft bis Ende 2011 gesichert. Durch den Beitritt des Kreises Gießen wird die Region gestärkt. In der Region Vogelsberg sind drei „regionale Entwicklungsgruppen“ tätig, die Infrastrukturprojekte vorantreiben, die auch dem Tourismus zugute kommen. Dies sind das „Regionalmanagement Oberhessen“, die „Vogelsberg Consult“ und das „Regionalmanagement Giessener Land“. Mit dem „Entwicklungskonzept Vulkan Vogelsberg“, das über Fördergelder und mit Mitteln des Vogelsbergkreises, des Wetteraukreises und der Stadt Schotten finanziert wurde, liegen seit Herbst 2009 grundsätzliche Aussagen zur Entwicklungsmöglichkeit des Geotourismus in der Region Vogelsberg vor. Neue Angebote bedingen einmal mehr Professionalität, Schlagkraft und die Fähigkeit auf den Markt zu reagieren. Das durch die Region Vogelsberg Touristik GmbH getragene strategisch ausgerichtete regionale Tourismusmarketing ist das Rückgrat einer wiedererstarkenden Branche in der Region Vogelsberg, die den Mut gefasst hat, zu investieren und Angebote auszuweiten.

Risiken stellen die schlechte Haushaltslage der Kommunen dar, die dazu zwingen könnten, die Tourismusförderung für die Region Vogelsberg ab 2012 „auf Eis“ zu legen, was insgesamt die Entwicklung schwächen würde. Auch ist die Destinationsbildung nicht abgeschlossen. Mit dem Landesmuseum „Keltenwelt am Glauberg“ als Zugpferd will der Gesellschafter Wetteraukreis die Marke „Archäologielandschaft Wetterau“ als touristische Marke positionieren, was die Marke „Region Vogelsberg“ schwächen könnte und Mittel abziehen könnte. Ein gemeinsamer Weg wird kritisch geprüft.

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 86-0 - Fax: 06031 / 86-128
E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de
Internet: www.sparkasse-oberhessen.de



Unternehmenszweck

"Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen."

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis als Träger.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und 2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

Anteile in %: 26 % Gewährträgerhaftung für Altverbindlichkeiten

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Sparkassendirektor Günter Sedlak - Vorsitzender
Sparkassendirektor Reinhold Wintermeyer - stellv. Vorsitzender
Sparkassendirektor Thomas Falk - Mitglied

Verwaltungsrat:

Joachim Arnold - Vorsitzender	Annedore Musch
Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Elfriede Pfannkuche
Manfred Cleve	Bernd Stiebeling
Bettina Giller	Fritz Hartmut Ulrich
Gerold Helfrich	Rainer-Hans Vollmöller
Otfried Käufer	Gerd Wagner
Friedel Kopp	Bernfried Wieland
Heike Müll	

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetterau und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen
<i>Gewährträger:</i>	Wetteraukreis und Vogelsbergkreis
<i>Satzung:</i>	Neufassung vom 01.07.2010
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg HR A 1455
<i>Eigenkapital:</i>	222.240.707,32 €
<i>Beteiligungen:</i>	siehe Lagebericht

Bilanz des Unternehmens**AKTIVA**

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	26.515.624,11	29.043.561,15
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	115.484.954,87	141.831.862,54
	142.000.578,98	170.875.423,69
2. Schudtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind		
a) Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen sowie ähnl. Schudtitel öffentlicher Stellen	0,00	0,00
b) Wechsel	0,00	0,00
	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	270.012.282,65	2.987.492,95
b) andere Forderungen	468.590.135,31	819.455.877,24
	738.602.417,96	822.443.370,19
4. Forderungen an Kunden	2.813.616.931,14	2.809.782.698,42
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.461.465.857,30	1.434.535.341,92
Kommunalkredite	284.257.634,95	301.702.570,60
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0,00
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	40.515.010,96	12.896.761,22
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	40.515.010,96	12.896.761,22
bb) von anderen Emittenten	441.797.234,95	564.315.025,79
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	436.771.781,53	560.315.025,79
c) eigene Schuldverschreibungen	1.820.685,79	1.000.084,04
Nennbetrag	1.784.500,00	990.500,00
	484.132.931,70	578.211.871,05
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	309.227.702,40	339.977.852,54
7. Beteiligungen	51.679.896,28	53.030.875,28
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
9. Treuhandvermögen	719.683,96	1.221.745,81
darunter: Treuhandkredite	192.598,21	690.536,94
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0,00	0,00
11. Immaterielle Anlagewerte	346.764,00	533.759,00
12. Sachanlagen	69.775.341,45	74.296.577,07
13. Sonstige Vermögensgegenstände	30.860.282,44	46.009.509,45
14. Rechnungsabgrenzungsposten	1.082.242,22	1.955.936,88
Summe der Aktiva	4.642.069.772,53	4.897.684.619,38

PASSIVA

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	180.075.416,93	260.467.610,67
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.046.846.651,46	1.183.631.855,76
	1.226.922.068,39	1.444.099.466,43
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) Spareinlagen		
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist v. 3 Monaten	1.146.532.944,53	1.036.025.260,76
ab) mit vereinb. Kündigungsfrist v. mehr als 3 Mon.	52.525.006,25	39.355.760,22
	1.199.057.950,78	1.075.381.020,98
b) andere Verbindlichkeiten		
ba) täglich fällig	1.565.059.810,28	1.051.888.351,59
bb) mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist	270.698.789,40	866.808.405,73
	1.835.758.599,68	1.918.696.757,32
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen	50.842.279,76	128.678.678,76
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	50.842.279,76	128.678.678,76
4. Treuhandverbindlichkeiten	719.683,96	1.221.745,81
darunter: Treuhandkredite	192.598,21	690.536,94
5. Sonstige Verbindlichkeiten	8.225.619,90	11.707.969,88
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1.501.948,70	1.859.762,39
7. Rückstellungen		
a) Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	13.710.249,00	13.813.349,00
b) Steuerrückstellungen	8.517.817,56	1.804.633,24
c) andere Rückstellungen	23.879.684,60	23.203.398,25
	46.107.751,16	38.821.380,49
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	22.129.545,39	30.713.527,88
10. Genussrechtskapital	2.563.617,49	4.431.878,03
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig	2.468.005,91	4.336.266,45
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	26.000.000,00	26.000.000,00
12. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital	900.000,00	900.000,00
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00
c) Gewinnrücklagen		
ca) Sicherheitsrücklage	215.172.431,41	214.471.335,67
cb) andere Rücklagen	0,00	0,00
d) Bilanzgewinn	6.168.275,91	700.560,32
	221.340.707,32	216.071.895,99
Summe der Passiva	4.642.069.772,53	4.897.684.083,96

Fortsetzung Passiva

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0,00
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	40.241.463,94	43.402.995,17
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	40.241.463,94	43.402.995,17
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0,00
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0,00
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	103.304.347,47	110.154.818,54
	103.304.347,47	110.154.818,54

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	160.875.462,29	165.077.687,47
b) festverzinsl. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	23.600.107,09	43.926.535,39
	184.475.569,38	209.004.222,86
2. Zinsaufwendungen	94.777.878,92	138.621.101,29
	89.697.690,46	70.383.121,57
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinsl. Wertpapieren	9.606.881,79	19.178.390,43
b) Beteiligungen	1.061.025,37	2.239.753,40
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	10.667.907,16	21.418.143,83
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	0,00
5. Provisionserträge	30.272.246,54	29.236.112,35
6. Provisionsaufwendungen	1.733.097,42	1.823.804,80
	28.539.149,12	27.412.307,55
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	195,76	50.908,08
8. Sonstige betriebliche Erträge	2.921.096,92	4.077.264,04
9. Erträge a. d. Auflösung v. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
	131.826.039,42	123.341.745,07
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	38.998.983,24	38.260.041,81
ab) Soz. Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorgung u.f. Unterstützung	11.689.240,71	11.172.657,24
	50.688.223,95	49.432.699,05
b) andere Verwaltungsaufwendungen	21.927.634,98	23.981.832,19
	72.615.858,93	73.414.531,24
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	5.951.048,90	6.165.290,42
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.986.716,16	2.772.372,28
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	20.651.424,53	37.142.144,09
13. a) Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	0,00
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00
14. a) Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	0,00
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	9.866.529,00	1.872.827,00
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00	0,00
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	807.031,36	451.435,84
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	17.947.430,54	1.523.144,20
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.567.872,88	694.625,92
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	211.281,75	127.422,54
	11.779.154,63	822.048,46
25. Jahresüberschuss	6.168.275,91	701.095,74
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
	6.168.275,91	701.095,74
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) aus anderen Rücklagen	0,00	0,00
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) in andere Rücklagen	0,00	0,00
29. Bilanzgewinn	6.168.275,91	701.095,74

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1.102 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 6.168.275,91 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	Gewährträgerhaftung 26 % für Altverbindlichkeiten
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.

Träger der Sparkasse sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger der Sparkasse für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Verbindlichkeiten der Sparkasse aus der Begebung von Genussrechtskapital und von stillen Beteiligungen sind von der Haftung der Träger ausgeschlossen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Die Träger der Sparkasse haften nicht für deren Verbindlichkeiten, sofern diese nach dem 18. Juli 2005 vereinbart wurden.

Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 431 Sparkassen, 7 Landesbanken, 10 Landesbausparkassen, 12 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an.

Darüber hinaus ist die Sparkasse dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Institutssichernde Einrichtungen im Sinne der vorstehend genannten gesetzlichen Bestimmungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die angeschlossenen Institute selbst schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

Geschäftstätigkeit

Die Sparkasse fühlt sich ihrem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt sie vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

Geschäftsentwicklung

Jahr	2009	2008	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme	4.642.070	4.897.685	-255.615	-5,2
Geschäftsvolumen	4.682.311	4.941.088	-258.777	-5,2
Forderungen an Kreditinstitute	738.602	822.443	-83.841	-10,2
Forderungen an Kunden	2.813.617	2.809.103	4.514	0,2
Wertpapiere	793.361	918.190	-124.829	-13,6
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	51.705	53.056	-1.351	-2,5
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	70.122	74.830	-4.708	-6,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.226.922	1.444.099	-217.177	-15,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.034.817	2.994.078	40.739	1,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	50.842	128.679	-77.837	-60,5
Sicherheitsrücklage	215.172	214.471	701	0,3

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen waren im Geschäftsjahr 2009 rückläufig. Moderate Zuwächse waren im Kundenkreditgeschäft, sowie bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zu verzeichnen. Wertpapierpositionen und Forderungen gegenüber Kreditinstituten wurden reduziert was zu einem verminderten Refinanzierungsbedarf auf der Passivseite bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten führte.

Kreditgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Im Geschäftsjahr 2009 wurden analog dem Vorjahr Festgeldanlagen mit einer kurzen Laufzeit in einem etwas reduzierten Umfang getätigt. Weiterhin bestehen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 Wertpapierleihgeschäfte in Höhe von etwas mehr als einem Drittel der Gesamtposition, die hier ausgewiesen werden.

Kundenkreditgeschäft

Das gesamte bilanzielle Kundenkreditvolumen hat sich leicht positiv entwickelt. Die Finanzierungen an Privat- und Geschäftskunden konnten ausgeweitet werden, wobei der größere Anteil auf Geschäftskunden entfiel. Im öffentlichen Sektor kam es zu einem deutlichen Rückgang von langfristigen Darlehen. Schwerpunkt der Kreditvergabe an die privaten Haushalte sind die klassischen Wohnungsbaufinanzierungen.

Die Schwerpunkte des gewerblichen Kreditgeschäfts liegen in den Bereichen Dienstleistungsgewerbe, Handel und verarbeitendes Gewerbe.

Wertpapiere

Nachdem sich die Situation an den Finanzmärkten in 2009 normalisierte, wurden die Fälligkeiten im Geschäftsjahr bei den „Schuldverschreibungen und anderen festverzinsliche Wertpapieren“ teilweise wieder neu investiert. Hier wurden überwiegend Käufe in Bankschuldverschreibungen und Anleihen von öffentlichen Emittenten getätigt. Die zugeflossene und nicht neu investierte Liquidität aus Wertpapierfälligkeiten wurde zur Reduzierung von Refinanzierungen mit Kreditinstituten verwendet. Anlageschwerpunkt sind die Ausleihungen in Form von Bankschuldverschreibungen. Weiterhin befinden sich Anleihen von öffentlichen Emittenten und Finanzdienstleistungsinstituten in geringem Umfang im Bestand. Die Restlaufzeiten betragen zwischen einem und zwölf Jahren, wobei fast sechzig Prozent der Anleihen in den Jahren 2010 bis 2012 endfällig werden.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 sind Schuldverschreibungen im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften verliehen und werden in den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Die von uns gehaltenen Wertpapiere betreffen überwiegend die Liquiditätsreserve sowie in eingeschränktem Umfang auch Wertpapiere im Anlagebestand. Für die Wertpapiere des Anlagebestandes besteht unsererseits Dauerbesitzabsicht. Positionen im Handelsbestand bestanden zum 31.12.2009 nicht.

Beteiligungen und Anteile an verbundene Unternehmen

Die wesentlichsten Beteiligungen halten wir nach wie vor am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG. Die Beteiligung an der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG hat sich aufgrund einer Kapitalerhöhung gegenüber dem Vorjahr erhöht. Weitere Beteiligungen bestehen in geringem Umfang auch an lokalen Unternehmen. Vor dem Hintergrund überschaubarer Wertkorrekturen haben sich die Beteiligungen im Geschäftsjahr 2009 insgesamt geringfügig reduziert.

Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns und für andere Unternehmen insbesondere Beratungsdienstleistungen sowie spezifische Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Sach- und immaterielle Anlagen

Im Geschäftsjahr 2009 wurde das KompetenzCentrum in Büdingen und Karben fertiggestellt. Der Rückgang bei den Grundstücken und Gebäuden steht im Zusammenhang mit planmäßigen Abschreibungen sowie dem Verkauf des alten KompetenzCentrum in Karben und eines Filialgebäudes in Wallenrod.

In der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden Investitionen für die Kompetenz-Centren in Büdingen und Karben getätigt. In geringem Umfang wurden weitere Ersatzinvestitionen durchgeführt

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Investitionen im Immobilienportfolio in Form von geschlossenen Immobilienfonds wurden im Geschäftsjahr 2009 entsprechend unseren Planungen geringfügig ausgebaut. Eine Erweiterung steht in begrenztem Umfang für 2010 an.

Weiterhin sind im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche in dieser Position enthalten.

Refinanzierung

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Im Zusammenhang mit dem verminderten Finanzierungsbedarf wurde die Refinanzierung durch Offenmarktgeschäfte und der Tagesgeldaufnahme bei Kreditinstituten eingeschränkt. Die längerfristige Finanzierung erfolgt durch Sparkassenbriefe und Festgeldaufnahmen. Ferner bestehen Weiterleitungsdarlehen, die bei der Landesbank Hessen-Thüringen aufgenommen wurden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Unser traditionelles Kundengeschäft bildet weiterhin den Hauptbestandteil unserer Finanzierung. Bedingt durch die sinkenden Zinsen kam es zu deutlichen Rückgängen bei den Sparkassenbriefen und Termingeldern. Hier wurden die Fälligkeiten in Tagesgelder reinvestiert, was zu einem deutlichen Anstieg bei diesem Produkt führte. Stärkere Zuwächse waren auch in den Spareinlagen zu verzeichnen. Hier kam es zu Ausweitungen im Produkt Zuwachssparen. Insgesamt kam es zu einer leichten Erhöhung bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Ein verändertes Anlageverhalten unserer Kunden sowie ein verändertes Emissionsverhalten unsererseits führte zu einem erheblichen Rückgang bei den Verbrieften Verbindlichkeiten.

Eigenkapital

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns wird die Sicherheitsrücklage 221,3 Mio € betragen. Zum 31. Dezember 2009 setzten sich die

ergänzenden Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, den Genussrechtsverbindlichkeiten sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Dienstleistungsgeschäft

Im Rahmen der Normalisierung an den Finanz- und Kapitalmärkten fielen die Erträge im Wertpapierkommissionsgeschäft im Geschäftsjahr 2009 höher aus. Besonders gefragt waren Stufenzinsanleihen bei unseren Kunden. Investmentanteile wurden 2009 in geringerem Umfang nachgefragt.

Im Geschäftsjahr 2009 konnte die Beitragssumme für die Vermittlung von Versicherungsprodukten und die damit verbundenen Erträge gesteigert werden. Die Vertragsabschlüsse und das Volumen bei der Vermittlung von Bausparverträgen mit unserem Verbundpartner, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, lagen in 2009 unter dem Niveau von 2008. Zuwächse ergaben sich im Geschäftsjahr 2009 bei den Absatzzahlen für Produkte zur Altersvorsorge unserer Verbundpartner Deka und SparkassenVersicherung.

Das Vermittlungsgeschäft von Derivaten und Finanzprodukten in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen-Thüringen und die damit verbundenen Erträge waren im Geschäftsjahr 2009 deutlich erhöht.

Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2009

Entgegen unserer Prognose wurde das Wachstum im kundenbezogenen Kreditgeschäft überwiegend durch das Geschäft mit privaten Kunden, insbesondere durch private Wohnungsbaukredite getragen. Für die gewerblichen Kredite und den kommunalen Bereich traten unsere Erwartungen nicht ein, was zum einen - bedingt durch die aktuelle Wirtschaftskrise - an einer abnehmenden Nachfrage nach Unternehmenskrediten, zum anderen an einem verschärften Preiswettbewerb im Kommunalkreditbereich liegt.

Im kundenbezogenen Passivgeschäft konnten wir einen deutlichen Zuwachs in der gesamten Geldvermögensbildung unserer Kunden verzeichnen. Entgegen unseren Planungen entwickelte sich der Absatz im bilanzneutralen Wertpapiergeschäft wesentlich positiver als die kontenbezogene Ersparnisbildung. Das bilanzwirksame Passivgeschäft war leicht rückläufig. Im Trend war von Seiten unserer Kunden ein Ausweichen auf höher verzinsliche aber dennoch sichere Wertpapieranlagen zu erkennen, da aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus nur geringe Preisspielräume für kontenbezogene Einlagen bestanden.

Nachdem im Verlauf des Jahres 2009 keine wesentlichen Veränderungen in der Zinsstruktur eingetreten sind, profitierten wir von der günstigen Liquiditätssituation und konnten ohne Ausweitung der Risikostruktur die Zinsunterschiede in den einzelnen Laufzeiten ertragssteigernd nutzen. In der Folge führte dies zu einem signifikant höheren Zinsüberschuss als im dem Prognosebericht 2008 erwartet. Der Personalaufwand 2009 erhöhte sich aufgrund der Tarifsteigerung wie erwartet, während der Sachaufwand 2009 deutlich unter den Planwerten lag. Dies ist mit den Auswirkungen unseres neu ausgerichteten Kostenmanagements zu begründen. In Folge haben sich die Verwaltungsaufwendungen

entgegen unserer Erwartungen erfreulich verringert. Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich dementsprechend deutlich gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Jahr	2009	2008	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss und laufende Erträge	100.366	91.801	8.565	9,3
Provisionsüberschuss	28.539	27.412	1.127	4,1
Handelsergebnis	0	51	-51	-100,0
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	78.567	79.580	-1.013	-1,3
Betriebsergebnis vor Bewertung	48.465	40.538	7.927	19,6
Betriebsergebnis nach Bewertung	17.947	1.523	16.424	1078,4
Steuern	11.779	822	10.957	1333,0
Jahresüberschuss	6.168	701	5.467	779,9
Aufwands-Ertrags-Verhältnis	63,0%	67,0%		
Eigenkapital-Rentabilität ¹	7,5%	0,6%		

¹ Ergebnis vor Steuern in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage + Fonds für allgemeine Bankrisiken zu Beginn des Geschäftsjahres)

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2009 konnte der **Zinsüberschuss** um 19,3 Mio EUR gesteigert werden. Die Zinserträge reduzierten sich insgesamt um 24,5 Mio EUR. Besonders bei den Zinserträgen aus festverzinslichen Wertpapieren machte sich das fallende Zinsniveau im Geschäftsjahr 2009 bemerkbar; so reduzierten sich diese Zinserträge um 20,3 Mio EUR. Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften reduzierten sich durch das niedrigere Zinsniveau nur um 4,2 Mio EUR. Bedingt durch das fallende Zinsniveau kam es auch zu einem deutlichen Rückgang der Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Insgesamt lagen die Zinsaufwendungen um 43,8 Mio EUR unter dem Vorjahresniveau. Das fallende Zinsniveau führte zu deutlich niedrigeren Ausschüttungen bei den Investmentfonds was einen Rückgang der **Laufenden Erträge** in Höhe von 10,8 Mio EUR zur Folge hatte.

Der **Provisionsüberschuss** konnte im Geschäftsjahr 2009 erhöht werden. Es kam zu Zuwächsen im Kommissionsgeschäft von Wertpapieren und im Vermittlungsgeschäft mit Versicherungen. Im Giroverkehr war ebenfalls ein leichter Anstieg der Erträge zu verzeichnen.

Innerhalb der **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich die Personalaufwendungen durch den Gehaltsanstieg aufgrund des Tarifvertrags im Öffentlichen Dienst mit Wirkung zum 1. Januar 2009. Der geringere Mitarbeiterbestand im Geschäftsjahr 2009 wirkte nur teilweise kompensierend. Weiterhin erhöhten sich die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse. Der Sachaufwand verminderte sich in besonderem Maße bei den DV-Aufwendungen und Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen haben sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2008 geringfügig reduziert.

Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340c Abs. 2 HGB und § 33 RechKredV saldiert. Für das Kreditgeschäft sowie bei den Beteiligungen sind höhere Vorsorgeaufwendungen gegenüber 2008 angefallen. Die Entspannung an den Finanz- und Kapitalmärkten führte zu einem leicht positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft. Im Geschäftsjahr 2009 wurden Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB dotiert, die ebenfalls im Bewertungsergebnis verrechnet sind. Das Betriebsergebnis nach Bewertung hat sich insgesamt gegenüber dem Geschäftsjahr 2008 deutlich verbessert.

Die Steuerzahlungen haben im Geschäftsjahr 2009 aufgrund des höheren Gesamtergebnisses deutlich zugenommen.

Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis konnte bei insgesamt fast gleicher Kostenstruktur durch die gestiegenen Erträge gegenüber dem Geschäftsjahr 2008 verbessert werden.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 2,33 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 bei 2,47 (Vorjahr: 1,91). Die Zahlungsfähigkeit kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse als gewährleistet angesehen werden.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Das Angebot im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurde genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikopositionen und der operationellen Risiken gemäß Solvabilitätsverordnung per 31. Dezember 2009 - mit 12,57 % (Vorjahr: 13,23 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Im Jahresdurchschnitt lag die Gesamtkennziffer bei 12,59 %. Die Ermittlung der Gesamtkennziffer erfolgt nach dem Kreditrisikostandardansatz, die Ermittlung der operationellen Risiken mit dem Basisindikatoransatz. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Zum 31. Dezember 2009 hatten wir 1.102 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 897 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 71 Auszubildenden, 10 Sonstigen

(2 Praktikanten und 8 Hausmeister), 27 Raumpflegerinnen und aus 97 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen. Gemessen an Vollzeitkräften lag die Mitarbeiteranzahl am 31. Dezember 2009 bei 812 Personen (Vorjahr: 833 Personen).

Von den genannten Beschäftigten hatten zum Jahresende 2009 insgesamt 62 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Altersteilzeitvertrag mit der Sparkasse geschlossen; im Rahmen des Blockmodells befanden sich hiervon bereits 27 Beschäftigte in der Freizeitphase.

Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2009 und weicht zu den Mitarbeiterzahlen im Bilanzanhang, in dem ein Durchschnittsbestand ausgewiesen wird, ab.

Qualifikationsstruktur (Verteilung in %)

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter und damit in die Ertragskraft unseres Institutes. Wir fördern unsere Mitarbeiter durch individuelle Weiterbildungsmaßnahmen. Dadurch unterstützen wir auch die Persönlichkeitsentwicklung unserer Mitarbeiter und öffnen neue Chancen. Denn der Erfolg unserer Sparkasse wird maßgeblich durch unsere Mitarbeiter erbracht.

Die Beschäftigten der Sparkasse Oberhessen weisen hinsichtlich der Sparkassen-Bildungsabschlüsse mit einem Anteil von 56,8 % im Sparkassenvergleich (SGVHT) ein überdurchschnittliches Bildungsprofil auf. Unterdurchschnittlich dagegen im Vergleich ist der Wert zu den Hochschulabschlüssen.

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
Hochschulabschluss	5,0%	6,9%
Sparkassen-/Bankkaufmann	23,9%	27,3%
Sparkassen-Bildungsabschlüsse	56,8%	51,8%
Sonstige	14,3%	14,0%

Altersstruktur (Verteilung in %)

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
unter 20 Jahre	0,2%	0,2%
20 bis 29 Jahre	7,4%	13,5%
30 bis 39 Jahre	22,2%	25,8%
40 bis 49 Jahre	34,8%	33,0%
50 bis 54 Jahre	20,1%	14,9%
55 bis 59 Jahre	13,6%	10,9%
ab 60 Jahre	1,8%	1,6%

In der Altersstruktur 20 bis 29 Jahre liegt der Anteil der Beschäftigten im Sparkassenvergleich unter dem Durchschnitt. Überdurchschnittlich dagegen der Wert in der Altersstruktur 50 bis 54 Jahre. In den übrigen Altersklassen entspricht die Struktur der Sparkasse Oberhessen in etwa den Strukturen der SGVHT-Sparkassen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2009 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Im Rahmen der Realisation der Unternehmensziele der Sparkasse ist eine kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unabdingbar.

In die Risikobetrachtung sind sämtliche wesentlichen Produkte, Dienstleistungen und Prozesse, sowie Dienstleistungen, welche die Sparkasse gemäß der Definition der MaRisk von Dritten bezieht, integriert.

Bei der Anlage des Sparkassenvermögens achten wird stets darauf, dass zum einen das eingegangene Risiko die - in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit - budgetierten Risikodeckungsmassen nicht übersteigt und zum anderen das Vermögen unter Abwägung von Chancen und Risiken effizient allokiert wird.

In Erfüllung des § 25a KWG und der MaRisk sind geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken fester Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Diese Regelungen werden in einem Risikohandbuch der Sparkasse und den Risiko-Strategien der Sparkasse zusammengefasst dargestellt.

Risikomanagementprozess

Zu Beginn steht die Risikoidentifikation. Sie dient der Abgrenzung und Beschreibung des betrachteten Risikos.

Die Risikoprognose beinhaltet Aussagen im Zusammenhang mit der Ursache. Im Rahmen der Risikobewertung werden die sich daraus ergebenden Auswirkungen thematisiert. Anschließend wird eine Kennzahl vergeben, welche die jeweilige Relevanz der Wirkung des Risikos auf das bilanzielle oder das ökonomisch erwartete Vermögen zum Betrachtungshorizont der Sparkasse beschreibt.

Die Risikolimitierung bringt innerhalb der Risikotragfähigkeit die Risikoneigung der Sparkasse zum Ausdruck. Vor jeder wesentlichen Entscheidung werden die Wirkungen auf Ertrag, Risiko und Limitsystem analysiert.

Im Rahmen der Risikokontrolle werden die Wirkungen der Risikosteuerung transparent gemacht. Mit ihren standardisierten Berichten verfügt die Sparkasse über geeignete Instrumente, mit denen ihre finanzielle Lage jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmt wird. Aus Gründen der Vorsicht werden risikoreduzierende Effekte zwischen den einzelnen Risikoarten nicht berücksichtigt.

Risikomanagementsystem

Der Gesamtvorstand ist für die Entwicklung der Unternehmens- und Risikostrategien sowie für ein funktionierendes Risikomanagement- und Überwachungssystem verantwortlich. Ihm obliegt darüber hinaus die Verantwortung für die gesamte Risikoüberwachung.

Der Gesamtvorstand erörtert mit dem Verwaltungsrat die Risikostrategien, das Überwachungssystem sowie mittels der Limitauslastung und der Limitveränderungen die Risikosituation der Sparkasse.

Der Verwaltungsrat überwacht, ob der Vorstand die Risiken angemessen steuert und die in diesem Zusammenhang definierten sparkasseninternen Richtlinien ausreichend sind.

Das Risikosteuerungssystem umfasst alle Geschäftsbereiche der Sparkasse mit wesentlichen Risiken und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung, die es ermöglicht,

kurzfristig auf Veränderungen der marktmäßigen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu reagieren.

Die einzelnen Elemente des Risikosteuerungssystems sind detailliert dokumentiert, werden regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Die Interne Revision beurteilt in Form von regelmäßigen Ex-post-Prüfungen die Angemessenheit und Wirksamkeit der gesamten Risikosteuerung.

Ausblick:

Ausblick 2010 und Prognosebericht

Als führendes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, zusätzliche Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. Im Jahr 2010 werden wir konsequent an der kontinuierlichen Steigerung unseres Vertriebs Erfolges weiter arbeiten. Ein weiteres zentrales Thema wird die Verbesserung unserer Prozesseffizienz und damit verbunden unserer Kosteneffizienz sein. Hierfür haben wir in 2009 ein Prozessmanagementsystem etabliert, an dessen weiterer Optimierung wir mit Nachdruck arbeiten.

Wir orientieren uns an den Grundsatzzielen der Sparkassen-Finanzgruppe und werden unsere strategische Ausrichtung kontinuierlich an die veränderten Anforderungen der Finanzdienstleistungsmärkte anpassen und fortschreiben. Hierbei streben wir strategisch eine Aufwands-Ertrags-Relation von unter 60 % bzw. einen im Vergleich zu den Sparkassen in Hessen über dem Durchschnitt liegenden Wert an.

Für die Jahre 2010 und 2011 erwarten wir ein unverändert schwieriges Marktumfeld. Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen.

Nach den Prognosen der Deutschen Bundesbank ist für den Verlauf des Jahres 2010 mit einem gemäßigten, gleichwohl stetigem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt werden dabei neben den Exporten aber immer noch staatliche Maßnahmen die Hauptstütze der Konjunktur sein. Stärkere Investitionstätigkeit der Unternehmen, höhere Einkommen und wieder steigende Konsumausgaben der privaten Haushalte werden voraussichtlich einen über das Jahr 2010 hinausgehenden Wachstumsbeitrag leisten. Nicht zuletzt deshalb dürfte sich das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Erholung erst im Verlauf des Jahres 2011 beschleunigen. Für 2010 prognostiziert die Deutsche Bundesbank einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 2010 gegenüber dem Vorjahr von 1,6 %. Für das Jahr 2010 wird zudem ein Anstieg der Sparquote erwartet. Zusätzlich könnte die Teuerungsrate etwas anziehen, sodass im Ergebnis die realen privaten Konsumausgaben in 2010 nur geringfügig höher sein dürften als in 2009.

Eine Prognose der weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt ist mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Bisher haben die Unternehmen die bestehenden Arbeitsverhältnisse trotz des massiven Absatzeinbruchs soweit wie möglich aufrecht erhalten. Abzuwarten gilt, ob sich die deutsche Volkswirtschaft, wie erhofft, stetig erholt. Dabei bestehen Aussichten,

dass die Tarifpartner in dem von der Krise besonders betroffenen Verarbeitenden Gewerbe Mittel und Wege finden, Arbeitsplätze in möglichst großem Umfang zu erhalten und Massenentlassungen weitgehend zu vermeiden. Nach ihren Szenarien rechnet die Deutsche Bundesbank mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um knapp zwei Prozent auf 10,1 %.

Die folgenden Analysen beruhen auf unseren Erwartungen. Die tatsächlichen Verhältnisse können von der voraussichtlichen Entwicklung abweichen. Wie dargestellt, verfügen wir über Instrumente und Prozesse um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln.

Trotz der unsicheren wirtschaftlichen Situation halten wir strategisch unverändert an den Hauptwachstumsfeldern unseres kundenbezogenen Kreditgeschäfts fest. Im gewerblichen Kreditgeschäft wollen wir danach - unter Berücksichtigung eines angemessenen Chancen-Risiko-Verhältnisses sowie unter Beachtung unserer satzungsmäßigen Auftragsziele - ein angemessenes Wachstum zur Stärkung unserer Marktanteile und eine Steigerung der Ertragspotenziale erreichen. Dabei richten wir unseren Fokus auf die adäquate Bepreisung der geschäftstypischen Risiken und die nachhaltige Begrenzung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft. Bei den Finanzierungen im Privatkundenbereich, hier insbesondere im Wohnungsbau und im kommunalen Bereich sowie im Passivgeschäft mit Kunden rechnen wir mit einem moderaten Wachstum. Im bilanzneutralen Dienstleistungsgeschäft erwarten wir erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Bei den Eigenanlagen planen wir, die aus der Finanzmarktkrise resultierende risikoreduzierende Anlagepolitik beizubehalten. Die Verwaltungsaufwendungen werden in 2010 vermutlich leicht ansteigen, was auf den bestehenden Tarifabschluss im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist. Größere investive Maßnahmen sind in 2010 nicht geplant.

Aufgrund einer möglichen Veränderung der Zinspolitik der EZB in der zweiten Jahreshälfte 2010 und der sich weiter verschärfenden Wettbewerbsintensität im Privatkundengeschäft rechnen wir in 2010 mit einem leichten Rückgang des Zinsüberschusses und damit verbunden des Betriebsergebnisses vor Bewertung. Dem könnte ein Ansteigen der Zinsstrukturkurve entgegen wirken. Die Verunsicherungen aus der Schuldensituation einzelner EU-Staaten und die Volatilitäten an den Geld- und Kapitalmärkten lassen hierzu keine seriösen Schätzungen zu.

Risiken für die Geschäftsentwicklung können sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den möglichen Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt ergeben. Da die Wirtschaftskrise zu einem erheblichen Nachfrageeinbruch und damit verbunden zu einer Unterauslastung bestehender Produktionskapazitäten geführt hat, ist im Fall einer nur langsamen Erholung der Konjunktur bzw. bei einem gegenläufigen Verlauf mit einer Zunahme von Insolvenzen und damit verbunden von Wertberichtigungen und Ausfällen im Kreditgeschäft zu rechnen. Ein weiteres Risiko sehen wir bei einer wieder einsetzenden Verflachung der Zinsstrukturkurve. Andererseits ergeben sich aus dem Fortbestand der verhältnismäßig steilen Zinsstrukturkurve Chancen, weitere Erträge aus der Fristentransformation zu generieren. Auch der Wettbewerb auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse zur Deckung der Zahlungsverkehrskosten können Risikofaktoren für die Ertragslage darstellen. Kritisch

beurteilen wir das Angebotsverhalten verschiedener Banken, die aktuell staatliche Hilfen in Anspruch genommen haben und mit aggressiven Preisangeboten im Privatkundenmarkt agieren. Eine Verschärfung der Schuldenkrise einzelner Staaten kann im Wege einer Verunsicherung der Akteure an den Geld- und Kapitalmärkten negativen Einfluss auf die Bewertung der eigenen Wertpapierbestände nehmen und ein Risiko für die Ertragsentwicklung bedeuten. Dem gegenüber besteht bei einer Erholung der Geld- und Kapitalmärkte die Chance, Erträge im Wertpapiergeschäft zu generieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikoindikatoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit entsprechendem Personalbedarf, sowie steigende Kosten für Gebäude, Energie und Datenverarbeitung zu nennen. Aktuelle gesetzliche Eingriffe im Sinne eines verbesserten Verbraucherschutzes können zu außerordentlichen Mehrbelastungen der Institute führen.

Wir begegnen diesen belastenden Tendenzen aktiv. Als vertrieblich erfolgreich positioniertes Institut sehen wir einen wesentlichen Ansatzpunkt in der kundenorientierten und ganzheitlichen Ausrichtung unserer Beratungs- und Dienstleistungen. Im Jahr 2010 wird das in 2009 eingeführte Prozessmanagementsystem weiter ausgebaut, was zu einer höheren Prozess- und Kosteneffizienz führen soll. Dies wird sich dann in 2011 positiv auf den Sachaufwand auswirken. Aufgrund ihrer Größe und der auf den Vertrieb ausgerichteten Aufbau- und Ablauforganisation sollen Synergien erzielt werden. Diese liegen in der Realisierung von Einsparungspotenzialen bei den Verwaltungsaufwendungen durch Abbau von Redundanzen und Nutzung von Degressionseffekten sowie in der Ausschöpfung zusätzlicher Ertragspotenziale im Kundengeschäft durch Vertriebsaktivierung und Spezialisierung im Vertrieb begründet.

Sonstige Beteiligungen
Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen
 (Stand zum 31.12.2009)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag 2009 in €	federführendes Amt
AG Deutsche Sportämter	Landrat Marx	Mitglied	1995	55,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
AG Hessischer Sportämter	Frau Scherer	Mitglied	2000	0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Agentur für Arbeit	Landrat Marx	Mitglied Verwaltungsausschuss (stellv. Mitglied Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen)			Landrat
Arbeitskreis Jugendzahn-pflege	Frau Meudt + Herr Dr. Reygers	Mitglied Mitglied	1992	0,00	Gesundheitsamt
Arbeitskreis Leitbildprozess Verein Mitte Hessen	Landrat	Mitglied			Landrat
AZN - Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förderverein Kirtorf e.V.	Kreisbeigeordneter Diening	Mitglied Vorstand	1996	Zuwendung + Mitgliedsbeitrag 1.023,00	Schulverwaltungsamt / Amt CFWN
B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	fachliche Zusammenarbeit	1996	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 10.240,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Marx bzw. Vertreter Landrat KA	Mitglied	1970	307,00	Amt CFWN
Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V.	Herr Ruhl	Mitglied	2009	130,00	Pressestelle

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag 2009 in €	federführendes Amt
Caritasverband Gießen e.V.	kein Vertreter	Vertrag mit AfJS zur Durchführung der Sozialpädagogischen Familienhilfe		0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Z. nicht aktiv)	2001	0,00	Kreiskasse
Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Keil	Korrespondierendes Mitglied	2005	250,00	Amt für Gebäudemanagement
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	wird i.d.R. auf HLT del.	-	1985	466,00	Amt für soziale Sicherung
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Amtsleiter Amt für Jugend, Familie und Sport	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.459,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		511,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Dr. Reygers	als Kreisarzt	2008	0,00	Gesundheitsamt
Deutsches Seminar für Tourismus Berlin	Landrat Marx	Mitglied Kuratorium	2000	0,00	Landrat
Deutsche Vulkanologische Gesellschaft e.V.	Landrat Marx Herr Greb	Mitglied Mitglied Vorstand Fachsektion Vulkan Vogelsberg	2008	60,00	Amt CFWN
DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat Marx	stellv. Vorsitzender			Landrat
Fachverband der Kommalkassenverwalter e.V.	Herr Braun	stellv. Landesvorsitzender	1970	50,00	Kreiskasse
Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Fink	Mitglied kraft Amtes	1951	25,00 + Zuschuss 125,00	Amt für Finanzen

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag 2009 in €	federführendes Amt
GVV - Kommunalversicherung	Landrat Marx	Regionalbeiratsmitglied		Vers.-Beiträge nach Vers.-Schutz	Landrat
Helios Kliniken GmbH	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. AG für Gesundheits- erziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1973	512,00	Gesundheitsamt
Hess. Akademie für musisch kulturelle Bildung	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Hess. Akademie für For- schung/Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat Marx - Vertre- tung durch Kbg Fink	Mitglied Beirat	1990	511,29	Amt CFWN
Hess. Arbeitgeberverband	Landrat Marx	Vertreter kraft Amtes		3.803,50	Hauptamt
Hess. Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	nach Bedarf	-	1982	41,00	Amt für soziale Sicherung
Hess. Museumsverband Kassel	Landrat Marx	Mitglied	1954	76,00	Amt für Finanzen
Hess. und Deutscher Land- kreistag	verschiedene Vertreter in verschiedenen Gre- mien	-		48.879,00	Hauptamt
Hess. Volkshochschulverband e.V.	Herr Oer	Mitglied	2003	1.936,80	Amt vhs
Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
HLT - Bezirksversammlung Süd	Landrat	Vorsitzender			Landrat
HLT- Rechts- und Europaaus- schuss	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Finanzausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Präsidium	Landrat	Mitglied			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag 2009 in €	federführendes Amt
HLT - Sozialausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
Hohhausmuseum Lauterbach e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Meyer	Mitglied Vorstand kraft Amtes	1951	30,00 + Zuschuss 120,00	Amt für Finanzen
Ingenieurkammer Hessen	Herr Keil	Mitglied	2009	104,00	Amt für Gebäude-management
Jugend- und Drogenberatungsstelle	Kreisbeigeordnete/r Kreistagsabgeordnete/r Kreisbeigeordnete/r	Mitglied Kuratorium Mitglied Vertreterversammlung Mitglied Vorstand	1982	Zuschüsse entsprechend Gremienbeschlüsse	Amt für soziale Sicherung
Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat Marx	Mitglied	1952	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 1.000,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen, Gießen	Frau Weber	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.586,47	Hauptamt
Kreisfeuerwehrverband	Landrat Marx	Mitglied	1973	<u>Zuwendung VBK:</u> 8.200,00	Allgemeine Gefahrenabwehr
Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1992	25,60 <u>Zuwendung VBK:</u> 3.570,00	Amt für Finanzen
Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglied	1982	einmalige Einlage 2.000,00 DM	Gesundheitsamt
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00	Amt für soziale Sicherung
Landesbank Hessen-Thüringen	Landrat Marx	stellvertr. Verwaltungsratsmitglied			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag 2009 in €	federführendes Amt
Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhen der Mitgliedschaft)	1951/53	0,00	Amt für Finanzen
Landeswohlfahrtsverband	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung, Haushaltsausschuss			Landrat
Lebenshilfe für körperlich und geistig behinderte Menschen Vogelsbergkreis e.V.	nach Bedarf	Mitglied	1982	25,00 + Zuschuss 78,13	Amt für soziale Sicherung
Marketing-Projekt der hess. Volkshochschulen (über hvv)	Herr Oer	Mitglied	2003	597,73	Amt vhs
Migrationsrecht.net Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf, Frau Geisel	Mitglied	2006	285,60	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	Kreistagsabgeordneter	Mitglied Vorstand	1985	250,00	Amt CFWN
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied			Landrat
Oberhessen Gas	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Präsidium der Planungsversammlung Regionalversammlung	Herr Künz (Präsident) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied	1983	7.400,00	Amt CFWN
Radio im Vogelsberg e.V.		Mitglied		30,00	Amt CFWN
Schutzgemeinschaft Vogelsberg	Landrat Marx	Mitglied	1990	130,00	Amt CFWN
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	Landrat Marx	Mitglied Verbandsvorstand			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag 2009 in €	federführendes Amt
Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	beratendes Mitglied		0,00	Gesundheitsamt
Unfallkasse Hessen	Landrat Marx			74.507,25	Hauptamt
Verband Deutscher Naturparke	Landrat Marx	Vorsitzender AG Hess. Naturparke			Landrat
Verein Behindertenhilfe e.V.	Kreistagsabgeordnete/r	Mitglied Vertreterversammlung			Amt für soziale Sicherung
Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Mitglied des Vorstandes	2003	200,00	Amt CFWN
Verein für Strukturverbesserung im Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1973	61,36	Amt CFWN
Verein Klimabündnis e.V.	kein Vertreter	Mitglied	1993	690,00	Amt CFWN
Verein Mitte Hessen e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied	2006	20.000,00	Amt CFWN
Verein Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied	2010	180,00	Amt für den ländlichen Raum
Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	35,00	Amt für den ländlichen Raum
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1987	51,13	Gesundheitsamt
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	52,00	Amt für soziale Sicherung

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag 2009 in €	federführendes Amt
Vereinigung für Wasser- wirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	Herr Bastian		1998	386,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungs- angelegenheiten
Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Weiterbildungsdatenbank Vo- gelsberg (über VB Consult)	Herr Oer	Mitglied	2003	138,52	Amt vhs
Weiterbildung Hessen e.V.	Herr Oer	Mitglied	2008	575,00	Amt vhs

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2009.

Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2010

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises

Goldhelg 20

36341 Lauterbach

Telefon: 06641 / 977-0

Telefax: 06641 / 977-336

Homepage: www.vogelsbergkreis.de